

Freiheitliche Politik für den Mittelstand. Handwerkszeug praktischer Politik.

Freiheit oder Sozialismus? – die Jahrhundertfrage
I Fundamente freiheitlicher Politik: Meisterdenker im
Überblick I Wirtschaftspolitik: «mehr Markt, weniger
Staat!» I Freiheitliche Politik für den Mittelstand
I Sozialismus und Sozialstaat I Schwerpunkte der
Wirtschaftskritik I F.A. von Hayek I Ordnungspolitik
künftiger Marktwirtschaft I Ausblick: Höhenrausch-
oder Realpolitik? I Denkfabriken (Think-Tanks)

Heinz Suter-Rehmann

**Freiheitliche Politik
für den Mittelstand.
Handwerkszeug
praktischer Politik.**

Impressum:

Autor: Dr. Heinz Suter, Sonnhalde 9, CH-5722 Gränichen,
hsgheinz.suter@bluewin.ch

Titelgestaltung: native Heller

Layout und Druck: Buschö, Druckerei Schöftland AG

Buchbinderei: Pagina, Hittnau

1. Auflage 2006, 3000 Ex.

copyright © 2006 beim Autor

ISBN 3 9079 7451.0

Freiheitliche Politik für den Mittelstand. Handwerkszeug praktischer Politik.

Freiheit oder Sozialismus? – die Jahrhundertfrage
I Fundamente freiheitlicher Politik: Meisterdenker im
Überblick I Wirtschaftspolitik: «mehr Markt, weniger
Staat!» I Freiheitliche Politik für den Mittelstand
I Sozialismus und Sozialstaat I Schwerpunkte der
Wirtschaftskritik I F.A. von Hayek I Ordnungspolitik
künftiger Marktwirtschaft I Ausblick: Höhenrausch-
oder Realpolitik? I Denkfabriken (Think-Tanks)

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort: Daniel Heller	6
Vorwort	11
Freiheit oder Sozialismus? – die Jahrhundertfrage	12
Weichenstellungen unserer Zeit	13
Die Ordnungspolitik und ihre Feinde	15
Gesamtperspektive des Staates, der Wirtschaft und der Gesellschaft (Zivilgesellschaft, private Netzwerke)	22
Spektrien des Kapitalismus: Marktwirtschaftsordnungen im Wettbewerb	25
Fundamente freiheitlicher Politik: Meisterdenker im Überblick	30
Ludwig von Mises (1881–1973) und Friedrich A. von Hayek (1899–1992) ...	31
Walter Eucken (1891–1950)	37
Wilhelm Röpke (1899–1966) und Alexander Rüstow (1885–1963)	42
Ludwig Erhard (1897–1977) und Alfred Müller-Armack (1901–1978)	48
Wirtschaftspolitik: «mehr Markt, weniger Staat!»	58
Staatskrücken oder Wirtschaftsfreiheit?	59
Grundsätze und Argumente zur Rahmenpolitik	61
Standortpolitik, Standortmarketing (=Standortpromotion) und Wirtschaftsförderung	63
Staat und Wirtschaft: Gemeinsames, Streitiges und Kooperatives	67
Ordnungspolitik, Rahmenpolitik und Standortpolitik: Was sie verbindet und trennt	70
Freiheitliche Politik für den Mittelstand	74
Kern bürgerlicher Politik	75
Wozu ist konservative Politik nötig?	77
Was ist bürgerliche Politik?	80
Schlanker Staat – Testfall für die bürgerliche Politik	85

Sozialismus und Sozialstaat	88
Was ist Sozialismus?	89
Sozialstaat Schweiz: Konsolidierung oder Ausbau?	95
Wie viel Sozialismus erträgt die Marktwirtschaft?	101
Schwerpunkte der Wirtschaftskritik	108
Marktwirtschaft und öffentliche Moral	109
Was haben Kirche und Wirtschaft miteinander zu tun?	118
Entdeckung des zeitgenössischen Liberalismus	126
Friedrich A. von Hayek (1899 – 1992)	127
Ordnungspolitik künftiger Marktwirtschaft	140
Ordnungspolitik für eine zukunftsfähige Marktwirtschaft (Otto Schlecht)	141
Ausblick: Höhenrausch- oder Realpolitik?	146
Wie freiheitliche Politik durch «Höhenrausch» der Regierenden gefährdet wird	147
Denkfabriken und Literatur	152

Geleitwort: Daniel Heller

Freiheitliche Politik für den Mittelstand – ein dringend notwendiger Ordnungsruf!

Die liberale Staatskonzeption des «limited Government» in der Krise

«Das Mass ist voll – der Staat unter allen Titeln zu teuer geworden», hat Hans Letsch bereits vor Jahren festgestellt. Freiheit und Eigenverantwortung, denen beim Wähler bis heute und lange Zeit auch in der praktischen Politik ein hoher Stellenwert auf der Werteskala zukam, wurden in den letzten Jahren mehr und mehr durch Ansprüche an den Staat, insbesondere das Streben nach staatlich garantiertem materiellem Wohlstand und sozialer Sicherheit, verdrängt. Der Glaube an die staatliche Machbarkeit paart sich auch in der Schweiz zunehmend mit der Illusion über eine vom Staat vorgenommene umfassende Planung der Zukunft. Das Unvermögen der gegenwärtigen politischen Verantwortungsträger, die Staatstätigkeit zu begrenzen und die Haushalte auszugleichen, hat mittlerweile zu einer gigantischen Bundesschuld geführt. Sowohl die Höhe der gesamten Fiskalbelastung als auch die Besonderheiten unseres Steuersystems weisen unmissverständlich darauf hin, dass die Grenzen erreicht sind.

Die von staatsgläubigen Politikern oft gebrauchte Formel vom «ausgehungerten Staat» ist ein taktisch geschickter «Schwindel». Tatsache ist, dass die Einnahmen des Staates über lange Perioden stärker angewachsen sind als die Wirtschaft und die Teuerung. Die Staatsquote wuchs in den 90er-Jahren um ganze 6,3 Prozent, ein Wachstum, das nur von Japan übertroffen wurde. Unsere Staatsquote steht heute bei 50 Prozent (inkl. oblig. Gebühren und Abgaben wie Krankenkassenprämien). Die Steuerbelastung ist in der Schweiz in 40 Jahren entsprechend von 21 Prozent auf gegenwärtig 36 Prozent gestiegen, was einer Verschärfung der Belastung um über 60 Prozent entspricht. Trotz diesen Mehreinnahmen rutschten die Haushalte unaufhaltsam in die roten Zahlen gemäss dem parkinsonschen Gesetz: «Die Ausgaben steigen stets bis an die Grenze der Einnahmen, meistens aber über sie hinaus ...». Im Zeitraum 1990 bis 2004 erhöhten sich die Bruttoschulden der Schweiz um 144 Prozent auf 239 Mrd. Franken.

Verlorene Tugenden – verlorene Standortvorteile

Gehörte 1960 die Steuerbelastung in der Schweiz weltweit zu den tiefsten, liegt unser Land ausgerechnet in der Zeit der globalisierten Welt von heute nur noch im Mittelfeld. Die Bestrebungen zur Steuerharmonisierung, denen die Schweiz – mit Ausnahme beim Bankkundengeheimnis – immer noch primär mit einer Musterknaben-

haltung begegnet, drohen auch noch unsere letzten Wettbewerbsvorteile preiszugeben. Gleichzeitig fand eine laufende Schwergewichtsverlagerung zu den direkten Steuern auf Einkommen und Vermögen statt, die infolge starker Progression Leistungs- und Risikobereitschaft lähmt. Die wachsende Steuerbelastung und komplizierte Steuergesetze laden zu Steuerumgehung ein. Sie haben mittlerweile wirtschaftliche Stagnation respektive gar staatliche Mindereinnahmen zur Folge. Die Grenzen der Fiskalbelastung in der Schweiz sind unter fiskalischen, volkswirtschaftlichen und staatspolitischen Gesichtspunkten längst erreicht. Angesichts der Wahlen beschlossene Steuersenkungspakete werden von Kantonalen Finanzdirektoren bekämpft, welche ihre eigenen Haushalte nicht in Ordnung halten können.

Im gleichen Mass, in dem durch die Mehrung des Wohlstandes die soziale Sicherheit aus eigener Kraft verbessert wird, schwillt der Schrei nach noch mehr kollektiver Sicherheit an. Der Sozialaufwand pro Kopf der Bevölkerung wurde durch die Politik seit 1980 weit mehr als verdoppelt, der Anteil der Sozialausgaben an den Gesamtausgaben in Bund, Kantonen und Gemeinden wuchs jährlich um 3,7 Prozent und frisst heute rund 28 Prozent des jährlichen BIP. Eine Konsolidierung ist nicht in Sicht, im Gegenteil: Laufend werden neue Wunschzettel aufgelegt. Ohne Gegensteuer ist der Kollaps unseres Systems der sozialen Sicherheit vorprogrammiert; das zeigt der Blick auf die Überalterungsproblematik. Die Finanzierung der Sozialwerke über die zu hoch gewordenen Lohnnebenkosten (heute über 13 Prozent gesetzliche Lohnprozente für Sozialversicherung, 1970 noch rund 6 Prozent) zeigt klar, dass es ohne marktwirtschaftliches Fundament keinen finanzierbaren und tragfähigen Sozialstaat gibt. In ähnlicher Art und Weise haben sich ein wuchernder Subventionsdschungel ausgebreitet und eine langfristig volkswirtschaftlich schädliche staatliche Struktur- und Förderpolitik breitgemacht. Die laufend wachsenden Transferzahlungen oder Subventionen zwischen unseren drei Staatsebenen Bund, Kantone und Gemeinden sind mittlerweile zu einer gigantischen Verschwendungsmaschinerie von Steuergeldern verkommen. Dies weil Subventionen zwangsläufig zu Fehlanreizen führen. Man spricht vom Kobra-Effekt. Der Begriff stammt aus England. Im 19. Jahrhundert hat die englische Kolonialverwaltung in Indien zur Schlangenkämpfung auf erlegte Kobras Subventionen ausgeschüttet. Pro abgeschlagenem Schlangenkopf erhielten die Inder eine Prämie. Die Folge: Viele Inder wurden zu fleissigen Kobrazüchtern, die Kobras wurden mehr statt weniger und die ausgeschütteten Subventionen stiegen steil an.

Für eine Politik des Verzichts, der Freiheit und der Verantwortung

Das Hauptproblem der heutigen Schweiz liegt somit darin begründet, dass der Staat zunehmend Bestandteil des Problems und nicht mehr der Lösung ist. Das Credo «weniger Staat, mehr Freiheit» trifft damit den Kern möglicher Lösungsansätze. Hauptursache für die Misere bildet heute die allzu frühe Kompromissbereitschaft des

bürgerlichen Lagers. Grundsatzlosigkeit, Scheu vor klaren Positionen und Rücksicht auf zahlreiche Sonderinteressen haben dem «Morast der Mitte» Vorschub geleistet. Dieser hat der betroffenen bürgerlichen Politik ein Glaubwürdigkeitsproblem beschert. Eine glaubwürdige freiheitliche Politik muss zu folgenden Grundsätzen zurückkehren:

1. *Prinzip der Freiheit und Selbstbestimmung als Entfaltungsprinzip in Staat und Gesellschaft: Priorität haben Lösungen mit freiwilliger (nicht vom Staat verordneter) Solidarität, freiwilliger (nicht vom Staat erzwungener) Verantwortung. Nötig sind Toleranz Andersdenkenden gegenüber und der Wille, von den politischen Rechten verantwortungsbewusst Gebrauch zu machen und den Rechtsstaat zu respektieren.*
2. *Prinzip der Verantwortung und des Gemeinsinns als Handlungsmaxime in Staat und Wirtschaft: Die Wirtschafts- und Staatsordnung sind so zu gestalten, dass die Individuen respektive Unternehmer ihre Verantwortung voll wahrnehmen müssen und können. Der Staat bleibt Sache aller (res publica). Verwaltung und Politiker sehen sich als Diener des Staates, als Freund und Helfer der Bürger.*
3. *Prinzip von Föderalismus und Subsidiarität als Ordnungsprinzip: Jede staatliche Ebene befasst sich nur mit Aufgaben, welche die nächst kleinere Ebene nicht aus eigener Kraft zu lösen vermag. Die Kompetenzen zur Aufgabenerfüllung und zu deren Finanzierung sind grundsätzlich auf der gleichen Ebene angesiedelt.*

Rückgewinnung liberaler Lufthoheit

Freiheitliche Politik kämpft für einen Staat, der günstige Voraussetzungen für Lebensqualität und erfolgreiches Wirtschaften schafft, einen Staat, der den Unternehmern und den Sozialpartnern die Verantwortung für ihr Tun und Lassen nicht abnimmt, sondern sich auf die Bekämpfung von offensichtlichem Missbrauch beschränkt. Das bedeutet aber ein klares Nein zu allem, was den Staatsapparat unnötig aufbläht, die Unternehmerinitiative, die Leistungs- und Risikobereitschaft lähmt, veraltete Strukturen zementiert, die Verantwortung zwischen Unternehmern und Staat verwischt, anstelle vertraglicher immer mehr gesetzliche Ordnungen setzt und die Wirtschaft überfordert. Priorität für eine glaubwürdige freisinnige Politik haben die rasche Senkung der Staatsquote, die Einschränkung der Ansprüche an den Staat und ein Steuer- und Abgabestopp ohne Wenn und Aber. Zusätzlich müssten in einem dringlichen Bundesbeschluss die Ergebnisse der schon lange geforderten Aufgaben- und Leistungsverzichtsplanung umgesetzt werden. Strukturelle Reformen wie das New Public Management, flankiert von Privatisierungen, und die neue Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen sind sinnvolle Grossvorhaben zur Bekämpfung der mit der Subventionsunwirtschaft betriebenen Strukturzementierung und Steuergeldverschwendung.

Heinz Suter: Freiheit propagieren!

Damit diese Postulate umgesetzt werden können, braucht es unbequeme Mahner und Propagandisten des Liberalismus: Freiheit muss, damit sie erhalten bleibt, immer wieder propagiert werden: Sie braucht Bannerträger. Heinz Suter ist einer von ihnen. Er hat als Wirtschafts-Exponent an der Spitze der Handelskammer, als Publizist und als kantonaler Politiker sein Leben lang die Fahne der Freiheit vorangetragen.

Das vorliegende Buch, welches die Aargauische Stiftung für Freiheit und Politik zusammen mit der Aargauischen Industrie- und Handelskammer realisieren durfte, legt davon Zeugnis ab. Es stellt einen notwendigen Ordnungsruf dar. Nur durch Propagierung der Idee der Freiheit und der Prinzipien freiheitlicher Politik besteht Aussicht, dass verloren gegangene Tugenden und Grundsätze freiheitlicher Staatspolitik wieder zurückgewonnen werden können. Und die Rückgewinnung dieser liberalen Tugenden ist Voraussetzung, damit sich im Gefolge auch die Niederungen der praktischen Politik wieder auf die liberalen Erfolgsprinzipien zurückbesinnen.

Das Buch «Freiheitliche Politik für den Mittelstand», das Heinz Suter vorlegt, vermittelt uns:

1. Zentrale freiheitliche **Botschaften**: Die Verteidigung freiheitlicher Politik braucht Argumente, welche sich aus fundamentalen Einsichten und Erfahrungen vorgestellter Meisterdenker ergeben.
2. Orientierungsstiftende **Thesen**: Der Weg zur eigenen Position führt über Grundfragen, Hauptpositionen sowie zentrale Weichenstellungen. Diese laden zur Standortbestimmung ein.
3. Historische **Erfahrungen**: Nur die seit über hundert Jahre andauernde Konfrontation zwischen «Freiheit» und «Sozialismus» erlaubt es, Standpunkte freiheitlicher Politik markant zu profilieren und besser bewusst zu machen.

Heinz Suter liefert ein gut strukturiertes Angebot für den politisch interessierten Leser: Die Beiträge sind auf grundlegende und wichtige Punkte ausgerichtet. Die Ausführungen sind konzis, kurz und strukturiert und für jedermann verständlich formuliert. Besonders Interessierte finden wichtige und weiterführende Hinweise auf Fundgruben (Denkfabriken, Literaturliste).

Für den Herausgeber: Daniel Heller, Erlinsbach

Vorwort

Das vorliegende Buch ist für Frauen und Männer bestimmt, welche ein politisches Handwerk ausüben und dabei Ideale freiheitlicher Politik vertreten wollen. Es wendet sich ebenfalls an Mitglieder von Geschäftsleitungen privater Firmen, welche politisch engagiert oder interessiert sind. Kurzum: Zielgruppen sind Behörden, Medien, Parteien, Unternehmen und Verbände.

Es verfolgt drei Zwecke:

Zunächst: Es will orientieren. Es unterbreitet eine Auslegeordnung grundlegender Weichenstellungen, hauptsächlicher Standpunkte und vorherrschender Lager der Politik. Es gibt geistige Strukturen, welche es gestatten, Vorgänge und Zusammenhänge der Tagespolitik besser zu orten, zu begreifen und zu durchschauen.

Weiter: Es will politisch aktive Frauen und Männer wirksam unterstützen. Es macht sie mit den Grundlagen des zeitgenössischen Liberalismus (vgl. Meisterdenker) vertraut. Was macht bürgerliche Politik aus? Was charakterisiert sozialistische Politik? Warum ist der Liberalismus dem Sozialismus überlegen? Darauf muss jedermann antworten können.

Schliesslich: Es will dazu einladen, den Mittelstand von den Vorzügen freiheitlicher Politik zu überzeugen. Der Mittelstand muss die Argumente zur Verteidigung der freien Gesellschaft beherrschen. Andernfalls droht die Knechtschaft des Wohlfahrts- bzw. des Versorgungsstaates.

Die neun Kapitel enthalten Beiträge, welche der Autor für die gedruckten monatlichen Mitteilungen der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK, Aarau) verfasst, angepasst und überarbeitet hat.

Der Verfasser dankt der Stiftung für Freiheit und Verantwortung in Politik und Wirtschaft für die Herausgabe des Buches, Herrn Dr. Daniel Heller für das ebenso gehaltvolle wie profilierte Geleitwort sowie der AIHK für die Förderung der Grundlagenarbeit und die Unterstützung des Buchprojektes. Besonders dankbar bin ich Frau Simone Jehle, meiner Assistentin; sie hat den Text in die Form einer druckreifen Vorlage gebracht.

Heinz Suter, Gränichen 2006

FREIHEIT ODER SOZIALISMUS? – DIE JAHRHUNDERTFRAGE

Wir wollen Grundfragen der Politik formulieren, hauptsächliche Lager und Stossrichtungen markieren sowie jenen Wettbewerb der Standpunkte darlegen, welcher im Mittelpunkt des politischen Geschehens (Sachpolitik) steht. Kurzum: Frauen und Männer sollen mit dem Kern der Politik vertraut gemacht und davon überzeugt werden, dass es wichtig und spannend ist, sich politisch zu engagieren.

Welche Standpunkte vertreten die bürgerliche Politik einerseits, die politische Linke andererseits zu Grundfragen der Innenpolitik: Rolle des Staates, Aufgaben/Ausgaben/Abgaben (AAA-Politik) sowie Wirtschafts- und Sozialpolitik?

Was unterscheidet die Ordnungspolitik oder Rahmenpolitik von der Wirtschaftspolitik der Macher der «Wirtschaft»? Welchem Missverständnis ist Ordnungspolitik dauerhaft ausgesetzt? Welche Gegner freiheitlicher Ordnung und Politik fordern Rahmenpolitik ständig heraus?

Welche Rollenteilung zwischen Wirtschaft, Staat und Gesellschaft ist geeignet, das Vertrauen in die Wirtschaft und Wirtschaftspolitik zu stärken?

Wie kann sich Soziale Marktwirtschaft im Rahmen des Wettbewerbes der Ordnungen der Marktwirtschaft («Kapitalismen») positionieren? Welche Ordnungsvorstellungen fördern die Akzeptanz der Marktwirtschaft unter den Bedingungen direkter Demokratie?

Weichenstellungen unserer Zeit

Vorbemerkung

Der politische Alltag der staatsleitenden Behörden wird geprägt durch Regierungsvorlagen und parlamentarische Vorstösse. Bezüglich unzähliger Dossiers müssen die Behörden Detailarbeit verrichten. Die Grundfragen der Politik, d.h. die fundamentalen Weichenstellungen, erscheinen nicht auf den Traktandenlisten der Behörden. Sie liegen aber der Beurteilung grundlegender und wichtiger Staatsgeschäfte stets zugrunde. Der Beitrag formuliert **vier Grundfragen** und markiert den **Wettbewerb der Hauptstandpunkte**. Die Politik des Bundes und der Kantone hat im Grunde **nur zwei Optionen von prinzipieller Tragweite**: Entweder werden die Grundsätze einer freiheitlichen Politik oder aber die Grundsätze einer sozialistischen Politik verwirklicht. Es gibt keine mittlere Grundposition. Entscheidend für die Ausrichtung der Bundes- und kantonalen Politik ist die **Grundhaltung der Entscheidungsträger in den Behörden**. Wählende bestimmen durch die Auswahl der Entscheidungsträger die Grundrichtung staatlicher Politik.

Rolle des Staates

Die **erste Grundfrage** lautet: Welche Rolle kann und soll der Staat (Bund, Kantone, Gemeinden) spielen?

Die **bürgerliche Politik** will den Staat auf jene Kernaufgaben beschränken, welche nur die öffentliche Hand im Gesamtinteresse des Gemeinwesens erfüllen kann. Sie will der Selbstregulierungskraft der Gesellschaft möglichst weiten Raum geben. Sie setzt auf die Freiheit und Verantwortung privater Personen.

Die **linke Position** tendiert zur Allzuständigkeit des Staates. Die öffentliche Hand hat nach diesem Staatsbild alle Bereiche der Gesellschaft umfassend zu gestalten, zu regeln und zu steuern. Nur mit Eingriffen des Staates lässt sich der Primat der Politik durchsetzen. Die Ideale der Gleichheit und Gerechtigkeit kann nur der Staat verwirklichen.

Aufgaben - Ausgaben - Abgaben

Die **zweite Grundfrage** lautet: Wie ist der Hochleistungsstaat, welcher in den Wachstumsjahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg entwickelt worden ist, zu beurteilen und zu gestalten?

Die **bürgerliche Politik** vertritt die Meinung, dass der moderne Staat über seine Verhältnisse gelebt hat und lebt. Die Staatsdefizite zeigen, dass der Bogen überspannt worden ist. Daraus folgt ein politisches Programm: Redimensionierung der Aufgaben, Reduktion der Ausgaben, Abbau der Abgaben (Steuern). Die Haushaltsanierung hat ausgabenseitig zu erfolgen, was eine Remedur der Aufgabenpolitik erheischt.

Für die **politische Linke** kommt ein Abbau der Staatstätigkeiten nicht in Frage. Sie tendiert fortgesetzt zur Expansion der Aufgaben und Ausgaben. Sie bestreitet die Finanzierungsprobleme nicht. Aber: Diese sind durch Mehreinnahmen (höhere Steuern) zu lösen. Die Finanzierung des sich ausweitenden Hochleistungsstaates erfordert eine weitergehende Umverteilung wirtschaftlicher Güter.

Wirtschaftspolitik

Die **dritte Grundfrage** betrifft das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft: Wie ist dieses Verhältnis zu ordnen?

Die **bürgerliche Politik** befürwortet die Grundsätze der Ordnungspolitik. Der Staat hat für die Wirtschaft bestmögliche Voraussetzungen zu schaffen (Rahmenpolitik). Die Unternehmungen brauchen ausreichende Handlungsspielräume sowie langfristig berechenbare Rahmenbedingungen, um sich den Veränderungen der Märkte anpassen und diese mitgestalten zu können.

Die **politische Linke** hat nach den negativen Erfahrungen mit der Planwirtschaft des realen Sozialismus ihr wirtschaftspolitisches Weltbild in Richtung Marktwirtschaft korrigiert. Der Primat der Politik veranlasst sie jedoch, einen weitgehenden Interventionismus und Dirigismus in unternehmerische Belange zu vertreten. Das Leitbild ist hier nicht die freie, sondern die staatlich gelenkte Marktwirtschaft. Die politische Linke befürwortet u.a. Staatskrücken für Branchen und Firmen sowie Massnahmen direkter Wirtschaftsförderung (Subventionen, Steuervergünstigungen usw.).

Sozialpolitik

Die **vierte Grundfrage** hat mit der sozialen Sicherung zu tun. Soll das Sozialnetz (Sozialversicherungen, Sozialhilfe) mittel- und langfristig konsolidiert (tragfähig gestaltet) oder aber ausgebaut werden?

Die **bürgerliche Politik** verfolgt den Konsolidierungskurs. Im Rahmen eines Moratoriums der Sozialpolitik sind die Einrichtungen, Ziele und Massnahmen dieser Politik zu überprüfen, die Effizienz des Sozialsystems insgesamt zu verbessern und die Sozialleistungen auf ein volkswirtschaftlich tragbares Mass zu bringen. Die Sozialkostenbelastung darf weder den Staatshaushalt überfordern noch die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft beeinträchtigen.

Die **politische Linke** stuft den hierzulande erreichten Standard der sozialen Sicherheit als unzureichend ein. Die Marschrichtung heisst Wohlfahrts- und Versorgungsstaat. Es werden höhere und zusätzliche Sozialleistungen sowie Mindesteinkommen verlangt. Die Sozialwerke werden hier über den Sozialschutz hinaus als wirksame Vehikel der Umverteilungspolitik betrachtet und eingesetzt.

Ausblick

Im NZZ-Verlag ist vor einiger Zeit der Band «Sozialismus – Ende einer Illusion» erschienen. Es wäre jedoch eine verhängnisvolle Illusion anzunehmen, der Sozialismus sei in Westeuropa und in der Schweiz am Ende.

Die bürgerliche Politik steht vor der Aufgabe, den **Mittelstand** davon zu überzeugen, dass die Strategien ihrer Politik der Bevölkerung, der Wirtschaft und dem Staat bessere Chancen bieten als die Rezepte linker Politik, welche im Ausland bereits durchgeführt worden und gescheitert sind.

Die Wirtschaft muss zur Kenntnis nehmen: **Bürgerliche Politik** ist einem harten Wettbewerb ausgesetzt. Sie ist **nicht** zum **Nulltarif** zu haben. Es gibt keine Gesetzmässigkeit, welche den Erfolg dieser Politik garantiert. Vielmehr gilt: Die bürgerliche Politik muss alle **Kräfte mobilisieren**, um ihre Positionen gegenüber den Standpunkten der sozialistischen Politik behaupten, festigen und ausbauen zu können. (1)

Die Ordnungspolitik und ihre Feinde

Vorbemerkungen

Der Titel soll an das Werk von Karl R. Popper «Die offene Gesellschaft und ihre Feinde» («The Open Society and Its Enemies») erinnern. Wer die freie Gesellschaft freier Menschen als wichtig erachtet, muss das zitierte Werk immer wieder lesen.

Es gilt, sich vom Ausdruck «Feind» zu distanzieren. In der Demokratie sind Andersdenkende zwar politische Gegner, aber keine Feinde. Es müssen harte Auseinandersetzungen geführt werden. Dabei sind die demokratischen Spielregeln einzuhalten.

Es ist ausgeschlossen, mit wenigen Zeilen eine Grundlegung der Ordnungspolitik zu versuchen. Wir bemühen uns vielmehr, einige Besonderheiten der Ordnungspolitik darzulegen, bestimmte Gegenpositionen zu markieren sowie die Aktualität der Ordnungspolitik zu unterstreichen.

Wir verstehen hier unter **Ordnungspolitik oder Rahmenpolitik** eine bestimmte **Grundhaltung oder Konzeption der Wirtschaftspolitik**.

Zur Wirtschaftspolitik der politischen Macher

Es gibt Politiker, welche der Meinung sind, «Wirtschaft» (Strukturen, Mechanismen, Prozesse, usw.) sei ein **Objekt** nicht gerade beliebiger, aber jedenfalls weitgehender **Politikgestaltung**. Für diese Politiker hat Wirtschaftspolitik die Aufgabe, bestimmte konkrete **Sachziele** zu verwirklichen.

Beispiele: Wenn bestimmte Wachstumsraten des Sozialproduktes angestrebt werden, betreibt man Wachstumspolitik. Wenn ein hoher Beschäftigungsgrad oder gar Vollbeschäftigung anvisiert werden, wird eine Beschäftigungspolitik entwickelt und umgesetzt. Wenn bestimmte Strukturen der Wirtschaft als Ziel erkannt werden, setzt man eine Strukturpolitik in Gang.

Die Politik setzt hier voraus, dass Wachstum, Beschäftigung, Strukturen usw. prinzipiell **machbar** sind, wenn dem Staat einschlägige und ausreichende Zuständigkeiten eingeräumt und entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Die **Wirtschaftspolitik der Macher** hat erhebliche **praktische Konsequenzen**:

- I Kompetenzen des Staates zur Umsetzung besonderer Sachziele schränken die Wirtschaftsfreiheit sowie die rechtsgeschäftliche Privatautonomie ein.
- I Die Ausübung der Kompetenzen bedingt eine Bürokratie, welche sich der «Wirtschaft» annimmt bzw. in diese eingreift.
- I Staatseingriffe in die Wirtschaft sind äusserst vielgestaltig: unterschiedlich motivierte Regelungen verschiedenster Art, Subventionen und Begünstigungen aller Art («Staatskrückenpolitik»), Produktion «öffentlicher Güter» auch dort, wo Marktkräfte spielen würden, usw.

Das **Besondere der Wirtschaftspolitik der Macher** ist jedoch,

- I dass der Glaube an die Machbarkeit wirtschaftlicher Dinge ständig weitergehendere und intensivere Staatseingriffe verlangt, um gesteckte Sachziele (vielleicht) doch noch zu erreichen;
- I dass jede Bürokratie eine Eigendynamik entfaltet, um sich zu rechtfertigen und Positionen (Macht, Einfluss, Prestige) zu verteidigen und auszubauen, sowie
- I dass versucht wird, (vorprogrammiertes) Staatsversagen durch immer mehr Staatsinterventionen und stets grösseren Mitteleinsatz zu «kompensieren».

Fazit: Für die Wirtschaftspolitik der Macher ist Marktwirtschaft ein blosses Instrument, um bestimmte konkrete Sachziele zu erreichen. Der Versuch, diese Ziele zu verwirklichen, erfordert den Einsatz interventionistischer oder dirigistischer Mittel und Methoden durch eine Bürokratie, welche dazu neigt, sowohl die Instrumente staatlicher Politik als auch den Mitteleinsatz zu perfektionieren. Das **Ergebnis dieser Art**

Wirtschaftspolitik ist fatal: wachsende Regulierungsflut, ausufernde Bürokratie, aufwändige, komplexe und lange Verfahren. Schliesslich führt die Analyse der derart drangsaliierten Wirtschaft zum Ergebnis «Marktversagen», welches wiederum der Expansion von Staatsaufgaben Vorschub leistet, weil die Kompensation des Marktversagens die Spirale des Staatsinterventionismus immer weiter drehen lässt. Die hier skizzierten Mechanismen stellen einen **Irrweg der Wirtschaftspolitik** dar. Dieser Weg produziert eine Überforderung des Staates, legt die Wirtschaft zunehmend in Fesseln und zerstört in letzter Konsequenz das ökonomische Fundament der freien Gesellschaft.

Ordnungspolitik oder Rahmenpolitik

Frage: Können wir dem bezeichneten Teufelskreis (Irrweg: Spirale des Staatsinterventionismus) enttrinnen? **Antwort:** Ja, wir können dies tun, wenn wir uns radikal (in der ursprünglichen Bedeutung dieses Wortes) darauf besinnen, welches das fundamentale Ziel einer Wirtschaftspolitik ist,

- I welche der Ordnung der Marktwirtschaft am besten gerecht wird, und
- I welche die Schranken staatlichen Könnens und/oder die Grenzen der Machbarkeit der Politik entschlossen durchsetzt.

Die Alternative zur Wirtschaftspolitik der Macher heisst Ordnungspolitik oder Rahmenpolitik. Diese Grundhaltung oder Konzeption der Wirtschaftspolitik ist durch zwei Momente gekennzeichnet:

- I Einerseits konzentriert sich Ordnungspolitik auf die Verwirklichung von Ordnungszielen, d.h. auf die konkrete Ausgestaltung einer wettbewerbsfähigen staatlichen Rahmenordnung der Wirtschaft.
Die Ordnungsziele betreffen nachstehende Komponenten der komplexen Rahmenordnung:
 - I Rahmenbedingungen (i.e.S.): wirtschaftsrelevante Regelungen einerseits, Abgaben andererseits;
 - I Infrastrukturbedingungen: Einrichtungen der öffentlichen Hand (Verkehrsnetze, Anstalten usw.), Leistungen der öffentlichen Hand (Bildung und Forschung usw.);
 - I Verfahrensbedingungen, d.h. die Organisation der Verwaltungs- und Rechtspflegeverfahren.
- I Andererseits verzichtet Rahmenpolitik darauf, Strukturen und Prozesse der Volkswirtschaft insgesamt oder ihrer Teile auf bestimmte besondere Sachziele hin zu lenken. Rahmenpolitik ist das Gegenstück zur punktuellen Wirtschaftspolitik, welche meint, mit teilweise gelenkter Marktwirtschaft Sachziele verfolgen zu müssen.

Das Ziel der Ordnungspolitik ist es, eine Rahmenordnung zu schaffen, welche die Selbstregulierung der Wirtschaft durch Märkte, auf denen Wettbewerb herrscht, gewährleistet.

Für Ordnungspolitik ist die Marktwirtschaft weder ein Mittel noch ein Instrument zur Verwirklichung von Sachzielen. Für die Rahmenpolitik ist die Marktwirtschaft (verstanden als Wettbewerbsordnung) das Ziel der Wirtschaftspolitik schlechthin.

Die hauptsächliche praktische Konsequenz der Rahmenpolitik ist die strikte und konsequente **Aufgabenteilung zwischen dem Staat** (Bund, Kantone, Gemeinden) **und der Privatwirtschaft**. Die Tragweite dieser Aufgabenteilung kann nicht hoch genug eingeschätzt werden; sie ist das eigentliche **Erfolgsrezept** der bisherigen und insgesamt bewährten Wirtschaftspolitik unseres Landes.

- I Der Staat realisiert eine Rahmenordnung mit möglichst viel Wirtschaftsfreiheit und möglichst viel rechtsgeschäftlicher Privatautonomie. Er verwirklicht eine für alle Branchen und Firmen rechtsgleiche Rahmenordnung. Er setzt – mit anderen Worten – die im übergeordneten öffentlichen Interesse gebotenen Leitplanken.
- I Die Unternehmer befassen sich im Rahmen der (möglichst weiten) staatlichen Handlungsordnung mit Märkten und bemühen sich, durch firmenindividuelle Unternehmungspolitik strategische Erfolgspositionen zu erringen und zu festigen. Die Sozialpartner vereinbaren im Rahmen des zwingenden Rechts branchen- und/oder firmenspezifisch massgeschneiderte Arbeitsbedingungen. Die Geschäftsleitungen der Firmen tragen für ihr unternehmerisches Wirken die ungeteilte und unteilbare Verantwortung.

Rahmenpolitik ist

- I **unvereinbar** mit der Konzeption einer staatlich gelenkten «Marktwirtschaft», wie sie etwa die politische Linke vertritt,
- I **unvereinbar** mit «der kombinierten Anwendung des Prinzips der Selbststeuerung für die Mikrorelationen und der Globalsteuerung für die Makrorelationen», welche die BRD mit dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 (Karl Schiller) versucht hat,
- I **unvereinbar** mit Regulierungen aller Art, welche die Wirtschaftsfreiheit und die rechtsgeschäftliche Privatautonomie auf unnötige Weise beschränken,
- I **unvereinbar** mit Staatskrücken für Branchen oder Unternehmungen (Subventionen usw.) sowie
- I **unvereinbar** mit hohen Staats- und Steuerquoten, weil diese die flexible Anpassung der Wirtschaft an sich wandelnde Märkte beeinträchtigen.

Ordnungspolitik und Beschäftigung (Anwendungsfall)

Beispiel: Das Schicksal arbeitsloser Personen ist auch für die Ordnungspolitik oder Rahmenpolitik eine zentrale Herausforderung. Was schlägt diese Politik zur Reduktion oder Beseitigung der Arbeitslosigkeit vor? Die Exponenten der Ordnungspolitik befürworten die ständige **Verbesserung der staatlichen Rahmenordnung**, um dadurch die Entfaltung der Wirtschaft sowie die Möglichkeiten der Beschäftigung zu fördern. Weiter treten sie für branchen- und firmenspezifische **Vereinbarungen der Sozialpartner** über Arbeitsbedingungen ein; differenzierte und flexible Arbeitsbedingungen begünstigen die Beschäftigung. Schliesslich hat die **Arbeitslosenversicherung** einerseits die Mobilität arbeitsloser Personen zu steigern (sog. Präventivmassnahmen), andererseits wirksamen Sozialschutz (Ersatzeinkommen) zu leisten, ohne dabei das Interesse an Beschäftigung herabzusetzen (Mittel u.a.: Karenzfristen; degressive Staffelung der Taggelder usw.).

Diese drei Stossrichtungen markieren **Strategien einer ordnungspolitisch konzipierten Beschäftigungspolitik**. Diese Ansätze sind jener staatlichen Beschäftigungspolitik, welche die politische Linke verfehlt, weit überlegen. Beschäftigungspolitik durch Rahmenpolitik ist keineswegs selbstverständlich. Die bürgerliche Position wird immer wieder mit völlig **abweichenden Konzepten der Beschäftigungspolitik** konfrontiert:

- I Es wird vorgeschlagen, der Staat möge die Wirtschaft mit **Investitionsprogrammen** ankurbeln (Finanzierung durch deficit spending – J.M. Keynes lässt grüssen!).
- I Es wird vorgeschlagen, es sei mit **Beschäftigungsprogrammen** der öffentlichen Hand Abhilfe zu schaffen.
- I Es wird vorgeschlagen, das **Recht auf Arbeit** verfassungsrechtlich zu verankern (Motto: Die öffentliche Hand wird es schon richten!).

Alle diese Vorschläge unterstellen, ein hoher Beschäftigungsgrad oder gar Vollbeschäftigung seien durch eine spezifische staatliche Beschäftigungspolitik machbar. Demgegenüber betont die Ordnungspolitik, dass eine ausreichende Beschäftigung immer das Ergebnis einer wettbewerbsfähigen Rahmenordnung sowie eines funktionierenden Arbeitsmarktes ist.

Kritik und Missverständnisse

Ordnungspolitik oder Rahmenpolitik sind stets der Konkurrenz abweichender Konzeptionen der Wirtschaftspolitik ausgesetzt (z.B. SPS, Mit radikalen Reformen die Zukunft gestalten, Bern 1993). Sie ist immer wieder mit Missverständnissen konfrontiert.

tiert. Zunächst wird behauptet, Rahmenpolitik verkenne die Rolle, welche der Staat für die Wirtschaft spiele. Tatsache ist jedoch, dass Ordnungspolitik die Notwendigkeit der staatlichen Rahmenpolitik unterstreicht. Das Leitbild ist der starke und funktions-tüchtige Staat mit begrenzter Verantwortung (Kernaufgaben der öffentlichen Hand). Der Bund muss insbesondere die Wettbewerbsordnung gewährleisten (UWG, Kartellrecht). Die wirtschaftsrelevanten Bereiche der Politik (Raumordnung, Verkehr, Bildung und Forschung, Umweltschutz, usw.) sind unabdingbar. Aber: Marktwirtschaft verlangt möglichst weite Wirtschaftsfreiheit und möglichst breite rechtsgeschäftliche Privatautonomie.

Weiter wird behauptet, der Staat habe im übergeordneten Interesse der Allgemeinheit in die Wirtschaft einzugreifen (SPS: Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft). Dazu ist differenziert Stellung zu nehmen: Der Staat ist tatsächlich gehalten, viele Bereiche der Politik, die wirtschaftlich bedeutsam sind, zu gestalten und umzusetzen. Das Ergebnis muss jedoch eine für die Entfaltung der Wirtschaft günstige Rahmenordnung und müssen Ziele und Massnahmen sein, welche wirtschaftsverträglich sind. Staatseingriffe sind dort abzuwehren, wo sie darauf abzielen, die Selbstregulierung der Wirtschaft durch das System der Märkte und Preise durch bürokratische Steuerung und politische Lenkung zu ersetzen.

Schliesslich wird behauptet, Ordnungspolitik sei jene Politik, welche Sonderinteressen der Unternehmer und Arbeitgeber (der «Kapitalisten») diene. Das Gegenteil ist richtig. Die Rahmenpolitik bekämpft wirtschaftliche Sonderinteressen bestimmter Branchen und bestimmter Unternehmungen, welche Staatskrücken beanspruchen. Sie fordert eine Rahmenordnung, welche für sämtliche Firmen rechtsgleich ist und betont die Eigenverantwortung der Wirtschaft, sich ohne direkte Staatshilfe auf den Märkten zu behaupten. Die Strategie ist die strikte und konsequente Aufgabenteilung zwischen Privatwirtschaft und öffentlicher Hand (siehe oben).

Gegner der Rahmenpolitik

Die nachstehende Gliederung der Gegnerschaft der Ordnungspolitik will aufzeigen, dass auch hierzulande starke Kräfte Rahmenpolitik ständig bekämpfen.

1. Sozialisten aller Parteien

Der moderne Sozialismus ist durch den Bankrott staatlicher Planwirtschaft gezwungen worden, die Leistungsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems anzuerkennen (SP). Er vertritt jedoch

- I sowohl das **Modell der gelenkten «Marktwirtschaft»** mit einem Übermass an Interventionismus und Dirigismus,

I als auch eine (grenzenlose) **Umverteilungspolitik** (Steuern, Sozialversicherungen), welche die Leistungskraft und das Funktionieren der Marktwirtschaft letztlich zerstört (nicht der Absicht, sondern der Wirkung nach).

2. Technokraten und Experten

Die **Bürokratie** dient nicht einfach dem Gemeinwohl, wie Naive hartnäckig meinen; sie verfolgt durchaus **eigene Interessen**. Es gibt etwa **Bundesämter**, welche sich für kompetent halten,

- I wirtschaftliche Entwicklungen vorausszusehen (Glaube an Prognosen!) und sich für zuständig halten,
- I derartige Entwicklungen planend, steuernd, lenkend oder unterstützend zu begleiten.

Diese Ämter werden extern durch ein Heer von **Beratungsfirmen** unterstützt, welche an Aufträgen der Politikberatung interessiert sind.

Wir stellen immer wieder fest, dass die expansive Wirtschaftsbürokratie (Bund) und die unternehmerische Expertokratie zusammenspannen.

3. Politiker besonderer Art

Es gibt auch im bürgerlichen Lager Opportunisten, Pragmatiker und Populisten, welche eines gemeinsam haben: Sie schätzen es, sich von Fall zu Fall völlig beliebig zu entscheiden. Es ist ihnen ein Gräuel, sich politisch auf feste Grundsätze und Richtpunkte auszurichten. Ordnungspolitik ist und bleibt **Grundsatzpolitik**, welche Konsequenz, Standfestigkeit und Mut erfordert. Die erwähnten Politiker besonderer Art verfolgen eine **Windfahnenpolitik**, welche unberechenbar und orientierungslos ist. Sie tragen zur **Verwahrlosung der Ordnungspolitik** bei und leisten unserem Land einen schlechten Dienst.

4. Sonderinteressen der Wirtschaft

Wir dürfen die Gegner der Rahmenpolitik nicht allein ausserhalb der Wirtschaft suchen. Wir können Gegner der Ordnungspolitik auch innerhalb der Wirtschaft antreffen. Zu nennen sind jene Unternehmer und Interessengruppen, welche Massnahmen direkter Wirtschaftsförderung (Staatskrücken aller Art für die Wirtschaft) befürworten. Es kommt nicht selten vor, dass sich Finanzverantwortliche von Firmen nach Subventionen der öffentlichen Hand erkundigen... Diese Leute sind in der Regel nicht mit Politik befasst; die Grundfragen der Wirtschaftspolitik sind für sie kein Thema.

Schlussbemerkung

Wenn das Ziel der wirtschaftsrelevanten Politik des Staates (Bund, Kantone, Gemeinden) die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Standortes ist, müssen Ziele, Grundsätze und Massnahmen der Ordnungspolitik verwirklicht werden.

Wenn die Wirtschaft Rahmenpolitik als richtige Strategie für die wettbewerbsfähige Schweiz von morgen einstuft, müssen sich ihre Exponenten stark für die Durchsetzung der Ordnungspolitik engagieren.

Der wichtigste Beitrag der Firmen ist die Unterstützung jener Organisationen, welche Rahmenpolitik oder Ordnungspolitik professionell verfolgen und mitgestalten. (2)

Gesamtperspektive des Staates, der Wirtschaft und der Gesellschaft (Zivilgesellschaft, private Netzwerke)

Vorbemerkung

Für die Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft ist es eine Selbstverständlichkeit gewesen, die **Ordnungen des Staates, der Wirtschaft sowie der Gesellschaft** i.e.S. (private Aufgabenträger und Netzwerke jenseits der Wirtschaft) nicht nur je separat, sondern immer auch im Zusammenhang, d.h. in einer ganzheitlichen Optik, zu erfassen, zu analysieren sowie zu würdigen. Kurzum: Die geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft haben die **Lehre der Interdependenz der bezeichneten Ordnungen** vertreten, verteidigt und praktiziert. Der heutige Zeitgeist steht im Widerspruch dazu. Heute ist die Tendenz vorherrschend, entweder den Staat oder die Wirtschaft oder die Gesellschaft (i.e.S.) je isoliert zu betrachten. Der vorliegende Beitrag versucht, eine **Brücke zwischen Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zu schlagen**.

Wirtschaftspolitik und Unternehmenspolitik brauchen unter den **Bedingungen direkter Demokratie die Akzeptanz, den Goodwill und das Vertrauen der Bevölkerung, der Behörden, der öffentlichen Meinung**. Die erwähnten Fundamente für die gedeihliche Entfaltung der verknüpften Ordnungen erfordern eine **Gesamtperspektive** oder eine **Gesamtoptik** im Denken und Handeln.

Wirtschaft

Wir setzen uns für eine Wirtschaft ein, welche unserer Bevölkerung ausreichende Arbeitsplätze, angemessene Einkommen sowie positive Berufsaussichten bieten kann.

Vision: Unternehmungsgesellschaft, Weltmeister der Aus- und Weiterbildung, exzellente Firmen mit Spitzenleistungen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Firmen ihre Unternehmenspolitiken an der unternehmerischen Gesamtverantwortung ausrichten, was der traditionellen Praxis bester Firmen entspricht.

Vision: Die Ansprüche aller Beteiligten (Stakeholder) werden angemessen befriedigt. Man beteiligt sich aktiv an Politikgestaltung und im gesellschaftlichen Umfeld. Unternehmerische Umweltpolitik trägt ökologischen Erfordernissen Rechnung.

Wir setzen uns für die Sozialpartnerschaft (Richtpunkte: Treu und Glauben, Fairness, Rücksichtnahme) und für die Bewahrung des Arbeitsfriedens ein.

Vision: konstruktive Beziehungen zwischen Geschäftsleitungen und Personal (= wertvollste Ressource jeder Unternehmung); branchen- und firmenspezifisch massgeschneiderte vertragliche Arbeitsbedingungen, was entsprechende Handlungsspielräume der Sozialpartner voraussetzt. Veränderungen in den Firmen werden in jedem Falle sozialverträglich durchgeführt.

Staat

Wir setzen uns ein für einen funktionstüchtigen Staat, welcher dem Gesamtinteresse der Gemeinschaft dient und eine Langzeitpolitik verfolgt, weil wir alle, auch die Wirtschaft, diesen Staat nötig haben. Wir wollen einen Staat, der auf Dauer aktionsfähig, finanzierbar und regierbar bleibt.

Vision: Redimensionierung oder Reduktion der Staatstätigkeiten auf Kernaufgaben (Stopp der Staatsexpansion); Ausrichtung der Gesamtpolitik auf solide Staatsfinanzen; Verzicht des Staates auf kollektive Aufgaben, welche Private lösen können.

Wir setzen uns für ein volkswirtschaftlich tragbares System sozialer Sicherung (Sozialversicherungen des Bundes, Sozialhilfe der Gemeinden und des Kantons) ein und lehnen eine Demontage des Sozialstaates ab.

Vision: Konsolidierung statt Ausbau der Sozialwerke; tragfähige Lösung der bekannten Finanzierungsprobleme; Steigerung der Effektivität und Effizienz sozialer Sicherheit.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Staat die Wettbewerbsfähigkeit der Rahmenordnung der Wirtschaft (Rahmen-, Infrastruktur-, Verfahrensbedingungen) ständig stark steigert. Wir verwerfen dagegen Staatskrücken für Branchen und Unternehmungen (Subventionen etwa) ebenso wie Dirigismus und Interventionismus in unternehmerische Belange.

Vision: Reduktion wirtschaftshemmender Regelungen und Abgaben; Umbau des Steuerstaates: Verlagerung der Lasten weg von direkten hin zu indirekten Steuern; Senkung administrativer Kosten aller Art.

Gesellschaft (= Netzwerk privater Aufgabenträger)

Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein,

- I in welcher Familien und Einzelpersonen ihre Lebensentwürfe aus eigener Initiative, Kraft und Verantwortung verwirklichen können,
- I in welcher Gruppen, Vereine, Verbände eine Fülle gemeinschaftlicher Aufgaben (Kultur, Soziales, Freizeit) bewältigen,
- I welche die Menschen zusammenführt («integriert») und die Gemeinschaft stärkt.

Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein,

- I in welcher möglichst viele Menschen sich am Gemeinschaftsleben aktiv beteiligen,
- I in welcher im besonderen Sozialnetze auf kommunaler Ebene (Vereine) funktions-tüchtig sind,
- I in welcher Solidarität auf freiwilliger Basis praktiziert wird.

Die Gesellschaft bietet ein riesiges, sehr differenziertes und äusserst mannigfaltiges Potenzial an Entfaltungsmöglichkeiten, etwa im kulturellen Bereich. Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in welcher diese Potenziale möglichst weitgehend bewahrt, gestärkt und ausgeschöpft werden können. Es sollen möglichst viele je auf ihre Weise an Kultur (= das, was das Leben wertvoll macht) teilhaben können.

Fazit

Das vorliegende **Credo** bringt zum Ausdruck,

- I dass eine wettbewerbsfähige Wirtschaft das ökonomische Fundament der Sozialordnung insgesamt darstellt,
- I dass Wirtschaftspolitik (Staat) und Unternehmenspolitik (Firmen) Auswirkungen auf sämtliche Teile der Sozialordnung haben und diese mitberücksichtigen müssen,
- I dass jeder Bereich einerseits spezifische Funktionen zu erfüllen hat sowie andererseits Mitverantwortung für das Ganze trägt.

Mit anderen Worten: Der Wirtschaft, die in Kultur und die Tradition unseres Landes eingebettet ist, dem Staat und der Gesellschaft liegen **gemeinsame Werte** zugrunde. Man kann diese als verbindende **Brücken** bezeichnen.

Es gilt, alles zu tun, was diese Brücken festigt, und alles zu unterlassen, was sie zerstört.

(3)

Spektren des Kapitalismus: Marktwirtschaftsordnungen im Wettbewerb

Die idealtypische Konfrontation der Modelle, Ordnungen oder Systeme des Kapitalismus, der sozialen Marktwirtschaft und der «sozialistischen Marktwirtschaft» hat einen sachlichen, einen historischen und einen politischen Hintergrund. Was steckt hinter dem summarischen Überblick über hauptsächliche Strömungen der Gegenwart?

Interdependenz

Die Sozialordnung hat laut Ralf Dahrendorf drei Aufgaben zu bewältigen:

- I Wohlstand steigern
- I den Zusammenhalt der Gemeinschaft stärken sowie
- I die Freiheit verteidigen.

Sie besteht aus Teilsystemen, welche wechselseitig bedingt und verknüpft («interdependent») sind: Wirtschaftsordnung plus Unternehmensverfassung, Staats- und Gesellschaftsordnung.

Jede Sozialordnung ist durch die Kultur und Tradition des jeweiligen Landes geprägt; dies trifft auch auf die Teilsysteme zu. Fundamental ist, dass Globalisierung keine «globale» Sozialordnung schaffen kann. Vgl. William Keegan, *The Spectre of Capitalism*, London 1992.

Historischer Aspekt

In den OECD-Staaten ist während den Jahrzehnten der Konfrontation zwischen dem freien Westen und dem kommunistischen Osten «Marktwirtschaft» überall, immer und ausschliesslich als die Alternative zur Zentralverwaltungswirtschaft analysiert, betrachtet und gewürdigt worden. Die Tatsache, dass es real stets mannigfaltige Ordnungen der Marktwirtschaft gegeben hat, hat damals gegenüber dem West-Ost-Systemvergleich wenig bis keine Beachtung gefunden.

Das europäische Revolutionsjahr 1989 hat das 20. Jahrhundert vorzeitig beendet. Der Zusammenbruch des Ostblocks, die Liquidation des Kommunismus (Osteuropa) und das Ende des Kalten Krieges zwischen West und Ost haben die Zeitenwende herbeigeführt. Der Bankrott der zentralen Planwirtschaft ist als Sieg der Marktwirtschaft verstanden und bekannt gemacht worden. Führungskräfte der Wirtschaft, führende Ökonomen und Publizisten (teilweise bei Beratungsfirmen Beschäftigte) sowie Medien

haben es sich nicht nehmen lassen, der nunmehr einzigen Supermacht USA ihre gehörige Reverenz zu erweisen. Sie haben die Marktwirtschaft der USA, den «entfesselten» Kapitalismus (Mc Kinsey) bzw. den angelsächsischen Kapitalismus zum globalen Massstab wirtschaftlicher Ordnung, wirtschaftspolitischer Strategien und unternehmerischen Handelns gemacht.

In den Staaten Westeuropas haben die Bezeichneten in weiten Kreisen der Bevölkerung die Akzeptanz der Marktwirtschaft, den Goodwill bezüglich Marktwirtschaft und das Vertrauen in die Marktwirtschaft beeinträchtigt, erschüttert oder zerstört. Das beträchtliche Erstarken der politischen Linken bestätigt den Befund.

Die Staaten Westeuropas müssen vor dem Hintergrund ihrer Kulturen und Traditionen ihre spezifischen Ordnungen der Marktwirtschaft gestalten und entfalten. Man kann Globalisierung falsch verstehen: Die «globale» Marktwirtschaft existiert nicht. Die allfällige Rezeption des angelsächsischen Kapitalismus führt wirtschafts- und sozialpolitisch zur tief gespaltenen «Gemeinschaft». Diese Perspektive ist für jegliche Demokratie untragbar.

Politische Tragweite

Wir brauchen eine Sozialordnung, welche es dem Mittelstand gestattet,

- I Marktwirtschaft als reale Ordnung zu akzeptieren,
- I Goodwill für diese Ordnung aufzubringen sowie
- I Marktwirtschaft mit vollem Vertrauen zu verteidigen.

Die einschlägige Herausforderung ist gewaltig: Es geht darum, Soziale Marktwirtschaft standhaft zu realisieren. Die durch die Kultur und Tradition des Landes geprägten Werte weisen dabei den Weg. Es ist unumgänglich, zwei Konzeptionen wirksam zu bekämpfen, weil sie für den Mittelstand nicht tragbar sind. Das Spektrum «Kapitalismus» und das Spektrum «sozialistische Marktwirtschaft» müssen abgelehnt werden.

Ausblick

Es gibt nicht nur Grossrisiken im Bereich der Technik. Man muss sich damit vertraut machen, dass es auch **Grossrisiken im Bereich der Politik** gibt (Ausrichtung auf verfehlte Sozialordnung, Abkehr von Kultur und Tradition, Herrschaft falscher Propheten). Dazu kommt, dass eine reale Ordnung der Marktwirtschaft durch die Wirtschaft selbst untergraben werden kann, wenn massgebende Kreise auf «öffentliche Moral» verzichten. Vgl. Helmut Schmidt, Auf der Suche nach einer öffentlichen Moral, Stuttgart 1998. Zu hoffen bleibt, dass sich die Führungskräfte unserer Wirtschaft grossmehrheitlich weiterhin in Tat und Wort zur Unternehmenskultur bestgeführter Firmen (KMU und Konzerne) bekennen.

Spektrum Kapitalismus	Spektrum Soziale Marktwirtschaft	Spektrum sozialistische Marktwirtschaft
1. Wirtschaftsordnung		
freie Marktwirtschaft (frei, hier: unbegrenzte oder schrankenlose Marktwirtschaft)	Soziale Marktwirtschaft	sozialistische «Marktwirtschaft»
Wohlstand für Kapitalisten (Eigentümer der Produktionsmittel)	«Wohlstand für alle» (Ludwig Erhard)	Wohlstand für Lohnabhängige (Interessen der «Arbeit» im Gegensatz zum Kapital)
Shareholder-Value: kurzfristige Maximierung der Aktionärsinteressen	Stakeholder-Value: angemessene Befriedigung der Ansprüche aller Gruppen; Shareholder-Value als Langzeitstrategie	Maximale Befriedigung der Ansprüche der Lohnabhängigen
Arbeitsbedingungen: völlige Flexibilität	Arbeitsbedingungen: vertragliche Regelungen im Rahmen des Arbeitnehmerschutzrechts	Arbeitsbedingungen: weitgehende staatliche Regelungen, stark beschränkter Handlungsspielraum der Vertragspartner
2. Unternehmensverfassung		
weder Mitwirkungs- noch Mitbestimmungsrechte	Geschäftsleitung: ungeteilte Verantwortung für Unternehmenspolitik; teils gesetzliche, teils vertragliche Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmer	Geschäftsleitung: wegen Mitbestimmung geteilte Verantwortung für Unternehmenspolitik; teils gesetzliche, teils vertragliche Mitbestimmungsrechte auf unternehmerischer Ebene für interne <i>und</i> externe Personalvertreter
Arbeitnehmer = Instrument, Werkzeug, blosser Kostenfaktor; «hire + fire»-Praxis	Unternehmung = «produktives soziales System» (Ulrich); Personal wird als wertvollste Ressource wie Kunden gepflegt	Personal = Mitarbeiter mit Mitentscheidungsrechten (vgl. Mitbestimmungsordnung)
Arbeitgeber/Arbeitnehmer: rein kommerzielle Beziehungen	Arbeitgeber/Arbeitnehmer: personale und soziale Beziehungen («Team»)	Unternehmung ist Teil des Versorgungssystems für Lohnabhängige; «Sozialvertrag» kraft staatlichem Diktat

Spektrum Kapitalismus	Spektrum Soziale Marktwirtschaft	Spektrum sozialistische Marktwirtschaft
3. Staatsordnung		
Minimalstaat: – Aufgaben – Regelungen – Bürokratie – Abgaben	Staat mit begrenzter Verantwortung: Kernaufgaben der öffentlichen Hand Aktuell: Reduktion des Hochleistungsstaates auf Kernaufgaben	Maximalstaat: – Aufgaben – Regelungen – Bürokratie – Abgaben
minimale soziale Sicherheit: nur obligatorische Grundversicherung (falls überhaupt)	Sozialstaat; Konsolidierung der Sozialwerke Aktuell: Sozialstaatsreform	Wohlfahrtsstaat/Versorgungsstaat → Ausbau der sozialen Sicherheit; Umverteilungsstaat
«Märkte lösen alle Probleme» (Primat der Wirtschaft)	Staat + Märkte + Gesellschaft (= Netzwerk privater Rollenträger) = Problemlöser	«Staat löst alle Probleme» (Primat der Politik)
4. Gesellschaftsordnung		
schrankenlose Freiheit für jedermann, egoistische Interessen zu verfolgen; «jeder kämpft gegen jeden» (Sozialdarwinismus)	begrenzte Freiheit mit Verantwortung für alle Auswirkungen der Handlungen	Gleichheit (durch staatliches Diktat) kommt vor Freiheit
keine Solidarität	freiwillige Solidarität	staatlich erzwungene Solidarität
kein Engagement für Netzwerke	starkes freiwilliges Engagement für funktionstüchtige Netzwerke (Entlastung des Staates!)	staatliche geplante, geordnete und gesteuerte Netzwerke

Spektrum Kapitalismus	Spektrum Soziale Marktwirtschaft	Spektrum sozialistische Marktwirtschaft
<p>5. Beurteilung: Wird die dreifache Aufgabe jeder Sozialordnung bewältigt? a) Wohlstand steigern, b) Zusammenhalt der Gemeinschaft stärken, c) Freiheit verteidigen</p>		
<p>Kluft zwischen reich und arm wird erheblich grösser; der Mittelstand schwindet → Desintegration der Gemeinschaft → soziale/politische Konflikte → Staat macht «Ordnung» (Autoritarismus)</p> <p><i>Fazit:</i> Die Aufgabe wird <i>nicht</i> bewältigt.</p>	<p>Der soziale Ausgleich stabilisiert die Gemeinschaft; der Mittelstand (= einzig wirksamer Garant für stabile Gesamtordnung) kann erstarken → Integration der Gemeinschaft; wenn Wirtschaft und Standorte Wettbewerbsfähigkeit bewahren und steigern, wird Wohlstand wachsen; Staat bleibt auf Kernaufgaben beschränkt → freiheitliche Ordnung.</p> <p><i>Fazit:</i> Die Aufgabe wird bewältigt oder kann bewältigt werden.</p>	<p>Umverteilung übersteigt das volkswirtschaftlich tragbare Mass → Verlust der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft → Absinken des Wohlstandes; Mittelstand wird immer schwächer → Destabilisierung der Gemeinschaft; der zu verteilende «Kuchen» wird ständig kleiner → Verteilungskämpfe → Staat macht «Ordnung» (Autoritarismus)</p> <p><i>Fazit:</i> Die Aufgabe wird <i>nicht</i> bewältigt.</p>

(4)

FUNDAMENTE FREIHEITLICHER POLITIK: MEISTERDENKER IM ÜBERBLICK

Die marktwirtschaftliche Ordnung der Wirtschaft beruht auf Grundlagen, welche wir wenigen Köpfen der Wirtschaftsphilosophie verdanken. Wir wollen diese Persönlichkeiten vorstellen.

Welches sind tragende Pfeiler einer freiheitlichen Ordnung des Staates, der Wirtschaft und der Gesellschaft?

Was ist und bedeutet individuelle oder persönliche Freiheit überhaupt?

Was leistet die Theorie spontaner Ordnungen? Was hat sie mit der Rechtfertigung der Marktwirtschaft zu tun?

Wie kann persönliche Freiheit oder die Selbstbestimmung des Menschen ermöglicht und gesichert werden?

Wie sind Erscheinungen bzw. Phänomene der Wirtschaft einerseits, Teile der Sozialordnung andererseits miteinander vernetzt?

Was sind Grundlagen, Leitplanken und oberste Richtpunkte einer Sozialordnung, welche die «Verfassung der Freiheit» (F.A. von Hayek) verwirklichen will?

Es gibt eine Welt jenseits von Angebot und Nachfrage. Freiheit und Verantwortung bezeichnen eine Grundhaltung, welche sich von der blossen Maximierung persönlicher Vorteile markant unterscheidet!

Die Meisterdenker beeindruckten durch ihre umfassende Bildung und durch ihre Gesamtoptik. Die Beschränkung auf das Ökonomische ist ihnen fremd.

Ludwig von Mises (1881–1973) und Friedrich August von Hayek (1899–1992)

Einleitung

Freiheitliche Ordnung und Politik sind stets bedroht und bedürfen ständiger Verteidigung. Welches sind ihre «Feinde» (Gegner, Konkurrenten, Kritiker, Widersacher)? Es sind drei Gruppen auseinander zu halten:

- I Der **Sozialismus** befürwortet den umverteilenden Wohlfahrtsstaat, welcher die Menschen abhängig macht und letztlich entmündigt.
- I **Etatisten** und **Technokraten** sind von der Machbarkeit aller Dinge durch staatliche Politik überzeugt. Sie leisten der Staatsexpansion massiv Vorschub.
- I Besonders gefährlich sind drei Lager: die **Konformisten**, welche jeden Konflikt und jeden Streit vermeiden, die **Opportunisten** sowie die **Pragmatiker**, welche ohne Gesinnung und Grundsätze politisch aktiv sind.

Die bezeichneten Herausforderer der bürgerlichen Politik sind in der Lage, Wahlen zu gewinnen sowie Abstimmungen zu entscheiden. Es besteht kein Zweifel, dass auch bürgerliche Parteien Mitglieder haben, welche als Sozialisten, Etatisten, Technokraten usw. einzustufen sind. Für die Beurteilung der Lage sind daher Parteistärken (Wähleranteile, Zahl der Parlamentsmandate) lediglich von relativer Bedeutung.

Die Marktwirtschaft oder Wettbewerbswirtschaft hat die Lebensbedingungen vieler Völker auf historisch einmalige Weise verbessert. Die Erfolgsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft beruht auf der geistigen Leistung weniger Gelehrter. Unsere Einführung startet mit der Vorstellung folgender Denker: Ludwig von Mises (1881–1973) und Friedrich August von Hayek (1899–1992).

Die Genannten haben wesentliche Grundlagen für die heutige Ordnung der Marktwirtschaft sowie für zeitgenössische Wirtschaftspolitik (Ordnungspolitik, Rahmenpolitik) geschaffen. Sie zeichnen sich durchwegs dadurch aus, dass sich ihr geistiger Horizont auf Grundlagen und Zusammenhänge der Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erstreckt hat. Sie hatten stets die Sozialordnung insgesamt (drei Teilordnungen) im Visier. Sie lehrten, dass **Freiheit unteilbar** ist, d.h. in allen Teilordnungen durchgesetzt werden muss:

- I **Staatsordnung:** schlanker Staat, Grundrechte, Demokratie;
- I **Wirtschaftsordnung:** Wirtschaftsfreiheit, Wettbewerb, offene Märkte sowie
- I **Gesellschaftsordnung:** Selbstverantwortung und Eigeninitiative der Individuen, Familien, Unternehmen, Vereine usw., Entfaltung der Privatautonomie zur individuellen Gestaltung persönlicher Pläne, starke private Netzwerke zur Integration der Gemeinschaft.

Ludwig von Mises (1881–1973)

Vorbemerkung

Ludwig von Mises (LvM) hat in Jahrzehnten, in welchen in Politik und Wissenschaft Dirigismus, Interventionismus und Sozialismus das Feld beherrschten, wie ein «Fels wider die Brandung des Zeitgeistes» für freiheitliche Ordnung und Politik gekämpft. Er gehört als Denker der Freiheit zu den herausragenden Gestalten des 20. Jahrhunderts.

Biographie

29. September 1881 Geburt in Lemberg als Sohn eines Ingenieurs des österreichischen Eisenbahnministeriums; Schulzeit in Wien; 1900–1906 Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Wien; Anwaltstätigkeit; 1909–1934 Sekretär/Ökonom der Wiener Handelskammer, parallel dazu: Privatdozent (ab 1913) und Professor (ab 1918) an der Universität Wien; 1920–1934 «Privatseminar» im Handelskammerbüro (Teilnehmer u.a. F. A. von Hayek, Gottfried von Haberler, Felix Kaufmann, Alfred Schütz, Erich Vögelin, Karl Menger); 1927 LvM gründet das Österreichische Konjunkturforschungsinstitut und bestellt F.A. von Hayek als Leiter (bis 1931); 1934–1940 Lehrstuhl für internationale Wirtschaftsbeziehungen am Institut Universitaire des Hautes Etudes Internationales in Genf; Juli/August 1940 Übersiedlung in die USA; Stipendiat, Publizist, Mitarbeit in Unternehmergruppe; ab 1945 (Teilzeit) und ab 1949 (Vollzeit) Gastprofessor an der New York University (NYU); 1948–1968 (wöchentliches) «Seminar on Economic Theory» an der NYU (Teilnehmer u.a. Murray N. Rothbard, Ralph Raico); 1947 LvM gründet mit F.A. von Hayek und W. Röpke die Mont Pèlerin Society (Begegnung mit L. Erhard, L. Einaudi, J. Rueff, M. Friedman); 10. Oktober 1973 LvM stirbt im Alter von 92 Jahren in New York.

Gedanken/Werke

LvM wird hier vor allem als Theoretiker des Liberalismus vorgestellt. Vorauszuschicken sind Hinweise auf eine wissenschaftliche Grosstat sowie auf die Wirkungsgeschichte.

Mit Arbeiten zur Geld- und Konjunkturtheorie sowie als Regierungsberater hat sich LvM in Fachkreisen einen Namen gemacht. Er hat im Buch «Die Gemeinwirtschaft» (1. A. 1922, 2. A. 1932) nachgewiesen, dass es beim Kollektiveigentum an den Produktionsmitteln keine Marktpreise für Produktionsfaktoren gibt, was aber für einen effi-

zienten Einsatz dieser Faktoren unabdingbar ist. Man kann sagen, dass LvM bereits 1922 das Scheitern der Zentralverwaltungswirtschaft begründet vorausgesagt hat! Als weiteres Hauptwerk gilt «Die Nationalökonomie» (Genf 1940), welches – in erweiterter Fassung – im Jahre 1949 unter dem Titel «Human Action» erschienen ist und in den USA breite Beachtung gefunden hat. Während LvM in Westeuropa (deutschsprachiger Raum) in Vergessenheit geraten ist, hat er in den USA (NYU) durch seine Lehrtätigkeit, als Autor und Publizist sowie durch Vorträge während Jahrzehnten Etatismus, Sozialismus und Totalitarismus ebenso wirksam bekämpft wie den Sozial- und Wohlfahrtsstaat.

LvM hat den **Liberalismus** nicht etwa erfunden. Es ist ihm jedoch gelungen, die **Hauptgedanken** des Liberalismus auf äusserst konzise und prägnante Weise **zusammenzufassen**. Wir verdanken LvM eine Doktrin oder Theorie, welche freiheitliche Politik auch im 21. Jahrhundert tragfähig stützen und ihr Kraft verleihen kann. Was gehört zu den Grundlagen einer freiheitlichen Ordnung? Darauf antwortet LvM wie folgt:

Die **Freiheit** – hauptsächlich vom Staat (Grundrechte, Verfahrensgarantien) – ist als **Grundwert** die Basis für die individuelle Entfaltung aller Personen.

Im Zentrum des liberalen Programms steht für LvM das **Privateigentum an Produktionsmitteln**. Es führt «als Werkzeug gesellschaftlicher Produktion» (Arbeitsteilung, Spezialisierung, Kooperation) zu steigendem Wohlstand für alle.

Die **Kernaufgabe** des **Staates** mit beschränkter Verantwortung besteht darin, Eigentum, Freiheit und Frieden zu schützen.

Der Liberalismus setzt auch auf **Frieden** (nicht Pazifismus!), weil Menschen und Völker ihre Ziele am besten auf friedlichem Wege erreichen können. Das Befolgen liberaler Grundsätze beseitigt Kriegsursachen.

Der **Rechtsstaat** gewährleistet u.a. die fundamentale **Gleichheit** aller Menschen **vor dem Gesetz**. Die realen Menschen sind und bleiben ungleich. Es geht nicht an, faktisch ungleiche Individuen wirklich gleich machen zu wollen. Umfassende Chancengleichheit muss daher immer eine Utopie bleiben.

Der wirtschaftliche **Wettbewerb** ist wichtig, weil er Unternehmer und Eigentümer an den Produktionsmitteln dazu anhält, sich den Wünschen der Verbraucherinnen und Verbraucher zu unterziehen. Jene Produktion und jener Handel, welche(r) sich der Nachfrage der Konsumenten nicht beugt, wird vom Markt abgewählt (Konsumenten-demokratie).

Marktwirtschaft muss sich für den **Freihandel**, die **internationale Arbeitsteilung** und weltweit **offene Märkte** einsetzen. Man könnte überspitzt sagen, Marktwirtschaft kennt keine politischen Grenzen. Es sind die Gegner freiheitlicher Politik, welche liberale Ideen und Programme verdrängen: Sozialismus, Nationalismus, Protektionismus, Imperialismus, Etatismus, Militarismus usw.

Toleranz ist deshalb fundamental für Liberalismus, weil das Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung das friedliche Zusammenleben aller Menschen ist. Der Gedanke der Toleranz lehrt, Böses, Dummes, Irriges, Unsinniges durch Aufklärung, Erziehung und Bildung sowie Dialog und Kommunikation zu bekämpfen.

Schliesslich: Die Liberalen kämpfen für Demokratie, welche die Regierenden dazu anhält, den Anliegen und Belangen der Regierten Rechnung zu tragen. Die **Demokratie** ermöglicht es, Regierende zu ersetzen und/oder Regierungspolitik zu ändern, ohne dass es gewaltsamer Kämpfe bedarf. Die demokratische Verfassungsform beugt Bürgerkriegen und Revolutionen vor.

Der **Liberalismus** im Sinne von LvM vertritt in keiner Weise Gruppeninteressen (Kapitalisten!). Er liegt vielmehr im Interesse aller Glieder der Gesellschaft und zielt auf **«Wohlstand für alle»** (Ludwig Erhard).

Friedrich August von Hayek (1899 – 1992)

Vorbemerkung

Im Mai 1999 publizierte die National Review (USA) eine Liste der 100 besten Sachbücher des 20. Jahrhunderts. Friedrich August von Hayek (FAvH) ist neben George Orwell der einzige Autor, welcher mit zwei Werken unter den «Top Ten» dieser Liste erscheint: **Der Weg zur Knechtschaft** (Rang 4) sowie **Die Verfassung der Freiheit** (Rang 9). – FAvH hat im 20. Jahrhundert die geistigen Grundlagen für die freiheitliche Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auch für das 21. Jahrhundert geschaffen. Jegliche Kritik am Konstruktivismus («Anmassung des Wissens»), Sozialismus und Wohlfahrtsstaat wird sich weiterhin auf FAvH stützen müssen.

Biographie

8. Mai 1899 Geburt in Wien; Gymnasium: humanistische Bildung (FAvH liest Hauptautoren der Antike); 1917 Einsatz als Artillerieoffizier der k.u.k. Armee an der Piave-Front (Dienstkollege: Ludwig Wittgenstein, 1889–1951); 1918–1921 Studium der

Rechtswissenschaften an der Universität Wien; FAvH begegnet 1921 dem Privatdozenten Ludwig von Mises (LvM); 1921/22 Studium der Staatswissenschaften (Abschluss: Dr. rer. pol.); während dem Studium Eintritt in das Österreichische Abrechnungsamt für Kriegsschulden (Direktor: LvM); ab 1923 nimmt FAvH am Privatseminar LvM in der Wiener Handelskammer teil; April 1923 – März 1924 Rockefeller-Stipendiat an der New York University (NYU); 1924 ff. Wien: geldtheoretische Arbeiten; 1927–1931 Direktor des Österreichischen Institutes für Konjunkturforschung (Gründer: LvM, FAvH), welches sich zum Zentrum europäischer Konjunkturforschung entwickelte; ab 1929 Privatdozent für Politische Ökonomie an der Universität Wien; Februar 1929 FAvH sagt (New Yorker) Börsenkrach (29. Oktober 1929 – Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929–1932) voraus; Januar 1931 Gastvorlesungen an der London School of Economics (LSE) auf Einladung von Lord Robbins, Leiter der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der LSE, welcher zuvor in Wien LvM und FAvH getroffen und am «Privatseminar» teilgenommen hatte; 1931–1949 Professor an der LSE; April 1947 Mitgründer und bis 1960 Präsident der Mont Pèlerin Society; 1950–1962 Professor of Social and Moral Sciences an der Universität Chicago; 1962–1969 Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg; 1969–1976 Gastprofessor an der Universität Salzburg; 1974 Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften; 1977–1992 emeritierter Professor in Freiburg; FAvH starb am 23. März 1992 in Freiburg und wurde in Wien begraben.

Gedanken/Werke

Es muss Ökonomen überlassen bleiben, FAvHs Beiträge zur Kapital- und Konjunkturtheorie sowie zur Theorie über das Funktionieren des Marktsystems zu würdigen. Fritz Söllner hat FAvH neben Joseph A. Schumpeter (1883–1950) als «einflussreichsten und bekanntesten österreichischen Ökonomen» bezeichnet (in: Die Geschichte des ökonomischen Denkens, Berlin/Heidelberg 1999, 287 ff.). FAvH ist jedoch weit einflussreicher und bekannter als hauptsächlichlicher Verfechter einer freiheitlichen Sozialordnung (Wirtschaft, Staat, Gesellschaft).

Für die Theorie der Freiheit hat FAvH drei Dinge geleistet:

- a) Es ist ihm gelungen, für bürgerliche Politik den massgebenden und praxistauglichen Begriff individueller oder persönlicher Freiheit zu schaffen. Er versteht darunter den «Zustand, in dem ein Mensch nicht dem willkürlichen Zwang durch den Willen eines anderen oder anderer unterworfen ist» oder die «Freiheit unter dem Gesetz, welches die Freiheit des Einzelnen so weit beschränkt, dass gleiche Freiheit für alle erreichbar wird». Kernpunkt dieser Freiheitsdefinition ist die «Abwesenheit willkürlichen Zwanges durch andere Menschen» (negativer Freiheitsbegriff).
- b) Der dargelegte Freiheitsbegriff hat doppelte Bedeutung: Einerseits bezeichnet er ein Forschungsprogramm politischen Denkens. Andererseits bestimmt er die Agen-

da freiheitlicher Politik. Beide Pfade werden durch folgende Fragen markiert: Welche Bedingungen müssen erfüllt sein, damit Freiheit im bezeichneten Sinne gewährleistet ist? Wie können einschlägige Bedingungen gesichert und verbessert werden?

- c) FAvH versäumt es nicht, sich mit der Freiheitsauffassung des Sozialismus kritisch auseinanderzusetzen. Der Sozialismus begnügt sich nicht mit rechtlicher Freiheit. Er fordert die tatsächliche Freiheit, d.h. die Möglichkeit der Individuen, ihre Lebenspläne tatsächlich ausführen zu können. Freiheit ist nur dann gewährleistet, wenn die Menschen über ausreichende materielle Mittel verfügen können. Diese Freiheitskonzeption rechtfertigt schrankenlose Umverteilungspolitik nach dem Motto: Niemand soll haben, was nicht jedermann besitzt!

FAvH leistet mit den **Theorien spontaner Ordnung** sowie **kultureller Evolution** drei wichtige Beiträge:

- a) Er zeigt auf, wie spontane Ordnungen (Steuerung durch Regeln) im Gegensatz zu gemachten Ordnungen oder Organisationen (Steuerung durch zentrale Instanzen, die Befehle erteilen) funktionieren. – Wenn Marktwirtschaft als soziale Ordnung interpretiert werden kann, ist Rahmenpolitik die für Wirtschaftspolitik richtige Strategie!
- b) Er macht verständlich, wie sich Einrichtungen und Regeln der Gesellschaft historisch entwickeln (es finden Selektionsprozesse statt, bei welchen Bewährtes sich durchsetzt). Einrichtungen und Regeln sind zwar Ergebnis menschlichen Handelns, sie sind jedoch nicht das Ergebnis menschlicher Entwürfe oder bewusster Planung. FAvH widerlegt damit den Konstruktivismus, welcher behauptet, die Sozialordnung könne ganz oder teilweise planmässig eingerichtet und gesteuert werden.
- c) Die spontane Ordnung, die Marktwirtschaft etwa, hat sowohl gemeinschaftliche als auch individuelle Bedeutung. Sie vermag hohe Komplexität der Verhältnisse und Veränderungen besser als andere Ordnungen zu bewältigen. Ausserdem ermöglicht sie den Menschen, ihre persönlichen Ziele ohne das Diktat einer Kollektivinstanz anzustreben sowie sich Änderungen flexibel anzupassen (z.B. durch Vereinbarungen).

FAvH liefert schliesslich eine **Rechtfertigung der Marktwirtschaft**, welche von keinem Interessenstandpunkt her zu widerlegen ist. Er benutzt dazu hauptsächlich das **Wissens-Argument** wie folgt: Das, was als Wissen bezeichnet wird, kommt ausschliesslich in Köpfen vor. Es gibt nur subjektives Wissen. Dieses ist immer begrenzt, unvollständig und vorläufig. Vor allem aber: Wissen ist in der Gesellschaft sehr breit gestreut. Daraus resultieren Probleme der Information, Kommunikation, Koordination und Kooperation. Im Bereich der Wirtschaft löst das System der Märkte und Preise einschlägige Probleme. Das Erfolgsrezept der Marktwirtschaft ist ihre dezentra-

le Entscheidungsstruktur, welche der Wissensverteilung Rechnung trägt und den Wirtschaftssubjekten optimal erlaubt, ihr Wissen und Können nach individuellen Präferenzen für persönliche Zwecke einzusetzen und zu nutzen. Unternehmungs- politiken bewerkstelligen Versuch-Irrtum-Prozesse, wodurch sie vorhandenes Wissen vermehren. FAvH interpretiert den wirtschaftlichen Wettbewerb als Entdeckungs- verfahren. Die Wirtschaftsfreiheit gewährleistet jedermann, sich daran zu beteiligen.

Das in der Gesellschaft weit verstreute subjektive Wissen lässt sich bei keiner Instanz (Regierung, Bürokratie; Partei) zentralisieren. Mit der **These der Nicht-Zentralisierbarkeit des Wissens** hat FAvH Zeit seines Lebens sozialistische Planwirtschaft, wirtschaftspolitischen Interventionismus und Dirigismus bekämpft. (5)

Walter Eucken (1891 – 1950)

Biographie

Zunächst wird die Persönlichkeit Walter Euckens charakterisiert, weil sie das Entstehen und das Wirken und den starken Einfluss der Freiburger Schule erklärt. Weiter wird der Werdegang skizziert und schliesslich auf die Herkunft (Vater) hingewiesen, welche in diesem Falle besonders bemerkenswert ist.

Professor Dr. Friedrich A. Lutz (1901–1975), Mitbegründer des Walter Eucken Instituts, schildert Walter Eucken als Person wie folgt: «Euckens starke menschenformende Persönlichkeit, seine imponierende allgemeine – vor allem historische und philosophische – Bildung, sein mutiges und kompromissloses Festhalten an seinen Ideen in den Jahren 1933 – 1945, sein klares Bild von dem Wesen und den Aufgaben der Wirtschaftswissenschaft, sein ausgesprochener Sinn für das Wesentliche, alles das hat schulbindend gewirkt. Eine grosse Reihe von Schülern sammelte sich um ihn und arbeitete mit ihm. So wurde er einer der Begründer der neoliberalen Schule, die oft auch nach der Stätte seines Wirkens «Freiburger Schule» genannt wird» (HDSW Band 3, Tübingen/Göttingen 1961, 355 S.).

Walter Eucken wurde am 17. Januar 1891 in Jena geboren. Er studierte in Kiel, Bonn und Jena Nationalökonomie. Zwischen 1914 und 1918 leistete er Wehr- und als Frontoffizier Kriegsdienst. Im Jahre 1920 heiratete er Edith Erdsiek, deren Beitrag zur Entfaltung der Freiburger Schule kaum zu unterschätzen ist. Im Jahre 1921 habilitierte sich W. E. (Habilitation = Erwerb der Lehrberechtigung an Universitäten). Zwischen 1921 und 1925 war W. E. als Privatdozent und als stellvertretender Geschäftsführer eines Industrieverbandes tätig. Als Professor für Nationalökonomie wirkte er kurze Zeit an der Universität Tübingen (1925 – 1927) und dann vor allem während

23 Jahren an der Universität Freiburg im Breisgau (1927 – 1950). Am 20. März 1950 starb W. E. auf einer Vortragsreise in London.

Die Herkunft verdient hier besondere Erwähnung: Vater **Rudolf Eucken** (1846 – 1926) war längere Zeit Gymnasiallehrer, später **Ordinarius** (Hochschulprofessor) für **Philosophie** an den Universitäten Basel (ab 1871) und Jena (1874 – 1926). R. E. verfasste etliche Werke, die teilweise hohe Auflagen erreichten (z.B. Die Lebensanschauungen grosser Denker, 1. A. 1890, 20. A. 1950). Im Jahre 1908 wurde Rudolf Eucken der **Nobelpreis für Literatur** verliehen. So viel zum geistigen Hintergrund von W. E., dessen umfassender Horizont vorbildlich bleibt.

Hinweis für Kunstsachverständige: Der 17-jährige Walter Eucken ist Ferdinand Hodler für das Bild «Aufbruch der Jenenser Studenten» zum Befreiungskrieg gegen Napoleon Modell gestanden!

Gedanken/Werke

Es ist müssig, das zusammenfassen zu wollen, was Walter Eucken für die Ordnungstheorie und die Ordnungspolitik geleistet hat. Möglich ist dagegen, **drei Lehrstücke** aufzugreifen, welche nachhaltige Tragweite besitzen:

Freiheit und wirtschaftliche Macht

Wie kann **persönliche Freiheit oder die Selbstbestimmung des Menschen** als oberster Grundwert durch Ordnung ermöglicht und gesichert werden?

Persönliche Freiheit kann durch die **Macht des Staates** beeinträchtigt oder zerstört werden. Verfassungsstaaten bemühen sich, mit horizontalen und vertikalen Machtkontrollen die Privatsphäre und die Privatautonomie zu schützen.

Persönliche Freiheit kann auch durch **private Macht**, insbesondere durch **private Wirtschaftsmacht**, beeinträchtigt oder zerstört werden. Zur Bewältigung des wirtschaftlichen Machtproblems hat Walter Eucken **drei** wegweisende **Strategien** entwickelt:

Zunächst geht es darum, die Bereiche Staat (politische Macht) und Privatwirtschaft (wirtschaftliche Macht) aufzuspalten, zu entflechten oder zu trennen. Dies geschieht durch **Rahmenpolitik**: «Der Staat hat die Formen, das institutionelle Rahmenwerk, die Ordnung, in der gewirtschaftet wird, zu beeinflussen, und er hat die Bedingungen zu setzen, unter denen sich eine funktionsfähige und menschenwürdige Wirtschaftsordnung entwickelt. Aber er hat nicht den Wirtschaftsprozess selbst zu führen» (W. E.).

Weiter ist erforderlich, private wirtschaftliche Macht durch die staatlich gewährleistete **Wettbewerbsordnung** zu begrenzen. Wettbewerb – das «genialste Entmachtungs-

instrument der Geschichte» (Franz Böhm) – bewirkt, dass private Macht beschränkt sowie kontrolliert wird.

Schliesslich muss die Staatsordnung nach zwei «**staatspolitischen Grundsätzen der Wirtschaftspolitik**» (W. E.) gestaltet werden; die beiden Grundsätze lauten wie folgt: «Die Politik des Staates sollte darauf gerichtet sein, wirtschaftliche Machtgruppen aufzulösen oder ihre Funktionen zu begrenzen.» Ausserdem: «Die wirtschaftspolitische Tätigkeit des Staates sollte auf die Gestaltung der Ordnungsformen der Wirtschaft gerichtet sein, nicht auf die Lenkung des Wirtschaftsprozesses.» GB (M. Th.) hat den ersten Grundsatz verwirklicht. Die BRD ist dazu nicht imstande.

Richtpunkte für die Wirtschaftspolitik

Die **Wettbewerbsordnung** ist nach W. E. das Ziel der Ordnungs- oder Rahmenpolitik. Sie hat **dreierlei** zu bewirken: Sie soll den Wirtschaftsprozess lenken. Sie soll als Leistungswettbewerb die Leistungsfähigkeit der Unternehmen und der Wirtschaft steigern. Sie soll einen Rahmen schaffen, in welchem die Wirtschaftsfreiheit des einen durch jene des andern begrenzt wird. **Kurzum:** «Wettbewerbsordnung und persönliche Freiheit sind zwei Aspekte dessen, was wir eine Gesellschaft freier Menschen nennen» (Erich Hoppmann).

W. E. übersieht nicht, dass es eine riesige Mannigfaltigkeit konkreter Wirtschaftsordnungen der verschiedenen Länder gibt. Er besteht jedoch darauf, dass die **Wirtschaftspolitik** letztlich die Wahl zwischen **zwei Grundtypen** zu treffen hat: Sie hat sich entweder für die zentral geleitete Kommandowirtschaft oder aber für die Marktwirtschaft/Verkehrswirtschaft/Wettbewerbsordnung zu entscheiden.

W. E. kommt das Verdienst zu, der praktischen Wirtschaftspolitik das geistige **Rüstzeug zur Realisierung der Wettbewerbsordnung** geliefert zu haben. Er lehrt in diesem Zusammenhang, dass es sowohl konstituierende als auch regulierende Prinzipien anzuwenden gilt.

Welches sind die **Richtpunkte für die Wirtschaftspolitik?**

«Jede wirtschaftspolitische Massnahme muss auf die Herstellung eines funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz zielen» (Grundprinzip). Die **Marktform der vollständigen Konkurrenz** ist laut W. E. realisiert, wenn sowohl Anbieter als auch Nachfrager in Konkurrenz miteinander liegen und wenn sie danach ihre Wirtschaftspläne aufbauen.

Der **Geldwert** muss **stabil** gehalten werden (Geldverfassung).

Der Staat muss die **Märkte offen halten** sowie private Machtgruppen daran hindern, Märkte zu schliessen.

Zu den konstituierenden Prinzipien der Wettbewerbsordnung (Marktwirtschaft) gehören schliesslich das **Privateigentum** (mit Verfügungsmacht und Verfügungsfreiheit), **Vertragsfreiheit** (Verträge dürfen nicht geschlossen werden, um die Vertragsfreiheit einzuschränken, und die Vertragsfreiheit darf im Wirtschaftsprozess nur dort gewährt werden, wo vollständige Konkurrenz vorhanden ist) sowie die **persönliche Haftung** (Haftungsbeschränkungen werden verpönt).

Walter Eucken betont die **Notwendigkeit einer konstanten Wirtschaftspolitik**: «Wirtschaftspolitische Massnahmen müssen langfristig angelegt sein, um den Unternehmen Planungssicherheit zu geben» (Claudius Christl).

Was die **regulierenden Prinzipien** betrifft, können hier lediglich Gegenstände bezeichnet werden; Stichworte: Überwachung von unvermeidlichen Monopolen (Bundeskartellamt), Korrektur der Einkommenspolitik (Steuerpolitik), Internalisierung externer Effekte usw.

Selbstverständlich ist die **Ordnungsökonomik** seit 1950 ständig weiter entwickelt worden (vgl. dazu Ordo-Jahrbücher Band 46, 1995 und Band 49, 1998).

Jeder Staat, welcher eine **Wettbewerbsordnung** umsetzen will, muss sich an einschlägigen **Grundsätzen oder Prinzipien** orientieren. Diese werden von Land zu Land abweichend interpretiert und verschieden praktiziert. Aber: Sie bleiben dennoch die für die Ordnung der Marktwirtschaft massgebenden Richtpunkte. **Vergleich**: Das Prinzip der Gewaltenteilung wird von Staat zu Staat abweichend ausgelegt und verschieden geregelt; trotz Varianten gibt es keinen Rechtsstaat ohne Trennung der Staatsgewalten. **Warnung**: Der Verfall einer funktionstüchtigen Ordnung beginnt mit dem Verstoss gegen ihre massgebenden Prinzipien!

W. E. hat die «**Zusammengehörigkeit der konstituierenden Prinzipien**» mit Nachdruck betont. Die bezeichneten Grundsätze bilden ein Ganzes. Die Wirtschaftsverfassung der Marktwirtschaft muss allen konstituierenden Prinzipien gerecht werden. Die integrale Anwendung der bezeichneten Grundsätze ist die notwendige Bedingung für die praxistauglich-konsistente **Wirtschaftspolitik** «aus einem Guss».

Interdependenz der Ordnungen

Das dritte Lehrstück betrifft die **Theorie der Interdependenz** (gegenseitige Abhängigkeit, wechselseitige Beziehungen). Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik sind mit der **Tatsache der ökonomischen Interdependenz** konfrontiert: Alle

wirtschaftlichen Erscheinungen, die Märkte und Preise etwa, sind interdependent; jede wirtschaftliche Einzelercheinung erfüllt ihre gesonderte Funktion in einem Gesamtprozess. Die ökonomische Interdependenz ist für die Wirtschaftspolitik von grosser Tragweite. «Der **wirtschaftspolitische Punktualismus** ... ist durch privilegierende oder diskriminierende Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen gekennzeichnet. Der isolierte Charakter der Interventionen widerspricht der grundlegenden Erkenntnis von der Interdependenz aller wirtschaftlichen Erscheinungen, Bewertungen und Handlungen» (Alfred Schüller). Es gilt daher, punktualistischen Aktivismus, Dirigismus und Interventionismus in der Wirtschaftspolitik abzuwehren.

Die Theorie der Interdependenz reicht indessen weit über die Ökonomie hinaus. Sie behauptet, dass alles mit allem zusammenhängt: «Das wirtschaftliche Leben steht nicht für sich allein. **Die Ordnung der Wirtschaft ist vielmehr Teil einer alles umfassenden Gesamtordnung.** Es gibt nicht hier: die Wirtschaft, auf sich selbst beschränkt und von allem übrigen abgetrennt, dort: die Politik, dort: die Kultur. Die Ordnung der Wirtschaft ist mit den Ordnungen des Staates, des Rechtes, des geistigen Lebens verflochten» (Edith Eucken-Erdsiek). Die unausweichliche Interdependenz «zwischen Wirtschaft und Recht, Staat, Politik, Moral, Religion und anderem mehr» (Erich Hoppmann) stellt für das vernetzte Denken und Handeln der freiheitlichen Politik eine besondere Herausforderung dar. Reformen des Staates, der sozialen Sicherheit etwa, haben direkte Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft.

Dokumentation

Walter Eucken, **Grundsätze der Wirtschaftspolitik**, 6. A., Tübingen 1990 (UTB 1572): Die Lektüre dieses **Taschenbuches** ist sehr zu empfehlen.

Ordo-Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft: Walter Eucken und Franz Böhm haben im Jahre 1948 den ersten Jahrgang dieser überaus gehaltvollen jährlichen Sammelbände herausgegeben. Die Ordo-Jahrbücher setzen die Denktradition der Freiburger Schule fort. Sie enthalten wichtige Beiträge der Ordnungspolitik zu vielen Politikbereichen.

Das **Walter Eucken Institut**, Goethestrasse 10, D-79100 Freiburg im Breisgau, stellt eine Denkfabrik freiheitlicher Politik ersten Ranges dar. Das 1954 u.a. von Edith Eucken-Erdsiek gegründete Institut wirkt als **Kompetenzzentrum** der ordnungspolitischen und ökonomischen Grundlagenforschung. Es bezweckt, ordnungspolitisches Denken durch Vortragsveranstaltungen, wissenschaftliche Tagungen sowie Veröffentlichungen zu verbreiten. Vgl. www.eucken.de. (6)

Wilhelm Röpke (1899 – 1966) und Alexander Rüstow (1885 – 1963)

Vorbemerkungen

Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow sind drei Einsichten von bleibender Bedeutung zu verdanken:

- I Marktwirtschaft braucht ein **Wertfundament** (Basis: öffentliche Moral) und ist auf **besondere soziale Bedingungen** (z. B. starker Mittelstand, funktionierende Netzwerke der Gemeinschaft, dezentrale Strukturen) angewiesen.
- I **Wirtschaftspolitik** verlangt die Kombination und Kooperation etlicher wirtschaftsrelevanter Politikbereiche (Politiken). Sie kann ihre Ziele nur im Rahmen einer entsprechenden **Gesamtpolitik** («einer ganzheitlichen Politik») verwirklichen.
- I **Wirtschaft** ist kein Selbstzweck. Sie hat innerhalb der Sozialordnung lediglich eine **dienende Funktion**. Alles, was das Leben wertvoll macht (Familie, Gemeinschaft; Kultur, Religion usw.), liegt weit ausserhalb und jenseits von Angebot und Nachfrage!

Sowohl Röpke als auch Rüstow haben bei der Neugestaltung der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland eine Schlüsselrolle gespielt. Beide haben bereits in den frühen 30er-Jahren Kollektivismus und Totalitarismus verworfen. Beide haben 1933 Nazi-Deutschland verlassen müssen. Beide haben zum gestaltungsmächtigen Kreis der führenden (Neo-)Liberalen der westlichen Welt gehört (Teilnahme am Walter-Lippmann-Kolloquium im August 1938 in Paris; Mitglieder der 1947 von F. A. von Hayek begründeten Mont Pèlerin Society).

Wilhelm Röpke (1899 – 1966)

Biographie

Wilhelm Röpke (W.R.) wurde am 10. Oktober 1899 in der Lüneburger Heide, in Schwarmstadt, geboren. Er nahm 1917 und 1918 am Ersten Weltkrieg teil. Er studierte an der Universität Marburg/Lahn Nationalökonomie (1921: Dr. rer. pol.) und habilitierte sich (Erwerb der Lehrberechtigung an Hochschulen) im Jahre 1922. Neben seiner Tätigkeit als Privatdozent an der Universität Marburg war er 1922 und 1923 als Experte für Reparationsfragen im Auswärtigen Amt in Berlin tätig. Danach wirkte er als Professor der Nationalökonomie an den Universitäten Jena (1924 – 1928), Graz (1928/29) und Marburg (1929 – 1933) sowie – nach seiner Entfernung aus dem Amt

durch die Nazis – an der Universität Istanbul (1933 – 1937) und schliesslich am Institut Universitaire des Hautes Etudes Internationales in Genf (1937 – 1966). W.R. war Mitbegründer der Mont Pèlerin Society, welche er 1960 – 1962 präsiidierte. Er starb am 12. Februar 1966 in Coligny-Genf.

W.R. leistete als Hochschulprofessor (Lehrer, Forscher), als Berater der Politik (Regierungen, internationale Organisationen) sowie insbesondere auch als Publizist (er publizierte unzählige Aufsätze in Tageszeitungen und Fachzeitschriften) zur Durchsetzung der Marktwirtschaft in der Nachkriegszeit einen bedeutenden Beitrag. Sein Einfluss auf Ludwig Erhard, den Macher unter den Meisterdenkern freiheitlicher Politik, ist nicht hoch genug einzuschätzen.

Gedanken/Werke

Grundlagen der Nationalökonomie hat er im Buch **Die Lehre von der Wirtschaft** (1. A. 1937, 10. A. 1965) dargestellt. Seinen internationalen Ruf verdankt er insbesondere der Trilogie folgender Werke: **Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart** (1942), **Civitas Humana** (1944) und **Internationale Ordnung** (1945).

Weitere Werke: **Mass und Mitte** (1950), **Jenseits von Angebot und Nachfrage** (1958) sowie die Aufsatzsammlungen **Gegen die Brandung** (1959) sowie **Wirrnis und Wahrheit** (1962).

Quelle der folgenden Zitate: Wilhelm Röpke, *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, 5. A., Bern/Stuttgart 1979

W.R. stellte die Marktwirtschaft in den **Zusammenhang der Sozialordnung** überhaupt, was ihm ermöglichte, sie auch mit Argumenten jenseits von Angebot und Nachfrage zu rechtfertigen. Weiter lieferte W.R. eine Diagnose der **Auswirkungen der Massengesellschaft** auf Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Schliesslich zeigte W.R. auf, dass der **Wohlfahrtsstaat** (= Kollektivismus) **mit freiheitlicher Ordnung** (Staat, Wirtschaft, Gesellschaft) **unvereinbar** ist. – Die zeitgenössische Politik der OECD-Staaten ist laufend mit Problemen konfrontiert, welche Röpke vor Jahrzehnten einlässlich analysierte. – Was folgt, sind einige Zitate, welche beispielhaft illustrieren, was Röpke uns zu sagen hat.

Die durch freie Preise und Märkte geordnete Wirtschaft ist «die einzige Wirtschaftsordnung», «die mit der **Freiheit des Menschen**, mit der sie sichernden Struktur des Staates und der Gesellschaft (sowie) mit der Herrschaft des Rechts harmonisiert.» (S. 21/22)

Das **Ethos der Marktwirtschaft** beruht auf einer bürgerlichen Ordnung: «Selbstdisziplin, Gerechtigkeitsinn, Ehrlichkeit, Fairness, Ritterlichkeit, Masshalten, Ge-

meinsinn, Achtung vor der Menschenwürde des anderen, feste sittliche Normen – das alles sind Dinge, die die Menschen bereits mitbringen müssen, wenn sie auf den Markt gehen und sich im Wettbewerb miteinander messen. Sie sind die unentbehrlichen Stützen, die beide (Markt, Wettbewerb) vor Entartung bewahren. Familie, Kirche, echte Gemeinschaften und Überlieferung müssen sie (Menschen) damit ausstatten. Die Menschen müssen auch unter Bedingungen aufwachsen, die solche moralischen Überzeugungen begünstigen, Bedingungen einer natürlichen, die Zusammenarbeit fördernden, die Überlieferung achtenden und den Einzelnen einbettenden Ordnung.» (S. 186) – «Markt und Wettbewerb sind weit davon entfernt, die ihnen notwendigen moralischen Voraussetzungen autonom zu erzeugen.» (S. 187)

Marktwirtschaft und Struktur der Gesellschaft: «Marktwirtschaft einer atomisierten, vermassten, proletarisierten und der Konzentration anheim gefallenen Gesellschaft ist etwas anderes als Marktwirtschaft einer Gesellschaft mit breiter Streuung des Eigentums, standfesten Existenzen und echten Gemeinschaften, die ... den Menschen einen Halt geben, mit Gegengewichten gegen Wettbewerb und Preismechanik, mit Individuen, die verwurzelt und deren Dasein nicht von den natürlichen Anker des Lebens losgerissen ist, mit einem breiten Gürtel selbständigen Mittelstandes, mit gesundem Verhältnis zwischen Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft und mit vielen anderen Dingen, die zu nennen wären, wenn wir die **«natürliche Ordnung»** beschreiben wollen, ...» (S. 60)

Mittelstand als Existenzvoraussetzung der Demokratie: «... warum tiefblickende Denker (...) immer darin einig gewesen sind, dass die Existenz einer breiten Mittelschicht eine der obersten Voraussetzungen für das Funktionieren einer gesunden Demokratie ist, und der Grund, warum eine wirkliche Demokratie in Ländern nicht recht gedeihen will, wo es an einer verantwortungsbewussten Mittelklasse fehlt, die mit ihrem geistig-moralischen und materiellen Eigengewicht den Staat ausbalanciert.» (Civitas Humana, 4. A., Bern/Stuttgart 1979, S. 223/224)

Grenzen des Steuerstaates: «Es ist gescheitert, das erdrückende Gewicht der Besteuerung, das auf die Dauer nicht mit freier, ja nicht einmal mit halbwegs gesunder Wirtschaft und Gesellschaft vereinbar ist, auf ein erträgliches Mass zu vermindern. Wenn, wie es heute mehr und mehr der Fall ist, der Staat 30–40% des Volkseinkommens durch Zwangsabgaben aller Art in Anspruch nimmt, so wird die Marktwirtschaft zersetzt und schliesslich gelähmt, während die auf Inflationsdruck hinwirkenden Kräfte verstärkt werden. Die Marktwirtschaft mit all den Reaktionen, die wir für ihr Funktionieren voraussetzen, arbeitet bei einem solchen fiskalischen Überdruck nicht mehr so, wie es die Theorie voraussetzt und die wirtschaftliche Ordnung fordert. Der gesamte Prozess der Wirtschaft wird verzerrt durch Entscheidungen der Haushalte und Unternehmen, die mehr mit dem Auge auf das Finanzamt, als mit dem auf

den Markt getroffen werden, und zugleich ergibt sich auf allen Stufen und in allen Bereichen eine Abstumpfung der Leistungsantriebe.» (S. 52)

Robuste Marktwirtschaft: «Wenn die Marktwirtschaft trotz eines früher unvorstellbaren Übermasses an Eingriffen aller Art noch immer leistungsfähig geblieben ist, so ist das kein Beweis für die Harmlosigkeit oder gar den Nutzen solcher Verzerrungen und Belastungen, sondern ein solcher für die immer wieder erstaunliche Robustheit der Marktwirtschaft, die offenbar schwer umzubringen ist.» (S. 58/59)

Eigentum und Wettbewerb: «Eigentum bedeutet nicht nur, dass ... die individuelle Sphäre der Entscheidung und Verantwortung gegen diejenige der anderen Individuen abgegrenzt wird. Es gewährleistet vielmehr auch den Schutz der individuellen Sphäre gegenüber der politischen Gewalt. Es zieht nicht nur eine horizontale, sondern auch eine vertikale Grenze, und erst in dieser Doppelfunktion kann das Eigentum voll verstanden werden als die unerlässliche Bedingung der Freiheit.» (S. 150) – «In der Marktwirtschaft ist der Wettbewerb ... eine unübertreffliche Lösung der beiden Kardinalprobleme jedes Wirtschaftssystems: des Problems des ständigen Antriebs zur Höchstleistung und des anderen Problems der ständigen harmonischen Ordnung und Steuerung des Wirtschaftsprozesses.» (S. 151)

«Die **Herrschaft der Massenmeinungen, Massengefühle und Massenleiden-schaften** hat vereinte Wirkungen und Einflüsse auf die **Wirtschaftspolitik**. Diese wird die Neigung zur Irrationalität haben, d.h. eher bestimmt werden durch das, was «politisch möglich» als durch das, was privatwirtschaftlich vernünftig und gerecht ist.» (S. 210)

Der eigentliche **Zweck des modernen Wohlfahrtsstaates** ist es nicht mehr, «den Schwachen und Hilfsbedürftigen zu helfen, deren Schultern zu schwach wären, die Last des Lebens und seiner Wechselfälle zu tragen. ... Der Wohlfahrtsstaat von heute ist nicht ein blosser Ausbau der alten Einrichtungen der Sozialversicherung und Sozialfürsorge, ... Er ist inzwischen in immer mehr Ländern zu einem Instrument der sozialen Revolution geworden, deren Ziel die möglichst vollkommene Gleichheit der Einkommen und Vermögen ist, ...» (S. 232) – Der Wohlfahrtsstaat bewirkt «eine zunehmende Zentralisierung der Entscheidung und Verantwortung und eine wachsende Kollektivierung der Bedingungen der Wohlfahrt und Lebensplanung des Einzelnen.» (S. 239)

Biographie: Hennecke H.J., Wilhelm Röpke. Ein Leben in der Brandung, Zürich 2005

Alexander Rüstow (1885 – 1963)

Biographie

Alexander Rüstow (A.R.) wurde am 8. April 1885 in Wiesbaden geboren. 1903 Abitur (Maturität) in Berlin; 1903 – 1908 Studium an den Universitäten Göttingen, München und Berlin (alte Sprachen/Philosophie, Mathematik/Physik, Rechtswissenschaften und Nationalökonomie); 1908 Doktorat mit philosophischer Dissertation an der Universität Erlangen; 1908 – 1914 Verlagslektor für klassische Texte der Antike in Leipzig; 1914 – 1917 Erster Weltkrieg/Leutnant der Artillerie; 1918/19 Rückkehr nach Berlin, Begegnung mit Franz Oppenheimer (1864 – 1943); – F.O. war der Doktorvater von Ludwig Erhard und hat diesem «das wissenschaftliche Denken» (L.E.) beigebracht –; 1919 – 1924 Referent für Kartellfragen im Reichswirtschaftsministerium; 1924 – 1933 Leitung der wirtschaftspolitischen Abteilung beim Verein deutscher Maschinenbauanstalten (VDMA); 1932 Skizze einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung an der Tagung des «Vereins für Sozialpolitik» in Dresden; 1933 Machtergreifung durch Hitler, Ausreise in die Schweiz; 1933 – 1949 Professor an der Universität Istanbul, Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie, Wirtschafts- und Sozialgeschichte; 1949 – 1956 Professor der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Heidelberg; 1955 – 1962 Präsidium der «Aktiongemeinschaft Soziale Marktwirtschaft», welche in den 50er- und 60er-Jahren als Think-Tank der Sozialen Marktwirtschaft wirkte; A.R. starb am 30. Juni 1963 in Heidelberg.

Gedanken/Werke

A.R. hat viele Bücher, Aufsätze und Vorträge publiziert (die Liste seiner Veröffentlichungen umfasst mehr als 200 Titel). Zwischen 1950 und 1957 ist das dreibändige **Hauptwerk** «Ortsbestimmung der Gegenwart» (OdG., ca. 1800 S.) veröffentlicht worden.

Aus dem gewaltigen Werk, welches A.R. hinterlassen hat, können hier lediglich **fünf Gedanken** hervorgehoben werden. Es handelt sich um Ideen, welche gültig bleiben und weiterhin herausfordern.

Glaubwürdige, langfristige Sachpolitik muss sich auf Grundsätze ausrichten. **Der Gemeinschaft dienende Politik verwirklicht als richtig erkannte Grundsätze.** – Die zeitgenössische Realpolitik kennt andere Richtpunkte und ist im Regelfall kurzfristig angelegt: Schlagzeilen in Medien, Pflege von Image und Prestige, egomane Selbstverwirklichung der Politiker, gruppenspezifische Interessen an Macht und Einfluss.

A.R. prägte den Begriff der **Vitalsituation**. Der Mensch soll ein würdiges und seinen Veranlagungen entsprechendes Dasein in Freiheit führen können. **Das tägliche Leben ist jedoch nur dann menschenwürdig, wenn sich etliche Lebensbereiche positiv auf das Wohlbefinden des Menschen auswirken (können):** familiäre Situation, Arbeitsbedingungen, Wohn- und Verkehrsverhältnisse, Nachbarschaft und Vereine (Freizeitgestaltung) usw. Bei allen Entscheidungen bezüglich Wirtschaft oder innerhalb der Wirtschaft müssen deren Konsequenzen auf die Vitalsituation betroffener Menschen mitberücksichtigt werden, was ein ebenso **ganzheitliches wie vernetztes Denken** erheischt. **Beispiel:** Bei Mehrfamilienhäusern werden Isolation und Komfort der Wohnungen, Abstellplätze und Gemeinschaftsräume, Kinderspielplätze mit Spielgeräten, eine natürlich gestaltete Umgebung usw. bedeutsam. Raumplanung und Baurecht sind gefordert.

Das **Organisationsprinzip der Subsidiarität** ist für A.R. fundamental: Individuen und Familien müssen ihre eigenen Lebenspläne verwirklichen können. Was Einzelne und private Organisationen bewältigen können, darf nicht Sache des Staates sein. Was untergeordnete Gemeinwesen leisten können, darf nicht übergeordneten Gemeinwesen übertragen werden. Mit anderen Worten: Das genannte Prinzip verlangt, dass Aufgaben und Tätigkeiten des Staates möglichst beschränkt werden, damit sich private Personen frei und selbstverantwortlich entfalten können.

A.R. hält dafür, dass der **Grundsatz der Leistungsgerechtigkeit** auch und gerade bei der **Ausgestaltung der sozialen Sicherung** anzuwenden ist. Der Staat sollte sich darauf beschränken, Sozialversicherungen auf dem Niveau sozialpolitisch gebotener Minima für obligatorisch zu erklären. Diese Regelung würde es dem Versicherten gestatten, den Versicherungsschutz nach seinen Präferenzen und Verhältnissen (Einkommen, Vermögen) zu ordnen. A.R. legt Wert auf die **Wahlfreiheit der Versicherten**, was die Versicherungsträger, die Leistungsanbieter, die Leistungen selbst (Art, Umfang) sowie die Tarife angeht. Bei der sozialen Sicherung muss dem **Äquivalenz- oder Versicherungsprinzip** der Vorrang gegenüber dem Prinzip der distributiven Gerechtigkeit eingeräumt werden, welches in die Sackgasse des nicht mehr zu finanzierenden Umverteilungsstaates geführt hat. – Die Rüstowsche **Theorie des Sozialplanes für eine rationale Sozialpolitik** kann hier nicht skizziert werden.

In Übereinstimmung mit Walter Eucken befürwortet A.R. für die Wirtschaftspolitik die Rahmenpolitik (Rollenteilung Staat/Wirtschaft), welche den Wirtschaftssubjekten Entfaltungsmöglichkeiten bietet sowie die Staatskasse und die Steuerzahler schont. **Rahmenpolitik gestattet es dem Staat grundsätzlich nicht, die Privatwirtschaft zu subventionieren** (Staatskrücken). A.R. stimmte befristeten und degressiv gestalteten Subventionen – als Ausnahme – zu, soweit sie geeignet sind, den Strukturwandel zu beschleunigen und Anpassungskosten zu minimieren; die so

genannten «liberalen Interventionen» (A.R.) dürfen den Marktmechanismus nicht ausser Kraft setzen und den Wettbewerb nicht verzerren.

Dokumentation

Jan Hegner, Alexander Rüstow – Ordnungspolitische Konzeption und Einfluss auf das wirtschaftspolitische Leitbild der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik Deutschland, Band 4 der Schriftenreihe «Marktwirtschaftliche Reformpolitik» der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Stuttgart 2000.

Alexander Rüstow, Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus, 3. A., herausgegeben von F.P. und G. Mayer-Rigo samt Beitrag «Das neoliberale Projekt» der Herausgeber, Marburg 2001.

Schlussbemerkung

Die **Wirtschafts- und Sozialpolitik** sowie die **Finanz- und Steuerpolitik der westlichen Staaten** haben sich **weit von den Idealen freiheitlicher Sozialordnung** im Sinne der neoliberalen Denkrichtung **entfernt**. Daher ist **Rückbesinnung auf Fundamente nötig, attraktiv und aktuell.** (7)

Ludwig Erhard (1897 – 1977) und Alfred Müller-Armack (1901 – 1978)

Vorbemerkung

Drei Punkte sind von besonderem Interesse: (1) Marktwirtschaft ist in der tiefen Krise unmittelbar nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges weder mehrheitsfähig noch populär gewesen. Die bekannte Marion Gräfin Dönhoff etwa äusserte sich im Jahre 1948 über Erhard wie folgt: «Wenn Deutschland nicht schon eh ruiniert wäre, dieser Mann mit seinem absurden Plan, alle Bewirtschaftung aufzuheben, würde es gewiss fertig bringen. Gott schütze uns davor ... Das wäre nach Hitler und der Zerstückelung Deutschlands die dritte Katastrophe» (Brevier 26). (2) Entscheidend für die Einführung der Marktwirtschaft sind Haltung und Politik der Amerikaner und Briten als Besatzungsmächte sowie der von ihnen eingesetzten Wirtschaftsverwaltung (L. Erhard) gewesen. Erhard konnte sich dabei auf das geistige Fundament, welches

die Meisterdenker freiheitlicher Politik gelegt hatten, stützen; dieses Fundament erwies sich als tragfähig. Es bedurfte allerdings einer ständigen und riesigen Überzeugungsarbeit, um das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft (nicht: «Marktwirtschaft pur») in der Politik der BRD durchzusetzen. Sogar das Kabinett Konrad Adenauer erachtete es als geboten, bei Professor Wilhelm Röpke in Genf ein Gutachten zur Frage «Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig?» einzuholen, um die Autorität und Position Erhards zu stützen und zu stärken. (3) Im Wahlkampf für den ersten Bundestag der neu gegründeten BRD spielte die Alternative «bürokratische Planwirtschaft oder Soziale Marktwirtschaft?» bzw. «Planwirtschaft oder Marktwirtschaft?» eine Schlüsselrolle. Viele Jahre später sollte Franz Joseph Strauss die Alternative auf die Formel «Freiheit oder Sozialismus?» zuspitzen. – All diese Punkte können hier nicht ausgeführt werden.

Der überaus gehaltvolle und brillant formulierte Band «Hans Letsch, Soziale Marktwirtschaft als Chance. Die Schweiz auf dem Prüfstand, Aarau 1992» (Verlag Sauerländer) taugt aus Schweizer Sicht als beste Einführung. – Vorzüglich ist aus BRD-Sicht die Standortbestimmung (Sammelband) «50 Jahre Soziale Marktwirtschaft», Hrsg. Cassel Dieter, Stuttgart 1998 (Lucius & Lucius).

Ludwig Erhard (1897 – 1977)

Biographie

Ludwig Erhard wurde am 4. Februar 1897 als Sohn eines Textilkaufmanns in Fürth geboren. Nach der Volksschulzeit absolvierte er eine kaufmännische Lehre in Nürnberg (1913 – 1916). Während des Ersten Weltkrieges hatte er Militärdienst zu leisten (1916 – 1918). Das 1919 an der Handelshochschule Nürnberg aufgenommene Studium schloss Ludwig Erhard 1922 als Diplom-Kaufmann ab. Danach bildete er sich zwischen 1922 und 1925 an der Universität Frankfurt a. M. weiter. Als promovierter Wirtschaftswissenschaftler (Dr. rer. pol.) war Erhard zwischen 1925 und 1928 als Geschäftsführer im elterlichen Betrieb tätig.

Von 1928 bis 1942 wirkte Erhard am Nürnberger «Institut für Wirtschaftsbeobachtung». In dieser Stellung publizierte er wirtschaftspolitische Beiträge, organisierte mit namhaften Persönlichkeiten Tagungen und förderte wissenschaftliche Arbeiten. Kurzum: Erhard gelang es damals, sich in Wirtschaftskreisen entsprechend bekannt zu machen. Da sich Erhard standhaft weigerte, der NSDAP als Mitglied beizutreten, konnte er nicht Chef und Leiter des bezeichneten Instituts werden. Grossbanken und Konzerne waren jedoch bereit, in Nürnberg ein «Institut für Industrieforschung» zu

finanzieren. Dieses Institut bot Erhard die Gelegenheit, sich intensiv mit Fragen des Wiederaufbaues der Wirtschaft in der Nachkriegszeit zu befassen. In diesem Zusammenhang ist die Denkschrift «Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung» (1944) hervorzuheben. Man kann sagen, dass diese Schrift Erhard bei der amerikanischen Besatzungsmacht bekannt machte und diese von Erhards Qualitäten überzeugte.

Ludwig Erhard – kompetent, tüchtig, bekannt und politisch unbelastet – machte danach als Wirtschaftsminister Karriere; es gilt, drei Phasen auseinanderzuhalten. Zunächst diente Erhard 1945/46 der Bayrischen Regierung unter Wilhelm Hoegner als Wirtschaftsminister. Danach wurde Erhard 1948 zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft in der britisch-amerikanischen Bizone berufen. Als die Alliierten am 20. Juni 1948 die Währungsreform durchführten, hob Erhard als Verwaltungsdirektor ohne Zustimmung vorgesetzter Stellen gleichzeitig die Zwangswirtschaft auf. Diese historische Grosstat war die entscheidende Weichenstellung zur Einführung und Entfaltung der Marktwirtschaft; sie wurde ein Jahr vor Gründung der BRD realisiert. Erhard selbst bemerkte später völlig zu Recht, dass keine Regierung und kein Parlament dazu je in der Lage gewesen wären. Schliesslich: Ludwig Erhard wurde erster Bundesminister für Wirtschaft in der neu gegründeten Bundesrepublik Deutschland (BRD) im Kabinett des Bundeskanzlers Konrad Adenauer. Diese wirtschaftspolitische Schaltstelle gestattete es Erhard, die Vision Sozialer Marktwirtschaft gegen beträchtliche Widerstände in die Tat umzusetzen. Die Zeit, in welcher Ludwig Erhard als Bundeswirtschaftsminister diente (1949 – 1963), war gekennzeichnet durch «hohe Wachstumsraten des Bruttosozialproduktes, bemerkenswerte Lohnsteigerungen bei stabilen Preisen, hohe soziale Sicherheit bei ausgeglichenen öffentlichen Haushalten, Vollbeschäftigung und eine nachhaltige Verbesserung der deutschen Aussenhandelsbilanz» (Beitrag «Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft tut Not» in AZ vom 1. Februar 1997, S. 51).

Am 16. Oktober 1963 wurde Ludwig Erhard zum Bundeskanzler gewählt; dieses Amt übte er bis zur Demission am 1. Dezember 1966 aus.

Nach dem Ausscheiden aus der Bundesregierung blieb Erhard Mitglied des Deutschen Bundestages und wurde in den Jahren 1969, 1972 und 1976 jeweils wieder gewählt.

Am 5. Mai 1977 starb Ludwig Erhard in Bonn.

Gedanken/Werke

Ludwig Erhard wusste um die Tragweite der Kommunikation für die Zustimmung der Bevölkerung, der Medien, der Parteien und Verbände usw. zur Marktwirtschaft. Er hielt daher unzählige Reden, gewährte viele Interviews und verfasste unzählige

Aufsätze und Beiträge. Der Sammelband «Gedanken aus fünf Jahrzehnten», herausgegeben von Karl Hohmann, Düsseldorf/Wien/New York 1988» (rund 1100 S. inkl. Register) dokumentiert das geistige Vermächtnis Ludwig Erhards. Weiter publizierte Erhard einige Bücher; hauptsächliche Titel: «Deutschlands Rückkehr zum Weltmarkt» (1953), «Wohlstand für alle» (1957) und «Deutsche Wirtschaftspolitik» (1962). Es folgen Zitate aus dem Brevier (B) und aus «Wohlstand für alle»(W).

Von der Vision zur Tat

Wesen der Marktwirtschaft: «Das Wesen dieser Marktwirtschaft besteht hauptsächlich darin, dass der Wirtschaftsprozess, d.h. Produktion, Güter- und Einkommensverteilung, nicht durch obrigkeitlichen Zwang gelenkt, sondern innerhalb eines wirtschaftspolitisch gesetzten Ordnungsrahmens durch die Funktion freier Preise und den Motor eines freien Leistungswettbewerbs selbständig gesteuert wird. Freiheit, Selbstverantwortung und persönliche Initiative bei der Berufswahl, Erwerbstätigkeit und dem Konsum, die jedem als Produzenten und als Verbraucher die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Chancen eröffnen, sowie eine leistungsbedingte Einkommensverteilung sind die Antriebskräfte, die in der Marktwirtschaft zu einem Höchstmass an Produktion und einer Steigerung des Wohlstands der gesamten Bevölkerung führen. Die Marktwirtschaft ist damit diejenige Wirtschaftsordnung, die ein Maximum an Produktivität, Wohlstandsmehrung und persönlicher Freiheit verbindet» (B S. 41).

Wirtschaftsfreiheit: «Jeder Unternehmer kann und darf das frei produzieren und frei verkaufen, was der Markt verlangt. Er ist darüber hinaus hinsichtlich der Betriebsgestaltung, der Rationalisierung und seiner Investitionsvorhaben frei, wie es dem Wesen einer Unternehmungswirtschaft im Leistungswettbewerb auf freien Märkten entspricht» (W S. 101).

Wirtschaftsreform Erhards als Revolution: «Revolutionär war schon die entschiedene Abkehr von den Grundsätzen der staatlichen Planwirtschaft, die die Sozialisten zu ihrem Dogma erhoben hatten; revolutionär erschien es auch, unter den trostlosen Versorgungsverhältnissen jener Zeit und trotz des technischen Leistungsrückstandes der deutschen Wirtschaft einen grundsätzlich neuen Kurs der Handelspolitik einzuleiten, der nach einer 25 Jahre währenden und ständig fortschreitenden weltwirtschaftlichen Isolierung der deutschen Volkswirtschaft die Tore nach draussen aufstieß. Revolutionär war schliesslich auch der Mut, mit der Währungsreform nicht nur die Bewirtschaftung aufzuheben, sondern auch der Funktion der freien Preisbildung wieder Raum zu geben und damit das Wettbewerbsprinzip endlich wieder zum Tragen zu bringen» (B S. 25).

Unteilbare Freiheit: «Jede freiheitliche Ordnung muss davon ausgehen, dass die Freiheit ein Ganzes und Unteilbares ist, bei der sich zur politischen, religiösen, wirt-

schaftlichen und geistigen Freiheit die ursprünglich menschliche Freiheit in allen Lebensbereichen gesellen muss» (B S. 53); das «demokratische Grundrecht der Konsumfreiheit muss eine logische Ergänzung in der Freiheit des Unternehmers finden, das zu produzieren oder zu vertreiben, was er aus den Gegebenheiten des Marktes, d.h. aus den Äusserungen als notwendig und erfolgversprechend erachtet. Konsumfreiheit und die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung müssen in dem Bewusstsein jedes Staatsbürgers als unantastbare Grundrechte empfunden werden» (B S. 55).

Kampf gegen Sonderinteressen

Richtpunkt für die Wirtschaftspolitik: «Unsere Wirtschaftspolitik dient dem **Verbraucher**; er allein ist Massstab und Richter allen wirtschaftlichen Tuns. Diese Politik der Sozialen Marktwirtschaft hat vor der ganzen Welt den Beweis erbracht, dass ihre Grundsätze des freien Leistungswettbewerbs, der freien Konsumwahl wie überhaupt der freien Entfaltung der Persönlichkeit bessere ökonomische und soziale Erfolge gewährleisten, als jede Art einer behördlichen Lenkungs- oder Zwangswirtschaft es vermag» (W S. 67). – «Massstab und Richter über Gut und Böse der Wirtschaftspolitik sind nicht Dogmen oder Gruppenstandpunkte, sondern ist ausschliesslich der Mensch, der **Verbraucher**, das Volk. Eine Wirtschaftspolitik ist nur dann und nur solange für gut zu erachten, als sie den Menschen schlechthin zum Nutzen und Segen gereicht» (W S. 136).

Rolle des Wettbewerbs: «Das Erfolg versprechendste Mittel zur Erreichung und Sicherung jeden Wohlstandes ist der Wettbewerb. Er allein führt dazu, den wirtschaftlichen Fortschritt allen Menschen, im besonderen in ihrer Funktion als Verbraucher, zugute kommen zu lassen, und alle Vorteile, die nicht unmittelbar aus höherer Leistung resultieren zur Auflösung zu bringen. ... Das Wettbewerbsprinzip ist die Wurzel des sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstieges überhaupt und besitzt darum Gültigkeit nicht etwa nur für die Schicht der Unternehmer, sondern für die Angehörigen aller Berufe» (B S. 63).

Qualitäten des Mittelstandes: Der Mittelstand bezeichnet jene Schicht von Menschen, «die aus eigener Verantwortung und jeder für sich selbst, Kraft eigener Leistung seine Existenz sicherzustellen bereit ist. Die «Qualitäten», die der Mittelstand als Wert herausstellen muss, sind: die Selbstverantwortlichkeit für das eigene Schicksal, die Selbständigkeit der Existenz, der Mut, aus eigener Leistung zu bestehen und sich in einer freien Gesellschaft, einer freien Welt behaupten zu wollen» (B S. 89).

Deformation der BRD zum Versorgungsstaat

Leben ohne Staatshilfe: «Als Grundsatz muss wieder zur Geltung kommen, dass jeder arbeitende Mensch ohne gnädige Hilfe des Staates und ohne in seine Abhän-

gigkeit zu geraten, seine materielle Existenz und die Vorsorge für seine Zukunft aus eigener Kraft und Leistung heraus sicherzustellen in der Lage sein soll» (B S. 109).

Abstimmung zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik: «Die volkswirtschaftlich neutrale und autonome Sozialpolitik gehört ... der Vergangenheit an; sie muss vielmehr einer Sozialpolitik Platz machen, die mit der Wirtschaftspolitik aufs Engste abgestimmt ist. Die Sozialpolitik darf der volkswirtschaftlichen Produktivität nicht indirekt Abbruch tun und den Grundprinzipien der marktwirtschaftlichen Ordnung nicht widerstreben wollen» (B S. 102). «Wenn wir überhaupt eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf Dauer gewährleisten wollen, dann wird es in der Tat zu einem Grunderfordernis, einer Wirtschaftspolitik, die dem Menschen zu persönlicher Freiheit verhelfen will, eine gleichermassen freiheitliche Sozialpolitik an die Seite zu stellen. Darum widerspricht es zum Beispiel der marktwirtschaftlichen Ordnung, die private Initiative, Selbstvorsorge und Eigenverantwortung auch dann auszuschalten, wenn das Einzelindividuum materiell durchaus in der Lage ist, solche Tugenden in weitem Umfang zu üben. Wirtschaftliche Freiheit und totaler Versicherungszwang vertragen sich denn auch wie Feuer und Wasser» (W S. 258). – «Hier liegt ein wahrlich tragischer Irrtum vor, denn man will offenbar nicht erkennen, dass wirtschaftlicher Fortschritt und leistungsmässig fundierter Wohlstand mit einem System kollektiver Sicherheit unvereinbar sind» (W S. 260).

Keine Sicherheit vom Staat: «Der zur Vermassung hindrängende Wohlfahrtsstaat bringt den Menschen nicht Wohlfahrt, sondern zuletzt immer nur Armut, Unordnung und sklavische Abhängigkeit. ... Freiheit und Sicherheit werden wir nur dann zurückerlangen, wenn auch der letzte Ruf nach materieller Hilfe des Staates einmal verhallt sein wird, denn solche Hilfe kann immer nur auf Kosten zusätzlicher Belastung des Staatsbürgers erfolgen. Jegliche staatliche Kapitalbildung und wachsender Einfluss des Staates in Bezug auf die Gewinnung und Verwendung der volkswirtschaftlichen Erträge schmälern die private Eigentumsbildung und verwässern die Idee des privaten Eigentums bis zur schliesslichen Verleugnung» (B S. 115/6).

Gegen einen europäischen Superstaat

Für Freiheit und Freizügigkeit bei der Integration Europas: «Die Integration Europas ist notwendiger denn je, ja sie ist geradezu überfällig geworden. Aber die beste Integration Europas, die ich mir vorstellen kann, beruht nicht auf der Schaffung neuer Ämter und Verwaltungsformen oder wachsender Bürokratien, sondern sie beruht in erster Linie auf der Wiederherstellung einer freizügigen internationalen Ordnung, wie sie am besten und vollkommensten in der freien Konvertierbarkeit der Währungen zum Ausdruck kommt. Konvertierbarkeit der Währung schliesst selbstverständlich die volle Freiheit und Freizügigkeit des wahren Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs ein» (B S. 135).

Gegen bürokratische Manipulation: «Ein bürokratisch manipuliertes Europa, das mehr gegenseitiges Misstrauen als Gemeinsamkeit atmet und in seiner ganzen Anlage materialistisch anmutet, bringt für Europa mehr Gefahren als Nutzen mit sich» (B S. 136).

Föderalistische Mannigfaltigkeit: «Wehe dem, der glaubte, man könnte Europa etwa zentralstaatlich zusammenfassen, oder man könnte es unter eine mehr oder minder ausgeprägte zentrale Gewalt stellen. Nein – dieses Europa hat seinen Wert auch für die übrige Welt gerade in seiner Buntheit, in der Mannigfaltigkeit und Differenziertheit des Lebens. Das sind die Elemente, die unserem Dasein Farbe geben und das Leben lebenswert machen» (B S. 137/8).

Jenseits von Angebot und Nachfrage

Bedeutung gesunder Wirtschaft: «Die Wirtschaft ist ... vielleicht das Primitivste, aber sie ist das Unentbehrliche; und erst auf dem Boden einer gesunden Wirtschaft kann auch die Gesellschaft ihre eigentlichen und letzten Ziele erfüllen. Diese Grundlage muss also so gesund sein, dass nicht schon von dort aus die Verzerrung und die Zerreißung eines Volkes stattfinden soll» (B S. 41).

Wohlstand – kein ausreichendes Leitbild: «Wohlstand ist eine Grundlage, aber kein Leitbild für die Lebensgestaltung. Ihn zu bewahren ist noch schwerer, als ihn zu erwerben. Deshalb erwächst uns die schwierige Aufgabe, ihn geistig zu bewältigen. Wir müssen die Ansprüche disziplinieren, die Forderungen an uns selbst steigern und die an die Allgemeinheit verkörpert in Wirtschaft und Staat mässigen» (B S. 146). – «Die wachsende Produktion allein hat keinen Sinn. Lassen wir uns von ihr völlig in Bann schlagen, geraten wir in solcher Jagd nach materiellen Werten in den bekannten Tanz um das goldene Kalb. In diesem Wirbel aber müssten die besten menschlichen Eigenschaften verkümmern» (B S. 147).

Alfred Müller-Armack (1901 – 1978)

Biographie

Am 28. Juni 1901 wurde Alfred Müller-Armack als Sohn eines Betriebsleiters der Firma Krupp in Essen geboren. Er studierte in Giessen, Freiburg, München und Köln Nationalökonomie. Im Jahre 1923, d.h. im Alter von 22 Jahren, wurde er zum Dr. rer. pol. promoviert; 1926 habilitierte er sich für Staatswissenschaften an der Universität Köln, wo er danach als Privatdozent wirkte. Lehr- und Forschungsaufträge erfüllte er 1938 – 1950 als Professor für Nationalökonomie und Kultursoziologie in Münster

sowie 1950/52 als Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften in Köln, wo er auch das Institut für Wirtschaftspolitik leitete. Im Jahre 1952 berief Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard Müller-Armack zum Leiter der Grundsatzabteilung im Bundeswirtschaftsministerium («Chefideologe der Marktwirtschaft!»). Zwischen 1958 und 1963 diente Müller-Armack dem Bundeswirtschaftsministerium als Staatssekretär für europäische Angelegenheiten; er setzte sich in dieser Funktion dafür ein, dass Regelungen und Politik der damaligen EWG Prinzipien der Marktwirtschaft umsetzten. 1963 nahm er seine Lehrtätigkeit an der Universität Köln wiederum auf. Im Jahre 1977 wurde er Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung. Alfred Müller-Armack starb am 16. März 1978 in Köln.

Gedanken/Werke

Die reichen theoretischen **Einsichten** und grossen praktischen **Erfahrungen** Müller-Armacks fanden ihren Niederschlag in folgenden **Werken**: Religion und Wirtschaft (2. A. 1968), Auf dem Weg nach Europa (1971), Stabilität in Europa (1971). Im Jahre 1974 wurde der Sammelband «Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft» (hier: **GSM**) publiziert, welcher vorzüglich geeignet ist, in Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft einzuführen. Die folgenden Zitate sind diesem Band entnommen:

1. Müller-Armack bekannte sich «zur **Marktwirtschaft**, in der Preismechanismus und Wettbewerb zuverlässigste und höchste Produktion auslösende Steuerungselemente sind, und zwar so lange, als ihre Wirksamkeit nicht durch staatliche Intervention eingeschränkt, verzerrt oder gerade unmöglich gemacht wird» (GSM S. 93).
2. Im Buch «Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft» (Dezember 1946) prägte Müller-Armack den **Begriff «Soziale Marktwirtschaft»**. Er verstand darunter die Alternative sowohl zum klassischen Liberalismus wie zur Wirtschaftslenkung der Kriegszeit. Der Begriff bot zwei Vorteile: Einerseits erwies er sich im politischen Kampf als griffige Formel, andererseits machte er es möglich, unterschiedliche Denktraditionen zu integrieren. Folgendes Zitat belegt, dass Müller-Armack mit seiner Wortschöpfung keineswegs den Weg in den interventionistischen Verteilungs- und Wohlfahrtsstaat beschreiten wollte: «**Wir warnen ... davor, soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit einander gleichzusetzen**. Wer sich zur Freiheit als sittlichem Wert, zum echten Leistungswettbewerb und zur freien Preisbildung als organisierendem Wirtschaftsprinzip bekennt, für den bedeutet soziale Gerechtigkeit nicht «jedem das Gleiche», sondern «jedem das Seine», und zwar aufgrund seiner Leistungen. ... Freiheit ist nicht zu denken ohne Bewährung, das heisst ohne Wettbewerb der echten Leistung. Gerade ihn scheuen weite Kreise und ersetzen das Ideal der sozialen Gerechtigkeit durch das Ideal der sozialen Sicherheit. Das Versorgungsideal verdrängt das Leistungsideal» (GSM S. 92).

Müller-Armack betonte in seiner Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft die prominente **Rolle des Staates**: «Die Soziale Marktwirtschaft fordert keinen schwachen Staat, sondern sieht in einem starken demokratischen Staat die Voraussetzung für das Funktionieren dieser Ordnung» (GSM S. 150). Sache des Staates ist es, die Privatrechtsordnung zu gewährleisten, die Wettbewerbsordnung zu sichern, gleichzeitig Machteinflüsse auf den Markt abzuwehren, eine Fülle von gesellschaftspolitischen Aufgaben wahrzunehmen (z.B. Bildung und Forschung, Infrastrukturpolitik, Raumordnung, Umweltschutz usw.).

Müller-Armack setzte sich systematisch und eingehend mit der **Kritik an der Sozialen Marktwirtschaft** auseinander. Dabei gliederte er die Opposition in drei Gruppen:

- I Die extreme politische Linke (Herbert Marcuse etwa) beklagt den Konsum- und Leistungsterror sowie das Profitinteresse der Kapitalisten. Die so genannten **Systemüberwinder** treten für eine radikale bzw. revolutionäre Beseitigung der Repressionsgesellschaft ein (GSM S. 148/9, 152 ff.).
- I Das Lager der **Dirigisten** stuft den marktwirtschaftlichen Wettbewerb als negativ («ruinös», «inhuman» usw.) ein. Daher wird empfohlen, die Marktkräfte «durch vielfältige dirigistische Eingriffe zu bändigen» (GSM S. 149, 155 ff.).
- I Die **Futurologen** attestieren der Marktwirtschaft beachtliche Erfolge in der Vergangenheit, sind jedoch der Auffassung, dass Zukunftsprobleme, wie zum Beispiel die Grenzen des Wachstums, marktwirtschaftlich nicht zu bewältigen sind. Auch diese Gruppe befürwortet eine Überwindung des Systems, lehnt jedoch den radikal-revolutionären Weg dazu ab (GSM S. 149, 158 ff.).

Demokratie und Soziale Marktwirtschaft gehören nach Müller-Armack zusammen, wenn und so weit die Demokratie bereit und in der Lage ist, die Verfassung der Sozialen Marktwirtschaft (Ordnungsprinzipien) zu respektieren. Die Herausforderung besteht im Versuch, «Marktwirtschaft und soziale Sicherung zu einer echten **Synthese** zu bringen, bei der die **Kräfte des Marktes** den Ausbau der sozialen Sicherung tragen, die **soziale Sicherung** ihrerseits wieder die Funktionsfähigkeit und das Fortbestehen des Marktes garantiert» (GSM S. 185).

Dokumentation

Alfred Müller-Armack, Ausgewählte Werke, Gesamtausgabe, Bern 1986

ISBN 3-258-03022-7

www.haupt.ch

(8)

Literatur

Die **Taschenbuchreihe** «Wirtschaftsphilosophie» des **Ott-Verlages Thun**, welcher vom **hep-Verlag Bern** übernommen worden ist, bietet den besten Zugang zum Denken und Wirken massgebender Vertreter freiheitlicher Ordnung und Politik. Was das Verlagsprogramm angeht, erteilt **www.hep-verlag.ch** Auskunft.

Die einschlägigen **Breviere** enthalten vorzüglich gegliederte Textauszüge aus Hauptwerken der massgebenden Autoren. Leserinnen und Leser werden mit einem sattelfesten **Argumentarium** belohnt, welches es gestattet, eigene Positionen, zur Wirtschaftspolitik etwa, zu entwickeln.

Folgende **Taschenbücher/Breviere** sind verfügbar (Stand 2006):

- I Logik der Freiheit. Ein Ludwig-**von-Mises**-Brevier, Baader Roland (Hrsg.), ISBN 3-7225-6917-4
- I Philosophie der Freiheit. Ein Friedrich-August-**von-Hayek**-Brevier, Habermann Gerd (Hrsg.), 2. A. 2005, ISBN 3-7225-0005-2
- I Das Mass des Menschlichen. Ein Wilhelm-**Röpke**-Brevier, Habermann Gerd (Hrsg.), 2.A. 2005, ISBN 3-7225-0004-4
- I Vision und Tat. Ein Ludwig-**Erhard**-Brevier, Habermann Gerd (Hrsg.), 2.A. 2005, ISBN 3-7225-0001-X

Es liegen zurzeit keine Breviere zu Walter Eucken, Alexander Rüstow und Alfred Müller-Armack zur Verfügung (siehe separate Dokumentationen).

Folgenden **Klassikern** sind weitere Breviere gewidmet: Adam Smith, Alexis de Tocqueville, Claude Frédéric Bastiat, Benjamin Constant und Friedrich Schiller.

WIRTSCHAFTSPOLITIK: «MEHR MARKT, WENIGER STAAT!»

Das Kapitel startet mit zwei Beiträgen, welche die Konzeption freiheitlicher Wirtschaftspolitik zusammenfassen (S. 59 und 61).

Der Standortwettbewerb zwingt die Staaten, Rahmenpolitik als Standortpolitik zu begreifen und zu praktizieren. Standortpolitik ist zwar nötig, aber nicht ausreichend. Sie muss durch professionelles Standortmarketing und institutionalisierte Wirtschaftsförderung (Dienste) flankiert werden (S. 63). Wirtschaftspolitik «aus einem Guss» wird dadurch erschwert, dass mannigfaltige staatliche Aufgabenbereiche wirtschaftsrelevant sind, dass mehrere Verwaltungsdepartemente mit Wirtschaft befasst sind, dass die meisten Sachgeschäfte der Regierung und des Parlamentes Auswirkungen auf die Wirtschaft und den Standort haben.

Die Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft sind jederzeit pluralistisch, teilweise antagonistisch (gegnerisch). Es macht daher Sinn, Gemeinsames, Streitiges und Kooperatives auseinanderzuhalten (S.67).

Ordnungspolitik, Rahmenpolitik und Standortpolitik markieren abweichende Herausforderungen und Stossrichtungen (S.70).

Staatskrücken oder Wirtschaftsfreiheit?

Es gibt mindestens drei Gründe, sich mit der Titelfrage auseinanderzusetzen. **Erstes Motiv:** Die Wirtschaftspolitik braucht Grundsätze, Disziplin des Denkens und Konsequenz im Handeln. **Zweites Motiv:** Es besteht keine Gewähr, dass Regierende in jedem Falle bereit sind, Rahmenpolitik als Richtschnur zu beachten. **Drittes Motiv:** Die sozialpolitisch motivierte Vorstellung, wonach die öffentliche Hand der Wirtschaft «helfen», sie «fördern» oder sie «unterstützen» soll, ist verbreitet und nicht auszurotten. **Die Wirtschaft ist jedoch weder ein Sozialfall noch ein Sozialhilfefall.** Die eben zitierten Ausdrücke stiften Verwirrung, was durch Macher der Politik und Interessengruppen immer wieder ausgenutzt und missbraucht wird.

Was ist Rahmenpolitik?

Der Begriff «Rahmenpolitik» hat die Beziehungen zwischen dem Staat einerseits und der Wirtschaft (Unternehmen) andererseits im Visier. Er verlangt eine prinzipielle, strikte und konsequente **Aufgaben- und Rollenteilung:**

- I **Sache des Staates** ist es, bestmögliche Voraussetzungen für die Wirtschaft insgesamt zu schaffen. Der Staat hat dabei den entsprechenden Ordnungsrahmen (Bildung und Forschung, Finanzen und Steuern, Infrastrukturen) optimal zu gestalten.
- I **Sache der Unternehmen** ist es, firmenindividuelle Unternehmenspolitiken zu entwickeln und durchzuführen. Sie tragen dafür die volle Verantwortung.

Rahmenpolitik verbietet staatlichen **Dirigismus** und **Interventionismus** gegenüber unternehmerischen Entscheidungen. Dazu kommt, dass sie **Staatskrücken aller Art** für bestimmte Branchen, für bestimmte Unternehmen und/oder für bestimmte Firmenprojekte verwirft. Rahmenpolitik besteht vielmehr auf der rechtsgleichen Behandlung aller Unternehmen durch den Staat.

Warum ist Rahmenpolitik richtig?

Vorbemerkung: Die staatliche Rahmenordnung ist ideal,

- I wenn der Staat seine wirtschaftlich bedeutsamen Kernaufgaben optimal bewältigt sowie
- I wenn er den Unternehmen grösstmögliche Wirtschaftsfreiheit garantiert. Diese Freiheit ist erforderlich, damit die Unternehmen auf ihren Märkten strategische Erfolgspositionen erringen, halten und ausbauen können.

Warum muss sich der Staat prinzipiell auf Rahmen- oder Ordnungspolitik beschränken?

Die stichhaltige Antwort darauf hängt mit der **Verteilung des Wissens in der Realität** zusammen. Das unternehmenspolitisch bedeutsame Wissen ist in Wirklichkeit nur 1000-fach dezentralisiert vorhanden (bei Kadern und Fachkräften der Firmen). **Ausserdem:** Die Vielfalt und Mannigfaltigkeit wirtschaftlicher Vorgänge können niemals zentral erfasst und abgebildet werden. Daraus folgt, dass das zur Wirtschaftssteuerung erforderliche Wissen unmöglich beim Staat konzentriert werden kann.

Vor diesem Hintergrund bleibt festzuhalten, dass der Staat (Verwaltung, Regierung, Parlament) weder heute noch morgen imstande ist, den Bereich Wirtschaft (Vielfalt von Branchen und Firmen, Mannigfaltigkeit der Märkte, dynamische Entwicklung der spontanen Ordnung) zielgerichtet zu planen, zu gestalten und zu lenken.

Wenn die Regierung und die Verwaltung das Unternehmerische nicht beurteilen können, müssen Führungskräfte der Wirtschaft ihre unternehmerischen Entscheidungen in ungeteilter Verantwortung selbst treffen. Sie allein verfügen über das für sie relevante Steuerungswissen.

Fazit: Die Verwaltung, die Regierung und das Parlament können die Entwicklungen der Technologien, der Märkte der Güter und Dienstleistungen, der Branchen und Unternehmen weder erfassen noch bewerten. Das einschlägige **Nichtwissen** bleibt ein **konstanter Faktor**; er ist auch mit modernster Technik der Information und Kommunikation nicht aus der Welt zu schaffen. Daher bleibt die **Nichteinmischung des Staates** in Belange der Unternehmenspolitik das richtige Rezept.

Praktische Tragweite

- I **Wirtschaftsförderung:** Die aktive Rahmenpolitik zielt auf eine wirksame Verbesserung der Standortbedingungen für alle ansässigen Unternehmen (indirekte Förderung). Sie lehnt jedoch Staatskrücken, Subventionen und/oder Steuergeschenke etwa, im übergeordneten Interesse ab.
- I **Industriepolitik:** In Mitgliedstaaten der EU, zwischen solchen Staaten und in der EU selbst wird bekanntlich Industriepolitik praktiziert. Die aktive, interventionistische Industriepolitik Frankreichs gilt jedoch nicht als Muster. Die generelle Belastung der Unternehmen mit Vorschriften ist als wichtigstes wirtschaftliches Hindernis für Unternehmen identifiziert worden. Daher wird Wachstum vermehrt von möglichst günstigen Rahmenbedingungen (nicht: EU-Krücken) erwartet.

I Kooperation trotz Aufgabenteilung: Die Aufgabenteilung zwischen Staat und Wirtschaft steht der Zusammenarbeit in etlichen Bereichen keineswegs entgegen, im Gegenteil. Die klare Trennung der Verantwortung stützt die Kooperation zwischen Verwaltung und Firmen. Diese findet statt in der Infrastrukturpolitik (unternehmerische und staatliche Energie- und Umweltpolitik); Forschung und Entwicklung, Technologie- und Wissenstransfer; Präventivmassnahmen der Arbeitslosenversicherung; Berufsbildung usw.

Warum ist Rahmenpolitik wichtig?

Es ist einzig die Rahmenpolitik, welche als Konzeption der Wirtschaftspolitik für die Marktwirtschaft taugt: mehr Wirtschaftsfreiheit, mehr Wettbewerb und mehr Wachstum.

Rahmenpolitik entlastet den Finanzhaushalt und legitimiert die Forderung nach Steuersenkungen.

Dirigismus, Interventionismus und Staatskrücken haben Wettbewerbsverzerrungen zur Folge. Der auf Kernaufgaben konzentrierte Staat ist jedoch nicht dazu da, Wettbewerbsverzerrungen durch Sondervorteile für begünstigte Kreise zu produzieren.

Schliesslich hat Rahmenpolitik mit Wettbewerbsfähigkeit zu tun. Die Wirtschaft (Unternehmen) muss (müssen) in jeder Beziehung auf eigenen Beinen stehen und laufen. Die entsprechende Autonomie bzw. Selbstständigkeit bewahrt und steigert die unternehmerische Konkurrenzfähigkeit. Mit anderen Worten: Staatskrücken sind Gift für die Unternehmen.

Schlussbemerkung

Der **Staat** hat im Gebiet der Wirtschaftspolitik **nur eine einzige Aufgabe**: Er hat für sämtliche Unternehmen auf rechtsgleiche Weise bestmögliche Voraussetzungen zu schaffen. Die Wirtschaft braucht optimale Standortqualität. (9)

Grundsätze und Argumente zur Rahmenpolitik

Welche **Grundsätze der Rollenteilung** sind für die Rahmenpolitik massgebend?

1. Die einzige Aufgabe des Staates im Gebiet der Wirtschaftspolitik besteht darin, für die Wirtschaft insgesamt bestmögliche Voraussetzungen zu schaffen.

2. Sache der Firmen (Geschäftsleitungen) ist es, für die Gestaltung und Durchführung der firmenindividuellen Unternehmungspolitik die unteilbare Verantwortung selbst zu tragen.
3. Der Staat soll keine Aufgaben haben und Tätigkeiten ausüben, welche die Privatwirtschaft ebenso gut oder besser bewältigen kann.
4. Unternehmungen und Sozialpartner brauchen gesicherte, berechenbare, freie Handlungsspielräume, damit sich die Firmen optimal dem Wandel der Märkte anpassen und Veränderungen der Märkte mitgestalten können.

Welche **Argumente** rechtfertigen Ordnungspolitik oder Rahmenpolitik als Konzeption für die Wirtschaftspolitik?

1. Das Leitbild der Ordnungspolitik ist der schlanke Staat, welcher sich auf Kernaufgaben (=Rahmenpolitik) beschränkt. Direkte Wirtschaftsförderung (Subventionen usw.) stellt keine Kernaufgabe dar.
2. Rahmenpolitik gewährleistet den Firmen, die konkurrieren, rechtsgleiche Wettbewerbspositionen. Staatskrücken für Einzelne würden den Wettbewerb verzerren.
3. Rahmenpolitik trägt erheblich zur Entlastung der öffentlichen Hand bei.
4. Rahmenpolitik unterstreicht die unternehmerische Verantwortung. Sie ist als wichtiger Beitrag zur freiheitlichen Ordnung der Gesellschaft (Pfeiler: Privatautonomie, Eigeninitiative, Eigenverantwortung) zu werten.
5. Rahmenpolitik schafft und stärkt die Legitimität freiheitlicher Politik, vom Staat die Begrenzung auf Kernaufgaben zu verlangen, die Senkung von Staats- und Fiskalquoten zu fordern.
6. Rahmenpolitik ist letztlich durch die Verteilung des Wissens zu begründen. Die Bürokratie (Regierungen, Verwaltungen, Experten) kann prinzipiell nicht zentral über das Wissen verfügen, welches zur Lenkung und Steuerung der Wirtschaft und/oder zur direkten Förderung bestimmter Branchen/Firmen/Projekte unabdingbar ist. Das erforderliche Wissen ist überall und immer nur dezentral (Unternehmungen) vorhanden und verfügbar.

Fazit: Die ordnungspolitisch strikte Aufgabenteilung zwischen Staat und Wirtschaft, insbesondere die tausendfache Dezentralisierung der Verantwortung für das unternehmerische Wirken, hat sich als Erfolgsrezept der Wirtschaftspolitik bewährt.

Quelle: 200 Jahre Kanton Aargau. Wirtschaftsstandort und Kulturraum, München 2002, S. 152/3.

Standortpolitik, Standortmarketing (= Standortpromotion) und Wirtschaftsförderung

Standortpolitik, Standortmarketing und Wirtschaftsförderung sind weit verbreitete Schlagworte. Jedermann versteht darunter, was er begreifen kann und will. Der vorliegende Beitrag definiert die genannten Ausdrücke. Die daraus entwickelten Begriffe taugen zur Bezeichnung von Strategien kantonaler Wirtschaftspolitik. Die einschlägigen Strategien markieren die Hauptpfeiler der bezeichneten Politik. Fortschritte an der Front der Wirtschaftspolitik können einzig und allein durch die Umsetzung der darzulegenden Strategien erzielt werden. Die skizzierte Konzeption fordert Regierung und Verwaltung ebenso heraus wie Kommissionen und Fraktionen des Parlamentes.

Was meint Standortpolitik?

Es ist sehr wichtig, **Standortbedingungen** einerseits, **Standortfaktoren** andererseits auseinander zu halten.

Wir bezeichnen jene Standortgegebenheiten, welche politisch gestaltbar sind, als **Standortbedingungen**.

Demgegenüber sind **Standortfaktoren** Gegebenheiten, welche der Politik als Realien vorgegeben und politisch nicht gestaltbar sind.

Gegenstand der Standortpolitik sind einzig und allein die Standortbedingungen (siehe unten).

Der **Auftrag der Standortpolitik** besteht darin:

- I die Standortbedingungen periodisch zu erfassen und zu beurteilen (Benchmarking),
- I Massnahmen zur Verbesserung der Bedingungen festzulegen sowie
- I die konzipierten Massnahmen auch tatsächlich zielorientiert wirksam durchzuführen.

Hauptplätze der Standortpolitik

- I **Politikbereiche:** Bildung und Forschung, Finanzen und Abgaben (Steuern) sowie Infrastruktursysteme;
- I **Regelungen**, welche die Wirtschaftsfreiheit beschränken; **Abgaben (Steuern)**, welche die Unternehmen belasten sowie

- I **Verfahrensbedingungen** (Bewilligungs- und Rechtspflegeverfahren); aktuelle Punkte: drastische Verkürzung der Verfahren sowie Streichung oder – zumindest – markante Begrenzung des Verbandsbeschwerderechts, welches neuerdings teilweise sanktionslos zur Erpressung von Geld missbraucht wird!

Verfolgt der Kanton eine Standortpolitik oder hat er keine derartige Politik vorzuweisen?

Die Frage ist **differenziert** zu **beantworten**: Die kantonale Politik pflegt Projekte, welche standortpolitisch positiv zu werten sind, zu verwirklichen; **Stichworte**: Fachhochschule NWCH (Campus Brugg-Windisch); Schritte zur Haushaltsanierung; Projekte des privaten und öffentlichen Verkehrs; Reorganisation der Spitäler; Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden usw.

Kurzum: Standortpolitik ist **Realität**, kein blosses Hirngespinnst.

Aber: Behörden und Verwaltung haben bislang **keine** tragfähige mittelfristige **Konzeption** für eine Standortpolitik entwickelt, welche Prioritäten setzt sowie in die Breite und in die Tiefe geht.

Folgende **Meinung** ist verbreitet: Es ist wichtiger, Standortprojekte in etlichen Bereichen zu realisieren, als eine ganzheitliche mittelfristige Konzeption zu entwerfen.

Ist diese Meinung **zutreffend** oder aber **unhaltbar**? Man sollte das **Gewicht dieser Frage** nicht unterschätzen. Darauf ist im nächsten Abschnitt zurückzukommen.

Was meint Standortmarketing?

Die Wahrung der gesamtkantonalen Interessen ist eine Daueraufgabe von Regierung und Verwaltung. Dazu gehört, in der übrigen Schweiz und im Ausland die Präsenz Aargau auf geeignete Weise zu markieren. **Es geht in jedem Fall darum, den Kanton Aargau positiv zu profilieren und zu positionieren.** Vor dieser generellen Aufgabe und Herausforderung der öffentlichen Hand ist **Standortmarketing als Teil der kantonalen Kommunikationspolitik** aufzufassen und im Rahmen dieser Politik durch geeignete Instrumente zu realisieren.

Gegenstand des Standortmarketings ist die Standortqualität Aargau. Sie umfasst die drei folgenden Komponenten, wenn und soweit diese positiv beurteilt werden (können):

- I wesentliche Standortfaktoren,
- I wichtige Standortbedingungen sowie

I die Konzeption mittelfristiger Standortpolitik.

Der **Auftrag des Standortmarketings** besteht darin, bestimmte Zielgruppen mit den Stärken und Vorzügen des Wirtschaftsraumes Aargau vertraut zu machen und sie von der hohen Qualität des Standortes Aargau zu überzeugen.

Unter den drei Aspekten wirtschaftliche Entwicklung (u.a. Cluster-Politik), Beschäftigung und Staatsfinanzen besteht ein öffentliches Interesse, möglichst viele Unternehmen (Firmensitze!) in den Aargau zu holen. Interessierte müssen sich jederzeit über den Standort Aargau informieren und dokumentieren können. Dies genügt allerdings bei Weitem nicht. Die werbende **Botschaft von der hohen Qualität des Standortes Aargau** muss aktiv kommuniziert werden: über Beziehungsnetze aller Art, durch Inserate in führenden Wirtschaftszeitungen, durch gezielte Suche, durch hochkarätige Veranstaltungen usw.

Wozu ist über standortpolitische Taten hinaus eine mittelfristige **Konzeption für die Standortpolitik** erforderlich? Die Erfahrung zeigt, dass die Kommunikation bestehender Standortfaktoren und vorhandener Standortbedingungen wichtig ist, aber nicht genügt. Die am Standort Aargau interessierten Investoren benötigen eine mittelfristige **Perspektive** für die zu erwartende Entwicklung der Rahmenordnung Aargau. Sie brauchen dazu eine Konzeption, welche ihnen **Richtpunkte** bietet und sie über den **Fahrplan des Optimierungsprozesses** orientiert.

Behörden und Verwaltung liefern mit der etappenweisen Umsetzung der Konzeption jene Tatbeweise, welche Vertrauen in die wirtschaftsfreundliche und wettbewerbsfähige Standortpolitik schaffen. **Kurzum:** Die Konzeption bietet Orientierung über die künftige Standortpolitik. Ihre planmässige Realisierung rechtfertigt das Vertrauen der Wirtschaft. Ohne Vertrauen keine Investitionen.

Die **Ausgestaltung und die Umsetzung der einschlägigen Kommunikationspolitik** sind Sache zuständiger Instanzen und ihrer Stäbe. Es muss daher genügen, einige **Schwerpunkte** zu bezeichnen:

- I Die wiederholte **Auszeichnung des Standortes Aargau** (Ratingergebnisse) muss durch geeignete Medienkampagnen weit bekannter als bisher gemacht werden.
- I Alle **kantonalen Massnahmen**, welche die **Standortqualität** heben, müssen in geeigneter Form wirksam **kommuniziert** werden (Zielgruppe: potenzielle Investoren).
- I Ebenfalls zu kommunizieren sind **positive Erfahrungen** jener Unternehmen und Organisationen, welche sich zum Standort Aargau bekennen!

Was meint Wirtschaftsförderung?

Wirtschaftsförderung bedeutet im vorliegenden Zusammenhang dreierlei:

- I Betrieb einer leistungsfähigen Anlaufstelle für potenzielle Investoren,
- I bestmögliche Unterstützung der Interessierten durch möglichst «kundenorientierte» Dienstleistungen sowie
- I kooperative Beschaffung von Entscheidungsunterlagen (Gesuchstellende, kantonale Instanzen) sowie extrem rasche Entscheidungen.

Die bezeichneten Aufgaben und Tätigkeiten machen das **Kerngeschäft** von **Aargau Services** aus. Die Stabsstelle für Wirtschaftsfragen sollte sich auf die Pflege von Aussenbeziehungen konzentrieren können. Es geht nicht an, die beschränkten Kräfte mit kantonsinternen Aktivitäten aller Art zu verzetteln.

Zusammenfassung

Welches sind die **Hauptpfeiler kantonaler Wirtschaftspolitik**? Die **Standortpolitik** optimiert Standortbedingungen. Das **Standortmarketing** vermarktet durch Kommunikation gegenüber bestimmten Zielgruppen die Qualität des Standortes Aargau. Die **Wirtschaftsförderung** bietet bestmögliche Serviceleistungen für tatsächliche und potenzielle Investoren.

Die **Konzeption für die Standortpolitik** betrifft eine Vielzahl von Aufgabenbereichen, mehrere Departemente (Exekutive) sowie mehrere Kommissionen (Parlament). Sie muss durch die Regierung und das Parlament verwirklicht werden. Andernfalls kann die kantonale Wirtschaftspolitik als Querschnittsaufgabe nicht bewältigt werden. (10)

Staat und Wirtschaft: Gemeinsames, Streitiges und Kooperatives

Das Spannungsfeld Staat – Wirtschaft ist und bleibt ein Spannungsfeld. Es ist durch drei Bereiche gekennzeichnet: Bereich, in welchem Standpunkte identisch sind oder weitgehend übereinstimmen (hier: «das Gemeinsame»); Bereich, in welchem Positionen weitgehend oder erheblich voneinander abweichen (hier: «Streitiges»); Be-

reich, in welchem hüben und drüben Kooperation oder Zusammenarbeit befürwortet wird (hier: «Kooperatives»). Was bedeutet diese Triage für den Staat und die Wirtschaft Aargau (Ende 1997)?

1. Das Gemeinsame

Worüber stimmen Staat und Wirtschaft – immer bezogen auf den Kanton und die Wirtschaft Aargau – gänzlich oder weitgehend überein? Drei Hauptpunkte:

1.1 Die Wirtschaft stuft den auf Kernaufgaben begrenzten Staat als nötig ein. Sie legt Wert auf den funktionstüchtigen Staat, welcher seine Aufgaben effektiv und effizient erfüllt. Was die Kernaufgaben des Kantons angeht (der Kanton hat auch Bundesaufgaben zu bewältigen), ergeben sich diese aus dem Aufgabenkatalog der Kantonsverfassung. Die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors ist eine notwendige Bedingung für die gedeihliche Entfaltung des privaten Sektors.

Die Wirtschaft verwirft das Konzept des sog. Minimalstaates sowie die Demontage des Staates.

1.2 Staat und Wirtschaft legen ihren Wirtschaftspolitiken die Prinzipien der Rahmenpolitik oder Ordnungspolitik zugrunde. Das Kernstück ist die strikte Rollenteilung, wonach der Staat den Rahmen oder die Leitplanken der Privatwirtschaft festzulegen hat, während Unternehmungspolitik in die ausschliessliche Zuständigkeit der Firmen fällt.

Mit Rahmenpolitik nicht vereinbar ist die direkte Förderung oder Unterstützung bestimmter Branchen (Vorbehalt: Landwirtschaft), bestimmter Firmen und/oder bestimmter Firmenprojekte. Das privatwirtschaftliche Geschehen wird nicht durch die Politik des Staates (Vorbehalt: Rahmenordnung), sondern durch Märkte gesteuert.

Exkurs. Der Kanton betreibt eine Politik aktiver Wirtschaftsförderung durch gezielte Verbesserung der Rahmenordnung Aargau, z.B. Fachhochschulpolitik. Er verzichtet lediglich auf direkte Wirtschaftsförderung (Staatskrücken aller Art, insbesondere Subventionen).

1.3 Einigkeit zwischen Staat und Wirtschaft besteht schliesslich über die Komponenten der komplexen Rahmenordnung:

I Rahmenbedingungen: Regelungen, Abgaben

I Infrastrukturbedingungen (Systeme des Verkehrs, der Ver- und Entsorgung usw.)

I Verfahrensordnung (Bewilligungsverfahren; Rechtspflegeverfahren)

I wirtschaftsrelevante Politikbereiche: Bildung und Forschung usw.

Die Gestaltung der Rahmenordnung verfolgt das Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Standortes zu steigern.

Kurzum: Der Vorrat an Gemeinsamkeiten ist beträchtlich. Er bildet eine tragfähige Grundlage für die Auseinandersetzung um streitige Punkte nach den Spielregeln der Demokratie.

2. Das Streitige

In welchen Hauptpunkten weichen die Positionen des Staates und der Wirtschaft voneinander ab?

Drei Hauptpunkte:

2.1 Aufgaben-Ausgaben-Abgaben: Die Wirtschaft ist nicht bereit, das «Gesetz» ständig zunehmender Aufgaben, stets wachsender Ausgaben und laufend steigender Abgaben als «Staatsmaxime» anzunehmen. Sie ist ebenfalls nicht bereit, die Auswirkungen des bezeichneten «Gesetzes» hinzunehmen. Einerseits darf der Staat dadurch nicht überfordert werden (er muss regierbar, funktionstüchtig und finanzierbar bleiben). Andererseits sind der permanenten Begrenzung der Privatautonomie und der dauernden Mehrbelastung des privaten Sektors Schranken zu setzen.

2.2 Die Stabilisierungspolitik des Regierungsrates ist grundsätzlich zu begrüßen. Nur: Sie muss durch konkrete Massnahmen effektiv gemacht werden und tatsächlich stattfinden. Dazu kommt Folgendes: Stabilisierungspolitik ist gewiss notwendig, aber nach der Erfahrung nicht ausreichend, um die Position des Kantons im Wettbewerb mit anderen Standorten wirksam zu verbessern. Es drängt sich dazu eine Reformpolitik auf, die sich auf die Aufgaben, die Organisation, die Finanzen und das Personal des Kantons erstreckt.

2.3 Die Wirtschaft vermisst bei allem Respekt gegenüber dem Wirken der Behörden und der Verwaltung wesentliche Reformen, die sich teils aus der Kantonsverfassung ergeben, teils von der Regierung selbst vorgeschlagen worden sind:

- | Gesamtüberprüfung der Aufgaben, d.h. der Ziele, Massnahmen und Prioritäten der Politikbereiche; teils Umbau, teils Abbau von Staatstätigkeiten;
- | die Revision des Personalrechts, um den Beamtenstatus weitgehend durch kündbare Arbeitsverträge zu ersetzen;
- | Strategien der Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung (vgl. Regierungsprogramm 1993–1997).

Es ist m.E. im Regelfall nicht möglich, bisherige Staatsaufgaben einfach fallen zu lassen. Möglich ist jedoch die Anpassung konkreter Ziele und Massnahmen. Möglich ist ausserdem die öffentliche Ausschreibung bestimmter Tätigkeiten oder Leistungen (Wettbewerb, Benchmarking).

Kurzum: Die Wirtschaft hat im Zuge des Strukturwandels enorme Veränderungen durchführen müssen, um ihre Konkurrenzfähigkeit bewahren und verbessern zu können. Der Standortwettbewerb ist die Herausforderung des Kantons. Die Staatsleitung ist gezwungen, ein breit angelegtes Fitnessprogramm der öffentlichen Hand zu konzipieren und zu realisieren. Die Zeit drängt sehr.

3. Das Kooperative

In welchen Belangen ist bei voller Anerkennung der abweichenden Funktionen oder Rollen eine Kooperation (Zusammenarbeit) zwischen Staat und Wirtschaft angezeigt? Drei Hauptpunkte:

- 3.1 Die Wirtschaft kann und soll die Verwaltung bei der Umsetzung wirtschaftsrelevanter Regelungen und Pläne loyal unterstützen: Information und Dokumentation der Firmen; Auskünfte; Veranstaltungen und Kurse usw. Die Wirtschaftsorganisationen sind bereit, Mitteilungen der Behörden zu transportieren, um Vollzugsprobleme besser bewältigen zu können.
- 3.2 Die Wirtschaft muss bereit sein, mit der Exekutive den Dialog über Massnahmen der kantonalen Wirtschaftspolitik zu pflegen. Die Behörden dürfen erwarten, dass ihre Vorschläge geprüft werden und dass dazu konkret Stellung genommen wird.
- 3.3 Es gibt eine Palette gemeinsamer Projekte aufgeklärter zeitgenössischer Rahmenpolitik: Fachhochschule als Kompetenzzentrum fördern, Verfahrenskonzeptionen kooperativ entwickeln und umsetzen, Standortmarketing gemeinsam betreiben.

Ausblick

Es ist ein beträchtlicher Vorzug des Standortes Aargau,

- I dass die Exponenten des Staates und jene der Wirtschaftsorganisationen sich kennen und den Kontakt pflegen,
- I dass die Grundkonzeption der kantonalen Wirtschaftspolitik nicht streitig ist,
- I dass die Behörden und die Verwaltung gegenüber Wirtschaft und Technik positiv und konstruktiv eingestellt sind (Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel).

Nötig bleibt dreierlei: das Aufeinanderzugehen, die Offenlegung der Standpunkte und der Dialog über wichtige Fragen.

Die Wirtschaft darf anerkennen, dass der Staat Aargau solide dasteht, besser als andere Kantone funktioniert und der Wirtschaft gute Voraussetzungen bietet. Die erwähnten Streitpunkte betreffen die Marschrichtung künftiger Politik und beeinträchtigen den positiven Gesamteindruck nicht. (11)

Ordnungspolitik, Rahmenpolitik und Standortpolitik: Was sie verbindet und trennt

Ordnungspolitik, Rahmenpolitik und Standortpolitik sind Aspekte, Komponenten und Perspektiven der Wirtschaftspolitik (= das, was sie verbindet). Sie bezeichnen jedoch abweichende Einsichten und Erfahrungen, Herausforderungen sowie Ziele und Strategien. Der Beitrag bezweckt nicht mehr als eine Auslegeordnung.

Ordnungspolitik

Der **Horizont des Begriffes «Ordnungspolitik»** reicht weit, sehr weit, über die geistigen Welten der Ausdrücke «Rahmenpolitik» und «Standortpolitik» hinaus.

Ordnungspolitik hat die **Sozialordnung** als Ganzes im Visier. Die **Theorie der Ordnungspolitik** lehrt,

- I dass die **Sozialordnung** als Gesamtordnung aus **Teilordnungen** besteht,
- I dass die **Wirtschaft**, der **Staat** (oder das politische System) und die **Gesellschaft** (Zivilgesellschaft = privater Sektor abzüglich Wirtschaft) hauptsächliche Teilordnungen oder Teilsysteme ausmachen,
- I dass alle Teilordnungen **spezifische Funktionen** für das Ganze zu erfüllen haben sowie
- I dass die Teilsysteme miteinander **verflochten** sind, dass sie wechselseitig bedingt sind, oder – mit einem anderen Wort – dass sie **interdependent** sind.

Beispiel: Wirtschaftliche Freiheit (Marktwirtschaft), politische Freiheit (Demokratie) und geistige Freiheit (kulturelle Entfaltung) gehören im Kulturkreis des Westens zusammen. Dieses Beispiel illustriert auch, dass den Teilordnungen identische Werte zugrunde liegen.

Die **zeitgenössische Herausforderung** besteht darin, in allen Sektoren die **Gesamtverantwortung für das Funktionieren der Gesamtordnung** wachzuhalten.

Es gibt leider Teile der Wirtschaftswissenschaft, welche die Wirtschaft isoliert betrachten, wo der Blick am Rand der Branche und vor allem der Unternehmung Halt macht, wo vorrangig oder ausschliesslich Kennzahlen das Denken und Handeln der (eindimensionalen) Manager bestimmen. Die Absolventen dieser «Denkschule der Ökonomie» sind weder imstande noch bereit, der Doktrin der Ordnungspolitik Rechnung zu tragen.

Dort, wo die «Interdependenzgesetze der Ordnungspolitik» verletzt werden, haben alle Teile der Sozialordnung darunter zu leiden.

Beispiel: Das Milizprinzip ist ein wesentlicher Bestandteil des politischen Systems unseres Landes. Es kann nur aufrechterhalten und praktiziert werden, wenn die oberste Führung der Unternehmen bereit ist, Mitarbeitende für öffentliche Ämter kandidieren zu lassen sowie – im Falle einer Wahl – auf geeignete Weise betrieblich wirksam zu unterstützen. Was für Unternehmer schweizerischer Tradition selbstverständlich ist, ist für eindimensionale Manager (Welt = Kennzahlen der eigenen Unternehmen) völlig fremd und unbeachtlich. **Aber:** Ordnungspolitik setzt auf die Gesamtverantwortung der Unternehmungspolitik.

Rahmenpolitik

Der Ausdruck «Rahmenpolitik» bezieht sich auf die **Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft**. Sie verlangt eine strikte Aufgaben- oder Rollenteilung dieser Teilordnungen. Die **Theorie der Rahmenpolitik** lehrt,

- I dass die Wirtschaft eine staatliche Rahmenordnung braucht,
- I dass der Staat im Gebiet der Wirtschaftspolitik die einzige Aufgabe hat, bestmögliche Voraussetzungen für Unternehmen zu schaffen und zu gewährleisten,
- I dass die öffentliche Hand nicht dazu da ist, das wirtschaftliche (unternehmerische) Geschehen zu planen, zu gestalten, zu steuern.

Die Rahmenpolitik setzt auf grösstmögliche Wirtschaftsfreiheit, auf weite Handlungsspielräume der Sozialpartner sowie auf eine möglichst wirtschaftsverträgliche Anwendung und Durchsetzung staatlicher Regelungen.

Die **Idee** der Rahmenpolitik ist **einfach**. Ihre Realisierung ist äusserst schwierig, weil die **Rahmenordnung** extrem **komplex** ist: Regelungen und Abgaben, Infrastrukturbedingungen (Einrichtungen, Dienste) sowie Verfahrensbedingungen.

Die hauptsächliche **Konkurrenz** der Rahmenpolitik ist die so genannte **Industriepolitik**, welche in etlichen EU-Staaten zur etablierten Wirtschaftspolitik gehört. Branchen und Firmen (Konzerne!) werden in gigantischem Ausmass subventioniert («Staatskrückenpolitik»), was jeglichem marktwirtschaftlichem Wettbewerb und den Grundfreiheiten des Binnenmarktes der EU widerspricht.

Standortpolitik

Der Begriff «**Standortpolitik**» ist bedeutsam für das Bemühen, durch gezielte Gestaltung der unternehmerischen **Standortbedingungen** eine optimale **Standortqualität** zu erreichen.

Die **Theorie der Standortpolitik** lehrt,

- | dass es einerseits politisch gestaltbare **Standortbedingungen**, andererseits real vorgegebene **Standortfaktoren** gibt, welche für unternehmerische **Standortentscheide** (Investitionen usw.) ausschlaggebend sind,
- | dass der zunehmende internationale und interkantonale **Standortwettbewerb** dazu zwingt, die **Standortqualität ständig stark zu steigern**, sowie
- | dass **alle** wirtschaftsrelevanten **Bereiche** zur permanenten Optimierung der Standortbedingungen beitragen müssen (**vernetzte Benchmark-Rahmenpolitik «aus einem Guss»**).

Die gegenwärtige **Herausforderung** besteht darin, die hauptsächlich relevanten Standortbedingungen zu identifizieren sowie im Zuge einer systematischen **Benchmark-Politik** laufend zu optimieren.

Beispiel: Die zügige Umsetzung neuer Forschungsergebnisse in marktgängige Produkte und Dienstleistungen stärkt den Forschungs- und Werkplatz Schweiz.

Ziele und **Strategien** der Standortpolitik müssen für Standortbedingungen je separat definiert bzw. festgelegt werden:

- | Bildung und Forschung,
- | Systeme der Infrastruktur sowie
- | Finanzen und Steuern.

Fazit

Es macht Sinn, **Ordnungs-, Rahmen- und Standortpolitik** auseinanderzuhalten. Dies gestattet es, die Wirtschaftsrealität unter differenzierten Gesichtspunkten zu würdigen. **Kurzum:** Der **Blick aufs Ganze** erlaubt es, eine kohärente Politik zu betreiben (kohärent = aufeinander abgestimmte Ziele und Massnahmen «aus einem Guss»).

(12)

FREIHEITLICHE POLITIK FÜR DEN MITTELSTAND

Frauen und Männer, welche freiheitliche Politik vertreten wollen, sollen in die Lage versetzt werden, Hauptpositionen bürgerlicher Politik zu identifizieren und zu verteidigen.

Welches sind die hauptsächlichen Optionen oder Szenarien der AAA-Politik (Aufgaben, Ausgaben, Abgaben)?

Welche permanente Auseinandersetzung steht im Mittelpunkt des Geschehens und macht den Kern der Innenpolitik aus? Was zeichnet die abweichenden Stossrichtungen der beiden stärksten und am besten organisierten Lager aus?

Die Verteidigung freiheitlicher Ordnung und Politik erheischt die Beachtung von Konstanten: Welches sind die wichtigsten relevanten Sachverhalte?

Vor diesem Hintergrund: Was hat bürgerliche Politik zu bewerkstelligen?

Kern bürgerlicher Politik

Für die Zusammenarbeit bürgerlicher Fraktionen ist es wichtig, dass sich die Exponenten bezüglich wesentlicher Punkte weitgehend einig sind: Weichenstellungen? Lager der Politik (Machtanalyse)? Stossrichtungen? In der Praxis hat sich das Parlament mit etlichen Dossiers zu befassen und sehr viele Entscheidungen zu treffen. Dazu benötigen die Mitglieder des Parlamentes einen Kompass, welcher ihr Verhalten in der Politik steuert. Man kann diesen Kompass als Grundhaltung bezeichnen. Grundhaltungen beruhen auf fundamentalen Wertentscheidungen, welche das politische Wirken prägen. Was zeichnet bürgerliche Politik aus?

Weichenstellungen

Das **Leitbild** der bürgerlichen Politik ist **der** auf Kernaufgaben **begrenzte Staat** mit beschränkter Verantwortung.

Der zentrale Vorgang ist die **Entwicklung der Aufgaben, Ausgaben sowie der Abgaben** (Steuern). Dazu muss bürgerliche Politik klar, bestimmt und fest Stellung nehmen.

Die **Drei-A-Politik** hat folgende **Optionen** (Möglichkeiten):

- I Die **Aufgaben** können entweder erweitert oder stabilisiert oder redimensioniert bzw. reduziert werden.
- I Die **Ausgaben** können entweder steigen oder stabilisiert oder gesenkt werden.
- I Die **Abgaben** (Steuern) können entweder erhöht oder stabilisiert oder vermindert werden.

Politische Lager

Es gibt real viele abweichende Standpunkte. Wir beschränken uns auf **Hauptpositionen**, welche typisch sind oder dem Regelfall entsprechen.

1. Das **Lager der politischen Linken** tendiert dazu,
 - I Staatsaufgaben zu erweitern,
 - I Staatsausgaben zu steigern sowie
 - I Abgaben (Steuern) zu erhöhen.

Dahinter steckt die Vorstellung vom allzuständigen Staat, welcher möglichst viele Belange gestalten, ordnen und steuern soll.

2. Das **Lager der Exekutive und Bürokratie**, d.h. das Machtzentrum im modernen Staat, tendiert programmatisch dazu,
 - I Staatsaufgaben zu stabilisieren,
 - I Staatsausgaben zu stabilisieren sowie
 - I Abgaben (Steuern) zu stabilisieren.

Da die Stabilisierungspolitik nur teilweise funktioniert, tragen Exekutive und Bürokratie realpolitisch zur Staatsexpansion bei. Hinter dieser Position stecken Interessen, z. B. Machterhaltung (Exekutive), Beschäftigung und Einfluss (Bürokratie) usw.

3. Das **Lager der bürgerlichen Politik** tendiert dazu,
 - I den Hochleistungsstaat zu redimensionieren,
 - I Staatsausgaben zu drosseln sowie
 - I Abgaben (Steuerlast) zu senken.

Herausforderungen praktischer Politik

Zunächst hat bürgerliche Politik die **Vernetzung** zwischen Aufgaben, Ausgaben und Abgaben (Steuern) zu **beachten**. Es geht nicht an, zusätzliche Aufgaben zu beschließen, **ohne** die Auswirkungen auf den Finanzhaushalt und die Steuerlast in Rechnung zu stellen.

Angesichts der Fülle der Politikbereiche braucht bürgerliche Politik praxistaugliche Planung. Das dazu erforderliche Wissen steht nur der Regierung bzw. der Verwaltung zur Verfügung. Es ist daher Sache der Exekutive, mittelfristige **Regierungsrichtlinien mit Finanzplan** aufzustellen. Sache der bürgerlichen Politik ist es sowohl mittelfristige Gesamtplanung als auch sektorale Planung (Leitbilder, Konzeptionen, Konzepte) auf Richtpunkte freiheitlicher Politik auszurichten.

Schliesslich obliegt es den Führungskräften bürgerlicher Parteien und Fraktionen, bei jeder Regierungsvorlage und jedem parlamentarischen Vorstoss (Motionen, Postulate) die **Kernfragen bürgerlicher Politik** zu stellen und zu entscheiden: Ist das, was beantragt wird, tatsächlich nötig? Kann das Anliegen nicht besser oder zumindest gleich gut durch private Aufgabenträger erfüllt werden? Ist der Antrag in der vorge schlagenen Fassung überhaupt tragbar? Sind die Auswirkungen mit dem Leitbild des begrenzten Staates mit beschränkter Verantwortung vereinbar oder nicht?

Zusammenfassung

In einem kürzlichen Streitgespräch hat ein Teilnehmer bürgerliche Politik wie folgt umschrieben: Sie «sucht das Wohl des Bürgers auf dem Weg von möglichst wenig

Staat, möglichst viel privater Initiative und persönlicher wie individueller Freiheit. (Sie ist) für die Reduktion der staatlichen Tätigkeit aufs absolut Notwendige» (NZZ Nr. 208/2001, S. 43). (13)

Wozu ist konservative Politik nötig?

Die Hauptthese des Beitrages ist, dass es im Bereich der Politik neben ständiger Bewegung auch Konstanten gibt. Eine weitere Hauptthese ist, dass Einrichtungen und Praxis der Politik wesentlichen Konstanten Rechnung tragen müssen. **Konservative Politik ist nötig, um grundlegende und wichtige Konstanten bewahren oder berücksichtigen zu können.** Der Beitrag ist als Kritik am Zeitgeist aufzufassen. Er bestreitet vehement, dass sich alles verändert. Er verwirft den Standpunkt, wonach permanenter Reformaktivismus das Rezept richtiger Politik ist. Der Ausdruck «konservative Politik» ist – wie jedermann weiss – ein Schlagwort ohne Inhalt. Er lässt sich beliebig definieren und für verschiedene Zwecke verwenden. Der Begriff «**konservative Politik**» wird hier im Rahmen einer **Doktrin oder Theorie über Konstanten der Politik** eingesetzt. Welche Konstanten bestimmen konservative Politik inhaltlich? Der Beitrag greift einige Konstanten auf, welche für ein Milizparlament bedeutsam sein können.

Regierende und Regierte

Nichtdenkende Zeitgenossen behaupten, dass sich alles ständig verändert. Der gesunde Menschenverstand und die praktische Erfahrung widerlegen die Behauptung. Es hat in der Geschichte immer den Gegensatz zwischen Obrigkeit und Untertanen gegeben. Auch im Verfassungsstaat besteht der Gegensatz zwischen Regierenden (Exekutive; Kader der Verwaltung) einerseits und Regierten (Privatpersonen) andererseits. Die offizielle Sicht der Lage ist die folgende: Die Regierung handelt im öffentlichen Interesse, verfolgt das Gesamtinteresse und dient dem Gemeinwohl. Wenn dies zutrifft, ist Regierungspolitik definitionsgemäss richtige Politik. Das Thema «richtige Politik» wird auf S. 78/79 erläutert.

Die offizielle Sicht klammert eine wichtige **Konstante** aus: Die Regierung und die Verwaltung haben und verfolgen in jedem Fall auch spezifische Interessen der Exekutive und der Bürokratie, welche das Gesamtinteresse durchaus fördern, aber eben auch verfehlen können.

Was gehört etwa zum spezifischen Interesse der Regierung? Sie bemüht sich darum, ihre Handlungsspielräume und damit ihre Entscheidungsmöglichkeiten (Optionen) möglichst zu bewahren und zu erweitern. Diese Interessenwahrung ist völlig legitim. Es wäre unsinnig und realitätsfremd, sie in Frage zu stellen.

Fraglich ist jedoch, wie sich das Milizparlament auf die Konstante «Eigeninteressen der Regierung und Verwaltung» einstellen und damit umgehen soll.

Wenn das **Parlament** Regierungsvorlagen (Botschaften, Berichte) behandelt, kommt es nicht darum herum, als **Volksvertretung** zu wirken und primär die **Interessen der Regierten** wahrzunehmen.

Soweit spezifische **Sonderinteressen der Exekutive und Bürokratie** überhaupt eine Rolle spielen, müssen diese mit den Interessen der Regierten konfrontiert werden: Die Interessen beider Seiten können sich decken (Harmonie), teilweise übereinstimmen und abweichen oder sich gänzlich ausschliessen (Disharmonie).

Die konservative Politik gebietet es, den Interessen der Regierten im Parlament gegenüber allenfalls abweichenden Interessen der Regierung und Verwaltung besondere Beachtung zu schenken. Es drängt sich im Konfliktfall eine sorgfältige, umsichtige und weitsichtige Interessenabwägung auf.

Streit um richtige Politik

Was liegt im öffentlichen Interesse? Was verlangt das Gesamtinteresse? Welche Ziele und Massnahmen verwirklichen das Gemeinwohl?

Das politische System insgesamt muss diese Fragen beantworten. Es hat dazu komplexe Verfahren der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung eingerichtet. Es ist dazu da, für den Staat verbindlich zu entscheiden, was richtige Politik ist und diese zu verwirklichen.

Es gibt hier einige **Konstanten**, die zu beachten sind:

- I Die obersten Werte oder Ziele der Politik (Freiheit, Gleichheit, jedem das Seine usw.) lassen sich rational nicht begründen. Politikerinnen und Politiker haben dazu persönliche Entscheidungen zu treffen, welche letztlich rational nicht begründbar sind.
- I Es gibt kein objektives, allgemein anerkanntes Wissen über Inhalte richtiger Politik, welches organisatorisch zusammengefasst werden könnte. Es gibt nur subjektives Wissen um richtige Politik und dieses kommt nur dezentralisiert vor.

- I Die Inhalte richtiger Politik sind stets streitig. Die entsprechenden Entscheidungen der Politik sind immer das Ergebnis einschlägiger Auseinandersetzungen der Regierung, des Parlamentes und/oder des Volkes.

Was bedeuten diese Konstanten für die konservative Politik?

- I Die politischen Rechte des Volkes sind fundamental, weil die Behörden nicht beanspruchen können, bezüglich grundlegender und wichtiger Fragen die richtigen Inhalte der Politik zu kennen.
- I Die Zuständigkeiten des Parlamentes sind zentral, weil einzig die parlamentarische Auseinandersetzung in wesentlichen Belangen der Staatsleitung richtige Politik produzieren kann.
- I Die Exekutive muss ihren Beitrag zur richtigen Politik durch eigene politische Entscheidungen leisten. Sie darf diesen Beitrag weder internen noch externen Experten überlassen.

Mit anderen Worten: Konservative Politik verteidigt sowohl die politischen Rechte des Volkes als auch die Zuständigkeiten des Parlamentes. Sie widersetzt sich dem Exekutivstaat (nur die Regierung ist imstande, die Richtlinien der Politik festzulegen) einerseits, der Expertokratie (nur Experten wissen, was politisch richtig ist) andererseits.

Balancen der Staatsmacht

Der «Machtkuchen» wird im Verfassungsstaat zur Verhinderung einer übermässigen Konzentration der Macht sowie zur Kontrolle der Machtausübung verteilt. Die Gewaltenteilung (Exekutive, Parlament, Justiz) etwa bewirkt eine horizontale Machtkontrolle. Der Föderalismus (Bund, Kanton, Gemeinden) etwa bewirkt eine vertikale Machtkontrolle. Eine Konstante ist, dass Machtverlagerungen im Gange sind, welche das gewaltenteilige Gefüge strapazieren. Die konservative Politik setzt sich dafür ein, dass zentrale Machtbalancen funktionstüchtig gewährleistet bleiben.

Die Fragen der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen sowie Kantonen und Gemeinden können hier nicht behandelt werden. Aber: Es gilt im Interesse des Ganzen, die Kantone gegenüber dem Bund zu stärken sowie die Selbstständigkeit der Gemeinden gegenüber dem Kanton ebenfalls zu stärken.

Die Ausgestaltung der künftigen Finanzordnung des Bundes ist hier nicht zu diskutieren. Aber: Es muss in Etappen gelingen, dem Bund die indirekten Steuern, den Kantonen und Gemeinden die direkten Steuern zuzuordnen.

Auf kantonaler Ebene müssen die Gemeinden in die Lage versetzt werden, kommunale Aufgaben allein oder mit anderen Gemeinden (Vertrag oder Verband) weitestge-

hend selbstständig zu bewältigen. Die Flut der Instruktionen in verschiedensten Formen, welche der Kanton Gemeindebehörden und -verwaltungen zumutet, muss teils gedrosselt, teils gestoppt werden.

Im horizontalen Bereich sind die Stellung und Zuständigkeiten des Parlamentes gegenüber der Exekutive zu behaupten.

Kurzum: Konservative Politik wehrt sich für **Machtbalancen**, weil diese für die Bewahrung der freiheitlichen und föderalistischen Staatsordnung nötig bleiben.

Zusammenfassung

Was verändert sich in der Politik nicht? **Drei Beispiele für Konstanten:** Interessengegensätze zwischen Regierenden und Regierten; Wettbewerb politischer Standpunkte im Ringen um richtige Politik; (laufende, schleichende) Machtverlagerungen im Gewaltengefüge, welche wesentliche Machtbalancen beeinträchtigen können. Konservative Politik (im dargelegten Sinne) findet im Milizparlament dort statt, wo die Interessen der Regierten gegenüber dem Exekutivstaat vertreten werden, wo die direkte Demokratie gegenüber Tendenzen zum Obrigkeitsstaat verteidigt wird, wo negativ zu wertende Machtverlagerungen bekämpft werden. (14)

Was ist bürgerliche Politik?

Ausgangslage

Bürgerliche Politik ist wichtig für die freie Gesellschaft freier Menschen, für das Funktionieren des Staates mit begrenzter Verantwortung, für eine wirtschaftstaugliche Wirtschaftspolitik.

Bürgerliche Politik konkurriert mit sozialistischer, sozialdemokratischer oder linker Politik. Es gibt zwischen bürgerlicher und linker Politik **keinen «dritten Weg»** (Anthony Giddens).

Die Herausforderung bürgerlicher Exponenten in Exekutiven und Parlamenten besteht darin,

- I die beschränkten Kräfte auf Hauptaufgaben bürgerlicher Politik zu konzentrieren,
- I gemeinsame Stossrichtungen der verschiedenen Lager gemeinsam zu verfolgen (Kooperation, Koordination),

- I die parteiungebundene politische Mitte (= das grösste Segment der Stimmenden und Wählenden) von der Notwendigkeit und Richtigkeit bürgerlicher Politik zu überzeugen.

Hintergrund oder Aktualität bürgerlicher Politik

Die Staatsdefizite des Bundes und der Kantone haben eine Tragweite, welche weit über die Finanzpolitik hinausreicht. Sie dokumentieren und illustrieren jenen **Hochleistungsstaat**, dessen politisch, sachlich, rechtlich gebundene Aufgaben auf Dauer nicht mehr zu finanzieren sind.

Der Hochleistungsstaat ist im sog. goldenen Zeitalter der 2. Hälfte unseres Jahrhunderts entwickelt worden. Es sind während der Wachstumsjahrzehnte (1950-1990) der öffentlichen Hand ständig mehr und erweiterte Aufgaben übertragen worden. Die **Staatsexpansion** hat auf **drei Annahmen** beruht:

- I Der Staat ist dazu da, beliebige Probleme aufzugreifen und zu bewältigen → **These von der politischen Allzuständigkeit des Staats**.
- I Die Politik ist fähig, praktisch alle Probleme zu lösen, wenn dem Staat die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden → **These von der umfassenden Machbarkeit der Politik**.
- I Das permanente Wirtschaftswachstum gestattet es, die unbegrenzte Erweiterung der Aufgaben und Zuständigkeiten des Staates zu finanzieren → **These von der Finanzierbarkeit der Staatsexpansion**.

Die wirtschaftliche Stagnation und die Wachstumsdefizite der 90er-Jahre haben die **Fundamente der Expansionspolitik** im goldenen Zeitalter erschüttert und **zerstört**. Die bezeichneten **Thesen** sind durch die Erfahrung der 90er-Jahre **widerlegt** worden. Die Lektion lautet: Wir können uns die Fortschreibung bisheriger Politik keinesfalls leisten, wenn wir unsere Position im Wettbewerb der Nationen halten wollen.

Herausforderungen bürgerlicher Politik

Im Zentrum der Innenpolitik stehen drei Fragen:

- I Sollen die **Aufgaben** des Staates erweitert, stabilisiert oder reduziert werden?
- I Sollen die **Ausgaben** des Staates erhöht, stabilisiert oder gesenkt werden?
- I Sollen die **Abgaben** (vorab Steuern) angehoben, stabilisiert oder vermindert werden?

Begriff:

Bürgerlich ist jene Politik, welche

- I Staatsaufgaben reduziert,

- I Staatsausgaben senkt sowie
- I Abgaben (vorab Steuern) vermindert.

Theorie der AAA-Politik

Bereiche:	Lager		
	Bürgerliche Politik	Exekutive / Bürokratie	Linke Position
Aufgaben	↓	→	↑
Ausgaben	↓	→	↑
Abgaben	↓	→	↑

Fazit:

- I Bürgerliche Politik braucht taugliche Strategien für ihre AAA-Politik.
- I Bürgerliche Politik darf sich nicht mit Stabilisierungspolitik der Regierungen und Verwaltungen begnügen; Stabilisierung ist nötig, aber nicht ausreichend.
- I Bürgerliche Politik muss sich gegenüber der total entgegengesetzten AAA-Politik der politischen Linken durchsetzen.

Mit andern Worten: Der Hochleistungsstaat muss teils abspecken, teils entschlackt werden. Die Staatstätigkeiten müssen teils abgebaut, teils umgebaut werden. Bürgerliche Politik benötigt ein Profil, mit welchem sich der Mittelstand und/oder die politische Mitte identifizieren können.

Missverständnisse

Die Gegner bürgerlicher Politik entwickeln und verbreiten ein **Zerrbild** dieser Politik, um die **Akzeptanz** bürgerlicher Standpunkte in weiten Kreisen der Bevölkerung zu **vereiteln**. Es ist nötig, drei Missverständnissen vorzubeugen:

- I **Bürgerliche Politik hat nicht den Minimalstaat im Visier.** Sie zielt vielmehr auf den auf Kernaufgaben der öffentlichen Hand beschränkten Staat.
- I **Bürgerliche Politik will keineswegs Steuerung durch Politik ersetzen durch Steuerung durch Märkte.** Sie strebt vielmehr optimale Beziehungen zwischen dem öffentlichen (Staat/Politik) und dem privaten Sektor (Privatautonomie/Märkte) an. Es gibt keine deregulierten, entfesselten und freien Märkte (Kritik der Linken am Neoliberalismus); funktionstüchtige Märkte brauchen in jedem Falle Leitplanken, Spielregeln sowie ein ethisches Fundament.

I **Bürgerliche Politik strebt keine Ellbogengesellschaft an, in welcher die Gesetze des Dschungels** (u.a. das Recht der Stärkeren) herrschen. Sie tritt für den sozialen Ausgleich zwischen wirtschaftlich Starken und Schwachen ein. Sie befürwortet den volkswirtschaftlich tragbaren Sozialstaat, bekämpft jedoch den Wohlfahrtsstaat, welcher Bürgerinnen und Bürger entmündigt, den Bogen der Staatsmacht überspannt und die Wirtschaft überfordert.

Strategien bürgerlicher Politik

Bürgerliche Politik muss für alle Politikbereiche sachgerechte Konzeptionen, Leitbilder, Pläne freiheitlicher Politik entwickeln, durchsetzen und realisieren; **Motto: So viel Staat wie nötig, so viel Freiheit (Privatautonomie) wie möglich!** Es sollen hier lediglich **drei Stossrichtungen** hervorgehoben werden:

Zunächst drängt sich eine periodische **Gesamtüberprüfung sämtlicher Aufgaben, Tätigkeiten und Ausgaben der öffentlichen Hand** auf strategischer Ebene auf. Wer damit befasst ist, muss folgendes Buch lesen: **David Osborne/Ted Gaebler, Der innovative Staat, Wiesbaden 1997** (ISBN 3-409-19336-7). Nur diese Pflichtlektüre lässt erkennen, wie beträchtlich der Handlungsbedarf und das Wirkungspotenzial bürgerlicher Politik tatsächlich sind. Das «Reinventing» und das «Reengineering» der Regierungs- und Verwaltungstätigkeiten müssen angepackt werden.

Weiter sind öffentliche Haushalte durch ausgabenseitige Verbesserungen ausgeglichen zu gestalten. **Bürgerliche Politik steht und fällt mit soliden Staatsfinanzen.** Die strukturellen Haushaltprobleme können einzig durch Massnahmen der Aufgaben-, Organisations- und Personalpolitik bewältigt werden.

Schliesslich hat sich Wirtschaftspolitik einzig und allein darauf auszurichten, bestmögliche Voraussetzungen für die gedeihliche Entfaltung der Branchen und Firmen zu schaffen. **Der Staat hat im Gebiet der Wirtschaftspolitik nur eine Aufgabe: die permanente Optimierung der (hochkomplexen) Rahmenordnung.** Die in EU-Staaten übliche Industriepolitik schwächt die Konkurrenzfähigkeit begünstigter Branchen und Firmen, überfordert – weitgehend überflüssige – Verwaltungsapparate und produziert unnötige Wettbewerbsverzerrungen. Kurzum: **Das Kernanliegen bürgerlicher Politik ist die Renaissance von Leistung und Marktwirtschaft;** vgl. dazu Norbert Walter, *Der neue Wohlstand der Nation*, Düsseldorf/Wien 1993 (ECON Verlag); D. de Pury/H. Hauser/B. Schmid (Hrsg.), *Mut zum Aufbruch*, Zürich 1995; *Wirtschaftspolitische Jahrbücher des SHIV/Vorortes* [heute: *economie-suisse*].

Wettbewerb bürgerlicher Parteien

Tatsache ist, dass bürgerliche Politik durch mehrere Parteien mehr oder weniger profiliert sowie mehr oder weniger wirksam getragen, gestaltet und umgesetzt wird.

Tatsache ist, dass selbst in bürgerlichen Parteien Standpunkte bürgerlicher Politik Andersdenkenden gegenüber verfochten werden müssen.

Tatsache ist, dass bürgerliche Parteien in Konkurrenz stehen.

Aus der Sicht der Wirtschaft kann der **Wettbewerb im bürgerlichen Lager** nur begrüßt werden.

Unternehmer und (angestellte) Manager haben in der Regel wenig Verständnis für Auseinandersetzungen der Parteipolitik, für den Hickhack innerhalb von Parteien und für Positionskämpfe zwischen Parteien. Trotzdem: Demokratie und bürgerliche Politik gibt es nicht zum Nulltarif! Wer die staatliche Finanzierung der Parteien (vgl. etwa BRD!) ablehnt, muss die Parteien finanziell unterstützen. Die Firmenkader sollten es sich nicht nehmen lassen, jene Kräfte zu finanzieren, welche eine bürgerliche Politik verfolgen. Sie müssten nämlich dem Fiskus jährlich mehr Mittel abliefern, wenn sich die Exponenten bürgerlicher Politik nicht durchsetzen könnten (Beispiele: Steuergesetz, jährliche Steuerfussbeschlüsse des Parlamentes).

Wesentlich ist, dass der Wettbewerb um Wähleranteile, um Parlamentssitze, um Exekutivmandate nicht zur ruinösen Konkurrenz ausartet. Die Kämpfe dürfen hart, müssen jedoch fair geführt werden.

Es ist legitim, dass jede Partei die Inhalte ihrer Politik selbst bestimmt. Nötig ist jedoch die ständige Bereitschaft, Standpunkte auszutauschen, um gemeinsame Positionen erfassen zu können.

Die Wirtschaft erwartet, dass die zentralen Ziele der AAA-Politik durch Kommunikation und Koordination gemeinsam verfolgt werden.

Ausblick

Warum werden hier der **Zusammenhalt** und die **Kooperation im bürgerlichen Lager** unterstrichen? Bürgerliche Politik kann nur durch **Mehrheitsentscheide** der Regierung, des Parlamentes, des Volkes verwirklicht werden. Sämtliche bürgerlichen Parteien sind **Minderheitsparteien**. Es müssen daher durch Zusammenarbeit mehrheitsfähige Standpunkte entwickelt werden.

Wahljahre zwingen die Parteien, ihr spezifisches Profil zu «vermarkten». **Wahlkämpfe** betonen das Trennende weit stärker als das Verbindende. Personen, die sachpolitisch zusammenwirken müssen, konkurrieren um Mandate.

Bürgerliche Politik ist darauf angewiesen, dass der politische Wettbewerb der Parteien und der Kandidierenden als **fairer Wettlauf** verstanden und betrieben wird. Die **Chancen bürgerlicher Kooperation** müssen bewahrt, weit besser als bisher genutzt und dürfen – trotz Wahlkampf – nicht vertan werden. (15)

Schlanker Staat – Testfall für die bürgerliche Politik

Ausgangslage

Welches ist die grösste **Herausforderung** für die bürgerliche Politik? **Drei grundlegende Sachverhalte** sind zentral:

Der zeitgenössische Hochleistungsstaat zeichnet sich durch ein **Übermass an öffentlichen Aufgaben** aus. Die Auswirkungen sind allseits bekannt: Führungsdefizite (zunehmende Komplexität der Politik), Staatsdefizite (die Aufgabenfülle ist nicht mehr zu finanzieren), Vollzugsdefizite (die Bürokratie stösst an Grenzen).

Trotz Dauerstress der öffentlichen Hand: **Die Expansion des Staates** geht wider besseres Wissen und von bürgerlichen Mehrheiten getragen immer weiter. Es gelingt nicht, den Staat per Saldo zu stoppen, d.h. etwa die Aufnahme neuer Aufgaben durch den Verzicht auf bisherige Tätigkeiten zu kompensieren.

Das bürgerliche Lager kommt zunehmend unter Druck, weil die **Kluft zwischen Theorie (schlanker Staat) und Praxis (Staatsexpansion)** stets grösser wird. Darunter leiden die Fähigkeit, Probleme zu lösen, aber auch die Akzeptanz politischer Ideale sowie das Vertrauen in die Mandatsträger.

Ziele

- I Der Staat muss sich auf Kernaufgaben konzentrieren und sich dauerhaft darauf beschränken.

- I Die Staats- und die Steuerquote müssen gesenkt werden.
- I Das Leitbild des schlanken Staates, welcher regierbar, effektiv und effizient sowie finanzierbar ist und bleibt, soll realisiert werden.

Diese Ziele haben fundamentale **Tragweite** für die Funktionstüchtigkeit des Staates, für die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft und des Standortes, für die freie Gesellschaft mündiger Bürgerinnen und Bürger (Zivilgesellschaft).

Bisherige Lösungsversuche

Die laufende oder periodische Gesamtüberprüfung von Aufgaben und Ausgaben hat bislang keinen schlanken Staat produziert. Die einschlägige **Gesamtüberprüfung** könnte bestenfalls Entscheidungsunterlagen für eine Verzichtpolitik liefern. Wer ist aber zum Verzichten bereit?

Die mittelfristige **Gesamtplanung** staatlicher Politik hat weder die Staatsexpansion gestoppt noch Verzichtpolitik realisiert. Auch die versuchte Verknüpfung zwischen Sach- und Finanzpolitik ist nicht fähig gewesen, die obgenannten Ziele zu erreichen. Die Priorität der Finanzpolitik ist streitig.

Die wiederholten **Finanzpakete** haben die Haushaltlage jeweils verbessert, jedoch die Abstimmung zwischen öffentlichem und privatem Sektor nicht tangiert. Der Mix zwischen Minderausgaben, Mehreinnahmen und Lastenverschiebungen ist nicht geeignet, den schlanken Staat herbeizuführen.

Neuer pragmatischer Ansatz

Wenn es richtig ist, dass der Begriff «Kernaufgaben» nicht zu definieren ist, sind einschlägige Konzeptionen, Pläne und Programme zum Scheitern verurteilt. Auch Experten helfen hier nicht weiter.

Was zeichnet den pragmatischen Ansatz aus? **Der Weg zum schlanken Staat** führt über einen **Entscheidungsmechanismus**, bei welchem der **Faktor «Markt»** eine mitbestimmende Rolle spielt. Als Ausgangspunkt taugt eine Methode der NPM/WOV-Politik. Die Tätigkeiten der Verwaltungseinheiten werden dort als Produkte oder Leistungspakete definiert und festgelegt.

Der pragmatische Ansatz darin, Produkte oder Leistungspakete so zu definieren, dass sie öffentlich ausgeschrieben werden können. Die Ausschreibung erfolgt periodisch

und hat Erfolg, wenn mehrere private oder gemischte Aufgabenträger zur Verfügung stehen. Nach einer transparenten Evaluation der Bewerber wird eine Leistungsvereinbarung auf Zeit getroffen. Es wird ein wirksames Controlling gewährleistet.

Ob der pragmatische Ansatz zum Ziel führt, kann nur die einschlägige **Staatspraxis** zeigen. Es gilt, **Erfahrungen** zu sammeln, diese umsichtig auszuwerten, Instrumente zu perfektionieren.

Organisation

Die Realisierung der pragmatischen Strategie erfordert ein einschlägiges Projektmanagement. Die **Steuerungsgruppe** muss interdisziplinär und interdepartemental zusammengesetzt sein. Sie muss die Entscheidungen der Regierung und des Parlamentes umsichtig vorbereiten. Sie hat die Beschlüsse der Staatsleitung auszuführen. Sie wirkt als Motor und Gestalterin der Fitnesskur der öffentlichen Hand.

Schlussbemerkungen

Traditionelles Staatsdenken und bisherige Politik können die Grenzen des Staates nicht allein festlegen. Als Ergänzung, nicht als Ersatz, bisheriger Strategien soll der Markt via Ausschreibung konkreter Produkte oder Leistungen bewusst und gezielt als «Entdeckungsverfahren» (F.A. von Hayek) eingesetzt werden, um das **Problem der Kernaufgaben** pragmatisch zu bewältigen. Der skizzierte pragmatische Weg ist ab Start ein **dauerhafter Prozess**. Er führt keineswegs in einem Gang zum Ziel. Die periodische **Ausschreibung** bestimmter Produkte oder Leistungen muss **institutionalisiert** werden. Einerseits können bisher öffentliche Aufgaben via Ausschreibung völlig privatisiert werden (Redimensionierung der Staatsaufgaben). Andererseits können öffentliche Aufgaben bezüglich Durchführung bzw. Vollzug auf private oder gemischte Träger übertragen werden. Der Staat definiert in diesem Falle die öffentlichen Aufträge. Er überlässt jedoch deren Erfüllung dem privaten Sektor. Nur schlanke Staaten werden im Wettbewerb der Nationen mithalten können. Daher ist die Fitnesskur der öffentlichen Hand vordringlich und unumgänglich. (16)

SOZIALISMUS UND SOZIALSTAAT

Welche drei Lehren haben für die Theorie des Sozialismus zentrale Bedeutung?

Welche Hauptstandpunkte vertritt der Sozialismus in Bereichen praktischer Politik (Wirtschafts- und Sozialpolitik, Gesamtpolitik des Staates)?

Worauf beruht die Macht der politischen Linken?

Warum ist das System sozialer Sicherung reformbedürftig?

Welche Grenzen sind dem Sozialstaat gesetzt?

Was ist Sozialismus?

Vorbemerkung

Was behandelt der Beitrag? Was bezweckt er? Was bleibt ausgeklammert?

Der Beitrag formuliert drei Grundzüge der Theorie des Sozialismus; er bezeichnet drei Weichenstellungen praktischer Politik; er analysiert Machtverhältnisse. Dies alles ist nötig, weil Theorie und Praxis des Sozialismus die politische Linke (Sozialdemokratie, Gewerkschaften) motivieren und steuern und weil die politische Linke ihrerseits die hauptsächliche Konkurrenz der bürgerlichen Politik ausmacht.

Wir versuchen, den Sozialismus als politische Kraft für politische Handwerker in Begriffe zu fassen. Einerseits soll ein Beitrag zum Verständnis der politischen Konkurrenz geleistet werden. Andererseits soll bürgerliche Politik mit Theorie und Praxis des politischen Gegners – beschränkt auf charakteristische Beispiele – konfrontiert werden.

Theorie und Praxis des Sozialismus sind als Phänomen der Geschichte, in gegenwärtigen Erscheinungsformen und künftigen Perspektiven derart mannigfaltig und derart komplex, dass hier sowohl eine Darstellung der Grundzüge als auch eine Zusammenfassung ausgeklammert bleiben müssen.

Ausgangslage

Es wird immer wieder die These vertreten, der Sozialismus sei am Ende, er sei überholt, er sei erledigt. Von Interesse ist, dass die bezeichnete These durchaus kontrovers begründet wird:

- I Einerseits wird behauptet, die Entwicklung der Wirtschaft, des Staates, der Gesellschaft habe den Sozialismus widerlegt.
- I Andererseits wird behauptet, der Sozialismus habe nur noch historische Bedeutung, weil er seine Ziele weitgehend erreicht oder verwirklicht habe (Wohlfahrtsstaat).

Wie sind diese Behauptungen zu beurteilen?

Zunächst ist festzuhalten, dass es Grundwerte oder Ideale des Sozialismus gibt, welche unzerstörbar sind. Es ist nämlich logisch ausgeschlossen, Grundwerte oder Ideale durch Tatsachen zu widerlegen. Mit andern Worten: Es wird immer Menschen geben, die sich zum Sozialismus bekennen und danach handeln.

Weiter ist zu beachten, dass der Sozialismus als Theorie und Praxis der Politik aktuell bleibt, so lange Regierungsparteien und Gewerkschaften sich auf ihn berufen. Angesichts der national und international ungleichen Verteilung wirtschaftlicher Güter ist nicht anzunehmen, dass die bezeichneten Organisationen sozialistische Ideale jemals als verwirklicht einstufen.

Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass der Sozialismus Theorien im Laufe der Zeit hat aufgeben müssen, Theorien, welche während Jahrzehnten verfochten worden sind (z.B. die Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln). Der Sozialismus muss, wie jede andere Doktrin auch, in jeder Periode Antworten auf zeitgenössische Herausforderungen finden. Er bedarf ständiger Aktualisierung und Konkretisierung bleibender Ideale.

Fazit: Der Sozialismus hat im Laufe seiner wechselvollen Geschichte Erfolge errungen und Rückschläge erlitten. Er muss als geistige und politische Kraft bewertet werden, welche bürgerliche Politik gegenwärtig stark konkurrenziert. Die erhebliche Beteiligung sozialdemokratischer Parteien an Regierungen vieler Staaten unterstreicht die Stärke der sozialistischen Position. Im NZZ-Verlag ist im Jahre 1988 ein Buch mit dem Titel «Sozialismus – Ende einer Illusion» publiziert worden; es wäre jedoch eine gefährliche Illusion anzunehmen, der Sozialismus sei am Ende. Davon kann keine Rede sein.

Grundzüge der Theorie (3 Lehren)

Welche Grundpositionen gehören zum geistigen Fundament des gegenwärtigen Sozialismus?

1. Die Theorie des Sozialismus postuliert eine bestimmte Sozialordnung. Sie fordert eine Ordnung, welche **soziale Gleichheit, soziale Gerechtigkeit** und **soziale Sicherheit** umfassend verwirklicht. Sie beruht auf der Überzeugung, dass sich Menschen nur in der bezeichneten Sozialordnung optimal als Menschen entfalten und eine solidarische Gemeinschaft bilden können.

Die Ideale des Sozialismus haben Folgen: Politik möglichst gleicher Lebenschancen in allen relevanten Bereichen, Politik der Nivellierung der Einkommens- und Vermögensunterschiede (= Umverteilungspolitik), Staat als umfassender Gestalter und Lenker aller Bereiche der Gesellschaft (Allzuständigkeit der öffentlichen Hand).

Kurzum: Sozialistische Politik ist der gleichmacherische Versuch, die Schöpfung, welche nicht alle Individuen gleich erschaffen hat, möglichst weitgehend nach folgendem Motto zu korrigieren: «Niemand soll haben, was nicht jedermann hat!»

2. Die Theorie des Sozialismus verlangt weiter nach **Demokratie**. Es genügt ihr nicht, die Menschen rechtlich abgesichert und gleichmässig mit ökonomischen Gütern und Dienstleistungen zu versorgen. Der Kern des Demokratie-Postulates ist die Überzeugung, dass Menschen an allen wichtigen Entscheidungen beteiligt werden müssen, welche sie wesentlich betreffen.

Bei Staaten mit demokratischen Institutionen können durch Ausweitung des öffentlichen Sektors ständig mehr Bereiche demokratischer Steuerung und Kontrolle unterworfen werden. Der Widerstand gegen Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung wird unter anderem durch den Verlust an demokratischer Steuerung und Kontrolle gerechtfertigt.

Der Sozialismus reklamiert Demokratie nicht nur für die Staatsordnung, sondern auch für die Wirtschaft; Wirtschaftsdemokratie hat folgende Konsequenzen: Mitbestimmungspolitik der politischen Linken, staatliche Festlegung – anstelle vertraglicher Regelungen – von Arbeitsbedingungen (Mindestlöhne, wöchentliche Höchstarbeitungszeiten kraft Gesetz zur Umverteilung von Arbeit), Ausweitung der Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen, gesetzliche Fixierung des Mindestinhaltes solcher Verträge usw.

3. Die Theorie des Sozialismus verknüpft eine bestimmte **Staatsauffassung** mit einer bestimmten optimistischen **Erkenntnistheorie**.

Was zeichnet sozialistische Staatsauffassung aus? Der Staat wirkt als «Kopf» des politischen Systems, welchem die Funktion zukommt, alle übrigen Bereiche der Gesellschaft zu planen, zu gestalten, zu lenken und zu steuern. Ohne diese Funktion könnten die Ideale (Gleichheit, Gerechtigkeit, Sicherheit) nicht «flächendeckend» verwirklicht werden.

Was charakterisiert die Erkenntnistheorie des Sozialismus? Der Sozialismus ist der Auffassung, die Menschen könnten intellektuell die anzustrebende Sozialordnung rational konstruieren und planen. Er ist weiter der Auffassung, die ideale Sozialordnung (= Bauplan) könne gestützt auf rational beherrschbare Sozialtechniken verwirklicht werden, wenn man dem Staat die erforderlichen Ressourcen verschaffe. Karl R. Popper hat diese Art Erkenntnistheorie als Konstruktivismus bezeichnet, diesen analysiert und scharf kritisiert.

Die Staatsauffassung und die Erkenntnistheorie des Sozialismus haben bestimmte Folgen: Akzeptanz der Allzuständigkeit des Staates, Glaube an die umfassende Machbarkeit der Politik, Illusion des garantierten Wohlfahrts- und Versorgungsstaates.

Fazit: Die enorme Anziehungskraft des Sozialismus beruht auf nachstehender irdischen Verheissung: Der Wohlfahrtsstaat kann die materielle Existenz der Menschen sichern, soziale Sicherheit umfassend gewährleisten und den Menschen ein freies Leben garantieren, d.h. ein Leben, welches frei von materieller Not, materiellen

Risiken und Sorgen ist. Die sozialistische Utopie verspricht das Paradies auf Erden, zumindest in ökonomischen Dingen.

Weichenstellungen praktischer Politik

Wichtig ist, dass Sozialismus als moralisch-geistig-politische Schubkraft der praktischen Politik der politischen Linken erfasst wird. Die Auseinandersetzung zwischen bürgerlicher und sozialistischer Politik ist der Kern jeglicher Politik; pragmatische und opportunistische Tagespolitik schafft diesen grundlegenden Konflikt nicht aus der Welt. Wir betrachten zunächst beispielhafte Weichenstellungen, um danach die Tragweite der Entscheidungen hervorzuheben.

1. Wirtschaftspolitik

Die Weichenstellung lautet hier: Entweder Ordnungs- bzw. Rahmenpolitik oder aber staatliche gelenkte «Marktwirtschaft»?

Für die bürgerliche Politik besteht die einzige Aufgabe staatlicher Wirtschaftspolitik darin, für die Wirtschaft eine Rahmenordnung zu schaffen, welche bestmögliche Voraussetzungen für Unternehmungen bietet, damit sich diese optimal entfalten können. Wirtschaftspolitik ist nichts anderes als die ständige Verbesserung der Rahmenordnung (Regelungen, Abgaben, Infrastruktursysteme, Verfahrensordnungen, wirtschaftsrelevante Politiken); Wirtschaftspolitik ist ein dauerhafter Optimierungsprozess.

Der Sozialismus seinerseits hat ein ganz anderes Verständnis, was die Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft angeht. Er vertritt das Primat (den Vorrang) der Politik über die gesamte Wirtschaft. Er verfolgt eine Politik der Wirtschaftslenkung, des Interventionismus und des Dirigismus. Das folgende Zitat illustriert die wirtschaftspolitische Grundhaltung des Sozialismus: «Wenn ein Staat die klassische, alles umgreifende Rolle spielen soll, muss er in der Lage sein, bestimmte wirtschaftliche Aktivitäten (jene, die in der Gesellschaft als die wichtigsten gelten) zu steuern, zu beeinflussen oder zu kontrollieren. Anders formuliert: Er muss fähig sein, nicht nur den ökonomischen Bereich in seiner Gesamtheit zu stützen, zu fördern und zu regulieren, sondern auch einzelne Produktions- und Handelssegmente einer politisch gewünschten und möglichen Kontrolle zu unterwerfen» (P.G. Cerny in: Politik der Globalisierung, Hrsg. U. Beck, Frankfurt a. Main, 1998).

Kurzum: Nach sozialistischer Auffassung haben die Behörden und die Bürokratie des Staates die Wirtschaft politisch zu gestalten, zu lenken und zu steuern. Sie haben sich nicht auf die Bereitstellung einer funktionstüchtigen Rahmenordnung zu beschränken.

2. Sozialpolitik

Die Weichenstellung lautet: Entweder Konsolidierung bzw. Reform des Sozialstaates oder aber Weiter- und Fortentwicklung des Sozialstaates zum umfassenden Wohlfahrts- bzw. Versorgungsstaat.

Sozialpolitik ist weit mehr als Sozialschutz. Sozialpolitik ist das hauptsächliche Vehikel der Umverteilungspolitik. Sie ist das wichtigste Instrument zur Umsetzung sozialistischer Ideale. Düstere mittelfristige Finanzperspektiven bezüglich der Entwicklung der Sozialwerke stören sozialistische Sozialpolitik nicht. Die Grenzen der Umverteilung sind noch lange nicht erreicht; daraus folgt, dass der Sozialstaat weiterhin beliebig ausgebaut werden kann.

3. Gesamtpolitik des Staates

Der Ausdruck «Gesamtpolitik» bezieht sich auf die Frage, ob Staatstätigkeiten insgesamt reduziert, stabilisiert oder aber erweitert werden sollen. Die Weichenstellung lautet hier: Entweder Beschränkung der öffentlichen Hand auf Kernaufgaben des Staates oder aber Expansion des Hochleistungsstaates. Sozialistische Politik tendiert dazu, öffentliche Aufgaben zu mehren, Staatsausgaben zu vergrößern sowie Abgaben (Steuern) zu erhöhen. Demgegenüber zielt die AAA-Politik der Bürgerlichen darauf, Aufgaben der öffentlichen Hand zu redimensionieren, Ausgaben zu reduzieren sowie Abgaben (Steuern) herabzusetzen (vgl. oben S.75ff, 81/82).

Welches ist die **Tragweite** der bezeichneten Weichenstellungen? Folgende Stichworte beantworten die Frage: Stärkung oder Zerstörung der freiheitlichen Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftsordnung; Stärkung oder Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Standortes; Staatswesen, welches funktions-tüchtig, regierbar und finanzierbar ist oder Staatswesen, in welchem die Bürokratie herrscht und in welchem die Menschen für den Staat da sind. Die Perspektive sozialistischer Politik ist die Knechtschaft in Gestalt der Wohlfahrtsdiktatur.

Stützen und Verbündete des Sozialismus

Worauf beruht die beträchtliche Machtposition des Sozialismus? Es sind Hauptträger, freiwillig und unfreiwillig Verbündete auseinanderzuhalten.

1. Politische Linke (i.e.S.): Die Macht des Sozialismus beruht zur Hauptsache auf der Stärke der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Beide haben in vielen Staaten erheblichen Einfluss auf die Regierungspolitik.

2. Politische Linke (i.w.S.): Als Verbündete wirken jene Parteien, welche sozialistische Politik mittragen, weiter das immense Lager jener Intellektuellen, Schriftsteller und Künstler, welche das Bürgertum und die Wirtschaft für alles Negative verantwortlich machen, sowie schliesslich solche Medien, die linke Optik verbreiten.

3. Nicht zu übersehen ist, dass der Sozialismus auch mächtige Verbündete ausserhalb des linken Spektrums hat.
Die Verwaltungskader gehören in der Regel nur teilweise der SP an; aber die Eigeninteressen der Bürokratie können sich mit Belangen der SP-Politik durchaus decken (Mehrgang des Staatseinflusses).
Alles, was den Sozialneid schürt, stärkt die politische Linke: Protz der Neureichen, Arroganz der Privilegierten gegenüber Benachteiligten, absurde Kommunikation des Reichtums (die periodische Publikation der reichsten Leute in Magazinen!).
Jene Manager, welche Wirtschaft auf Kennzahlen reduzieren, welche den Zweck der Wirtschaft mit dem Sinn des Lebens verwechseln, welche kurzfristige Shareholder-Politik praktizieren, treiben die Leute in Scharen in das Lager der politischen Linken.

Ausblick

Im Wettbewerb zwischen «Freiheit oder Sozialismus?» ist die Haltung des Mittelstandes entscheidend. Wenn bürgerliche Mittelstandspolitik versagt (mangels Leaders mit staatsmännischem Format, mangels Strategien, mangels Kooperation der Kräfte, mangels konsequenter Umsetzung radikaler Reformen), droht der Mittelstand auf die sozialistische Seite zu kippen. Man muss diese Bedrohung sehr ernst nehmen. Bürgerliche Politik muss erkennen, dass jene Politik richtig ist, welche dem Mittelstand dient. Dem Mittelstand muss klar sein, dass sozialistische Politik auf direktem Weg zur unfreien Gesellschaft, zum Verlust der Wettbewerbsfähigkeit sowie zu Wohlstandseinbussen führt.

Wir fassen die Ausführungen zusammen: «Dem Kapitalismus wohnt ein Laster inne: Die ungleichmässige Verteilung der Güter; dem Sozialismus dagegen wohnt eine Tugend inne: Die gleichmässige Verteilung des Elends!» (Winston Churchill). (17)

Sozialstaat Schweiz: Konsolidierung oder Ausbau?

Einleitung

Mit seiner Forderung nach einem Moratorium in der Politik der Sozialen Sicherheit (Sozialversicherungssystem) erregte der Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen Mitte der 90er-Jahre einiges Aufsehen. Der Verband war gezwungen, via Monopolmedien ein Medienspektakel zu inszenieren, um seine Botschaft («Moratorium») in der politischen Landschaft transportieren zu können. Der perfekte TV-Auftritt des Verbandsdirektors schuf das «Ereignis» (Phase 1), über welches danach die Printmedien zu berichten hatten (Phase 2), was die Exponenten der Bundesratsparteien zu Stellungnahmen nötigte (Phase 3) und bewirkte, dass das bezeichnete Moratorium für einige Zeit zum Thema politischer Gremien und Zirkel wurde und vielleicht bleibt (Phase 4). Es ist nötig,

- I die Öffentlichkeit zu sensibilisieren,
- I die bürgerlichen Parteien der Schweiz auf Kurs zu bringen,
- I die Behörden von der Notwendigkeit einer marktkonformen Sozialpolitik zu überzeugen.

Wie lautet die Botschaft?

Die Begriffe «Moratorium» oder «Marschhalt» bezeichnen eine Grundhaltung zum Sozialstaat, stehen für eine Botschaft zur Sozialpolitik. Welches ist der Inhalt dieser Botschaft?

1. Die **Schweiz braucht ein System sozialer Sicherheit**,
 - I dessen Sozialleistungen sozialpolitisch nötig sind,
 - I welches volkswirtschaftlich tragbar ist und bleibt,
 - I welches die Selbsthilfe und Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger stärkt.
2. Die laufenden oder geplanten Revisionen der Zweige der Sozialversicherung können nicht finanziert werden. Der Finanzbedarf wird auf 8 bis 10 Lohnprozent geschätzt. Es müssen daher sämtliche Revisionsprojekte überprüft und insgesamt weit stärker als bisher auf die reale Entwicklung der Wirtschaft (niedrige Wachstumsraten) ausgerichtet werden.

3. «Die Soziallast bremst das Wachstum, ein unzureichendes Wachstum beeinträchtigt die Beschäftigung, und dies erhöht die Soziallast» (Helmut Schlesinger). Wenn wir uns diesem Teufelskreis nicht aussetzen wollen, müssen wir die Sozialleistungen auf das aus der Sicht der Wirtschaft finanzierbare Mass beschränken.
4. Der Sozialstaat Schweiz darf nicht zum Wohlfahrtsstaat oder gar Versorgungsstaat weiterentwickelt werden, wie es die politische Linke anstrebt. Einschlägige Experimente sind im Ausland gescheitert; etliche Staaten haben Sozialleistungen abbauen müssen.
5. Das System der Sozialen Sicherheit bedarf einer gesamthaften Überprüfung. Die Sozialpolitik ist dringend auf eine Gesamtkonzeption angewiesen, welche sich auf die Grundlagen Sozialer Marktwirtschaft (u.a. Ludwig Erhard) zurückbesinnt und stützt.

Fazit: Ein Marschhalt in der Sozialpolitik ist dringend notwendig, aber keinesfalls ausreichend. Nötig sind eine Reform des Sozialversicherungssystems (u.a. mehr Effektivität und Effizienz) sowie eine Neuorientierung der Sozialpolitik.

Wie es dazu kam

Wir reden vom System sozialer Sicherung, vom Sozialversicherungssystem, vom Sozialnetz usw. Diese Ausdrücke können zur falschen Annahme verleiten, es sei das Netzwerk sozialer Sicherung nach einem Gesamtplan systematisch entwickelt worden. Die Fakten widersprechen dieser Annahme:

- I Die einzelnen Zweige der Sozialversicherung sind zu verschiedenen Zeiten, unabhängig voneinander, je als separate Einrichtungen konzipiert und verwirklicht worden.
- I Die Revisionen der Sozialwerke, die abgeschlossen sind, wurden stets als separate Vorlagen «durchgezogen».
- I Es gilt das Gleiche auch für die pendenten Reformen: Die laufenden Revisionen der AHV, Kranken- und Arbeitslosenversicherung sind Gegenstand separater Dossiers, welche getrennt behandelt und beschlossen werden.

Die **bisherige Sozialpolitik** war immer zeitweise AHV-Politik, KV-Politik, ALV-Politik usw.; es gab und gibt **keine Gesamtpolitik** im Sozialbereich. Diese Gesamtpolitik ist jedoch nötig, um die heutigen und künftigen Probleme des Sozialstaates Schweiz lösen zu können. Es besteht ein Defizit an Zielen, Prioritäten, Grundsätzen, Massnahmenpaketen, Finanzierungsregelungen usw., einer ganzheitlichen Sozialpolitik, welche als wesentlicher Bestandteil des Gesamtkonzeptes der Sozialen Marktwirtschaft taugt.

Weichenstellung

Es ist eigenartig, dass **Budgets und Rechnungen des Bundes und der Kantone** wegen den Staatsdefiziten immer wieder Anlass zu heftigen Diskussionen in der Öffentlichkeit geben und deshalb (als «Ereignisse») die Beachtung der Medien finden, während die **Sozialversicherungsausgaben der Schweiz** keine Wellen in der Öffentlichkeit werfen. Die Schweiz wendet 30 Prozent des Bruttoinlandproduktes für die Sozialwerke auf (1994: rund 100 Mrd. Franken), obwohl unser Land zu den reichsten Ländern der Welt gehört! Diese Tatsache muss zum Denken und Handeln veranlassen, obwohl die Öffentlichkeit sie nicht zur Kenntnis nimmt. Die Medien pflegen die Themen zur Politik zu bestimmen. Wenn die Medien aus einer Fehlentwicklung des Sozialstaates kein «Ereignis» machen, brauchen sich Politiker nicht damit zu befassen. So funktioniert die Schweiz.

Unser Land hat im Gebiet der Sozialpolitik **drei hauptsächliche Optionen:**

1. Pragmatische Weiterentwicklung der verschiedenen Zweige der Sozialversicherung ohne jegliche Gesamtschau und Gesamtpolitik im Sozialbereich,
2. Marsch in Etappen in Richtung Wohlfahrtsstaat mit dem Ziel Versorgungsstaat; damit wird das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft verlassen und durch eine kollektivistische Ordnung ersetzt, die mit Marktwirtschaft nicht vereinbar ist,
3. Entwicklung einer ganzheitlichen Sozialpolitik, welche optimal auf das Ordnungssystem «Marktwirtschaft» abgestimmt ist. Es brauchen hier keine neuen Schaufeln erfunden zu werden. Die vorliegenden «Grundtexte» zur Sozialen Marktwirtschaft bieten den Stoff zur Neuausrichtung des Sozialsystems und seiner Teile.

Die Dimension des Sozialbudgets unseres Landes (Sozialversicherungsausgaben) unterstreicht, dass die Frage nach der möglichen Marschrichtung des Sozialstaates Schweiz für unser Staatswesen, für unsere Gesellschaft und Wirtschaft von grundlegender Bedeutung ist.

Grenzen des Sozialstaates

Wir brauchen eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, welche das Teilsystem «Marktwirtschaft» mit dem Teilsystem «Soziale Sicherung/Sozialausgleich» verknüpft. Wichtig ist «die verschüttete Einsicht» (Gerhard Schwarz), dass bereits das Teilsystem «Marktwirtschaft» eine soziale Dimension hat. Die überragende Effizienz der Marktwirtschaft bietet die Chance, dass die Menschen den Lebensunterhalt für sich und ihre Angehörigen bestreiten können. Die gedeihliche Entwicklung der

Marktwirtschaft hat es breiten Kreisen der Bevölkerung gestattet, ihre Einkünfte in der Nachkriegszeit real zu verdoppeln und zu Wohlstand zu kommen. Das Entstehen eines starken Mittelstandes ist massgebend auf die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft zurückzuführen.

Im Rahmen der Gesamtordnung «Sozialer Marktwirtschaft» darf das Teilsystem «Soziale Sicherung/Sozialausgleich» die Funktionstüchtigkeit des Teilsystems «Marktwirtschaft» nicht beeinträchtigen, weil die Leistungskraft der Volkswirtschaft die ökonomische Basis der sozialen Sicherung ist. «...gesetzliche Ansprüche und so genannte Sozialrechte taugen nichts, wenn das wirtschaftliche Fundament nicht trägt» (Hans Letsch).

Der Sozialstaat Schweiz hat sich weit vom ursprünglichen Grundkonzept Sozialer Marktwirtschaft entfernt. Die Sozialschutzfunktion der Sozialwerke ist in den Hintergrund getreten. Im Mittelpunkt steht die Umverteilungsfunktion des Sozialversicherungssystems. Dabei ist die Soziale Marktwirtschaft in einem sozialistischen Sinne uminterpretiert worden: Verteilungsgerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität sind wegleitend. Grundsätze der Leistungsgerechtigkeit, Eigenverantwortung und Selbsthilfe sowie Subsidiarität wurden vernachlässigt.

1. Das System sozialer Sicherung darf die Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft nicht beeinträchtigen. «Investitionsfähigkeit der Betriebe und Leistungsbereitschaft der Sozialpartner dürfen nicht durch ständig steigende Kostenbelastungen gefährdet werden», schreibt der Vorort (heute economiesuisse) im Leitbild «Für eine wettbewerbsfähige Schweiz von morgen». Der damalige Vorort hat einen Umbau des Sozialsystems unter dem Motto «vom Giesskannenprinzip zur gezielten Unterstützung» gefordert. Begründung: «Das in der Schweiz dominierende (Giesskannenprinzip), das nicht nur den Bedürftigen, sondern allen Unterstützung gewährt, führt zu einer ständig wachsenden finanziellen Belastung, was die Leistungsfähigkeit der schweizerischen Volkswirtschaft schwächt» (Peter Moser). Das Zitat formuliert die volkswirtschaftliche Grenze des Sozialstaates Schweiz.
2. Das System sozialer Sicherung muss mittel- und langfristig so angelegt werden, dass der Generationenvertrag (die jeweilige Aktivgeneration finanziert die Renten der Betagten) trotz der massiven Überalterung der Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten durchgehalten werden kann. Die demographische Entwicklung zwingt dazu, die Standards der Sozialleistungen, soweit sich diese als nötig erweisen, zu bewahren und vorsorglicherweise nicht zu steigern. Eine Gefährdung des Generationenvertrages dürfen wir nicht in Kauf nehmen. Die alarmierende Entwicklung der Sozialausgaben bis zum Jahr 2040 erfordert daher eine rechtzeitige und wirksame Kurskorrektur.

3. Wenig beachtet werden die gesellschaftlichen Folgen einer verfehlten Sozialpolitik. «Es ist für immer weniger Menschen interessant, für sich selbst zu sorgen und eine hohe Leistungs-, Investitions- und Risikobereitschaft zu zeigen. Sie ziehen es vor, weniger zu arbeiten, weniger zu sparen und weniger zu investieren und – wie andere – vermehrt vom Staat zu leben» (Walter Wittmann). Die Vollkasko mentalität überfordert den Sozialstaat und untergräbt die Marktwirtschaft. Sie fördert die Anspruchsinflation gegenüber dem Staat, welche durch die Eigeninteressen der Sozialversicherungsbürokratie verstärkt wird.

Fazit: Wenn die Umverteilungspolitik so weit getrieben wird, dass «die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und der Wille zur Selbsthilfe geschwächt werden» (Hans Letsch), werden die Grenzen des Sozialstaates überschritten. «Die Folgen fehlender Leistungskraft (der Volkswirtschaft) können nicht durch ein Mehr an Umverteilung wettgemacht werden. Wer es dennoch versucht, wird auf Dauer in der Wachstums- und Beschäftigungskatastrophe enden» (Hans Tietmeyer).

Zurück zum Moratorium des Zentralverbandes.

Funktion des Marschhaltes der Sozialpolitik

Was hat den Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen bewogen, in den 90er-Jahren ein Moratorium der Sozialpolitik zu postulieren.

- I «Angesichts der heutigen ökonomischen Bedeutung und der künftigen ökonomischen Probleme der Sozialpolitik kann ein weiterer Ausbau der Sozialversicherung in den bisherigen Bahnen ohne eine gründliche Abklärung der längerfristigen volkswirtschaftlichen Aspekte nicht verantwortet werden» (Gutachten der Drei Weisen 1977).

Die Bundesbehörden haben 1977(!) aus der Einsicht verwaltungsunabhängiger Experten keine Konsequenzen gezogen. Sie wussten es besser. Der zeitliche Horizont der Bundespolitik scheint eher bei 4 als bei 40 Jahren zu liegen. Der Wert ist für die Sozialpolitik zu niedrig. Sozialversicherungspolitik muss als Langzeitpolitik betrieben werden.

- I «Wir fordern einen Marschhalt beim Weiterausbau unserer Sozialen Sicherheit, bis Klarheit besteht, wie das Problem der demographisch bedingten Finanzierungslücken gelöst werden soll und welche weiteren Belastungen von unserer Wirtschaft ohne Beeinträchtigung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit verkraftet werden können» (Guido Richterich, Präsident Zentralverband; SAZ Nr. 2 vom 13. Januar 1994, S. 32).

Mit anderen Worten: Der Marschhalt bezweckt eine Gesamtschau der sozialpolitischen Probleme und Forderungen, welche «die sozial-, wirtschafts- und finanzpolitischen Notwendigkeiten sowie staatspolitischen Anliegen zu berücksichtigen hat» (Hans Letsch).

Dabei steht für die Wirtschaft die Frage im Vordergrund, «wie viel Sozialpolitik sich eine Marktwirtschaft leisten kann, um funktionstüchtig und wettbewerbsfähig zu bleiben» (J.M.v.d. Schulenburg).

Ausblick

Zu verwirklichen ist eine Sozialpolitik, welche mit dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft (im Sinne der Ordnungspolitik) im Einklang steht; davon ist unsere heutige Ordnung weit entfernt.

Diese These macht deutlich, dass neue Ziele und Massnahmen sowie – für beide – Prioritäten zu definieren sind.

Dazu ist ein **Strategiepapier für eine marktkonforme Sozialpolitik** erforderlich. Ohne ein derartiges Dokument läuft nichts oder alles in die falsche Richtung.

Die Spitzenorganisationen der Wirtschaft werden dieses Strategiepapier selbst erarbeiten oder in Auftrag geben müssen. Dieses Papier muss oberste Richtpunkte für die Ausgestaltung der Sozialordnung insgesamt sowie Reformvorschläge für Teilbereiche enthalten müssen.

Anmerkung

Der 1994 diskutierte Marschhalt beim Ausbau des Sozialstaates hat nicht stattgefunden. Die Frage «Konsolidierung oder Ausbau der Sozialwerke?» hat an Aktualität nichts eingebüsst. Die Reform des Sozialstaates in Richtung eines volkswirtschaftlich tragbaren Systems sozialer Sicherung stellt das komplexeste und wichtigste Dossier der Innenpolitik dar.

(18)

Wie viel Sozialismus erträgt die Marktwirtschaft?

Kürzlich haben einige Top-Manager und Wissenschaftler eine wirtschaftspolitische Agenda mit dem Titel «Mut zum Aufbruch» publiziert und vorgestellt. Die 79 Seiten starke Broschüre hat einen gewaltigen Medienwirbel verursacht; der Wirbel ist derart gross gewesen, dass sich sogar bürgerliche Politiker schleunigst öffentlich vom sog. Weissbuch distanzieren haben. Was ist geschehen? Die Herausgeber haben es gewagt, auf 4 Seiten die zeitgenössische Sozialpolitik zu kritisieren – sie haben sie u.a. als kontraproduktive Umverteilungspolitik bezeichnet sowie eine tief greifende Reform des Sozialstaates, insbesondere der Altersvorsorge, vorgeschlagen. Die heftige Reaktion in den Medien, insbesondere durch das TV DRS massiv geschürt, zeigt, wie delikate die Diskussion über Grundfragen der sozialen Sicherung ist. Tatsächlich betreffen diese Fragen **zwei fundamentale** Pfeiler unserer Sozialordnung:

- I einerseits die **Wirtschaft**, welche die soziale Sicherheit letztlich finanziert,
- I andererseits die **soziale Sicherung**, die für jene Personen existenznotwendig ist, welche nicht aus eigener Kraft für sich sorgen können.

Trotzdem ist der Medienwirbel für Politiker, welche sich ohne Scheuklappen mit Sozialpolitik befassen, unverständlich:

- I Die Grenzen des Sozialstaates werden seit langem diskutiert.
- I Praktisch alle Industriestaaten sind dabei, ihre Sozialnetze zu reformieren.
- I Die Vorschläge des Weissbuches sind überhaupt nicht neu; Walter Wittmann und Norbert Walter (der Chefökonom der Deutschen Bank) haben entsprechende Vorschläge schon vor einiger Zeit publiziert.

Wir haben es – mit anderen Worten – mit einem beträchtlichen Kompetenz- und/oder Informationsdefizit bei Monopolmedien, mit einem gerissenen Schachzug der SPS und mit einer Überreaktion seitens bürgerlicher Exponenten zu tun.

Es geht darum, die Problematik des Sozialstaates Schweiz darzulegen. Zunächst nehme ich zum Stand und zur Entwicklung des Sozialstaates Stellung. Danach skizziere ich vielfältige Schranken des Sozialstaates. Schliesslich markiere ich die Weichenstellung, mit welcher unsere Sozialpolitik konfrontiert ist.

1. Stand und Entwicklung des Sozialstaates

Was heisst **Sozialstaat**? Wir verstehen darunter den **Sozialversicherungsstaat** oder das **System der sozialen Sicherheit**, welches aus den Zweigen der Sozialversiche-

rung besteht. Die Sozialversicherungen sind dazu da, die gesamte Bevölkerung oder Teile der Bevölkerung vor den wirtschaftlichen Folgen sozialer Risiken zu schützen; als soziale Risiken gelten Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Unfall, Tod usw.

Ich verzichte darauf, das System der Sozialversicherungen zu skizzieren sowie darauf, die historische Entwicklung der sozialen Sicherung darzulegen.

Für uns sind folgende Punkte wichtig:

- I Das Netzwerk sozialer Sicherung ist zu keinem Zeitpunkt nach einem Gesamtplan entwickelt worden. Die einzelnen Zweige der Sozialversicherung sind zu verschiedenen Zeiten, unabhängig voneinander, je als separate Einrichtung konzipiert und verwirklicht worden. Es ist bisher stets sektorale Sozialpolitik, jedoch keine Gesamtpolitik sozialer Sicherung betrieben worden.
- I Wir haben in der Schweiz ein tragfähiges Netz sozialer Sicherung geknüpft, dessen Leistungen im internationalen Vergleich beachtlich sind.
- I Wie andere westliche Industriestaaten auch, hat die Schweiz die soziale Sicherheit in den Wachstumsjahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg stark ausgebaut.

Bevor ich auf die Grenzen des Sozialstaates zu sprechen komme, müssen wir uns die **Grössenordnung des Sozialbudgets Schweiz** vergegenwärtigen.

Der Haushalt des Kantons Aargau hat ein Volumen von rund 3 Mrd. Franken. Der Finanzhaushalt des Bundes hat ein Volumen von rund 40 Mrd. Franken. Die Sozialversicherungsausgaben haben 1989 74,5 Mrd. Franken betragen und werden für 1994 mit 100 Mrd. Franken in Rechnung gestellt. Was heisst dies? Obwohl der Bundeshaushalt wegen den untragbar hohen Bundesdefiziten gegenwärtig im Mittelpunkt des Interesses und der Aufmerksamkeit steht, nimmt die Öffentlichkeit kaum Notiz davon,

- I dass die Gesamtausgaben der Sozialversicherungen weit mehr als das Doppelte der Bundesausgaben ausmachen,
- I dass der einschlägige Sozialaufwand fast einem Drittel der im Inland produzierten Wertschöpfung eines Jahres (Bruttoinlandprodukt, BIP) entspricht,
- I dass nahezu jeder dritte Franken, der in der Schweiz verdient wird, für die soziale Sicherheit ausgegeben wird.

Es genügt aber nicht, die Grössenordnung des Sozialaufwandes zu kennen; man muss sich ebenfalls die **Dynamik des Sozialstaates** vor Augen halten:

- I Im Jahre 1989 haben die Sozialversicherungen mit 75 Mrd. Franken 25,7 % des BIP beansprucht, 1994 mit 100 Mrd. Franken bereits 28,3 % des BIP.
- I Im Jahre 1970 hat der Bund 17,9% seiner Gesamtausgaben in die Soziale Wohlfahrt gesteckt; im Jahre 1996 werden 12 Mrd. Franken oder 27,3 % der Bundesausgaben dafür aufgewendet.

Sowohl die Grössenordnung als auch die Dynamik des Sozialbudgets Schweiz geben zu grösster Besorgnis Anlass: Wir haben die Grenzen des Sozialstaates teils erreicht, teils überschritten.

2. Grenzen des Sozialstaates

Welches sind die Grenzen des Sozialstaates? Wir unterscheiden demographische, volkswirtschaftliche, sozialpolitische, gesellschaftspolitische und haushaltspolitische Grenzen sowie Grenzen der Demokratie.

Demographische Entwicklung

Eine Schlüsselrolle spielt die sog. Rentnerquote; sie bezeichnet das Verhältnis zwischen der aktiven Bevölkerung, welche die Beiträge an die Sozialversicherung aufzubringen hat, und den Rentnern, welche Sozialleistungen beziehen. Die demographische Entwicklung markiert eine Grenze des Sozialstaates, weil die massive Überalterung unserer Bevölkerung die Rentnerquote in den kommenden Jahrzehnten drastisch verschlechtert: Die Quote hat bei der Einführung der AHV im Jahre 1948 9,5:1 betragen, beträgt heute 3:1 und wird im Jahre 2040 unter 2:1 sinken. Wenn man das Niveau der Sozialleistungen halten will, müssen die Beiträge an die Sozialversicherung wegen der verschlechterten Rentnerquote markant erhöht werden, im Falle der AHV um 50 % bis 2040. Daraus ergeben sich komplexe Fragen. Der amerikanische Ökonom und Nobelpreisträger Becker etwa vertritt die These, dass das Umlageverfahren der Altersvorsorge durch das Kapitaldeckungsverfahren abgelöst werden muss, um die Probleme der Bevölkerungsentwicklung meistern zu können.

Volkswirtschaftliche Grenzen

Die volkswirtschaftlichen Grenzen des Sozialstaates sind vielfältig:

- I Zusätzliche Lohnprozente zur Finanzierung der sozialen Sicherung erhöhen die Arbeitskosten und verteuern die Produkte und Dienstleistungen. Dies bewirkt tendenziell eine Verminderung der Wettbewerbsfähigkeit und hat negative Auswirkungen auf die Beschäftigung.
- I Ein starker Anstieg der Sozialausgaben behindert das Wirtschaftswachstum, was die Finanzierung des Sozialstaates beeinträchtigt.
- I Zusätzliche Steuern und Beitragserhöhungen reduzieren die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, was die entsprechende Binnennachfrage herabsetzt.

Diese Kausalketten führen zur Frage: Wie viel Sozialstaat erträgt eine Marktwirtschaft, welche leistungs- und wettbewerbsfähig bleiben soll?

Sozialpolitische Grenzen

Die zeitgenössische Sozialpolitik hat dazu geführt, dass der Kreis der Bezüger von Sozialleistungen immer grosszügiger definiert worden ist und vor allem dass diese Leistungen weitgehend ungeachtet des Einkommens und Vermögens sowie unabhängig von individueller Bedürftigkeit erbracht werden. Das vorherrschende Giesskannenprinzip hat eine gigantische Umverteilung zur Folge, welche in keinem vernünftigen Verhältnis mehr zum sozialen Nutzen steht, welchen die soziale Sicherung den Schwächsten bringt. Trotz enormem Wohlstand und trotz hoch entwickeltem Sozialstaat werden wir mit dem Phänomen der sog. Neuen Armut konfrontiert.

Drastisch ausgedrückt lautet der Befund:

- I Der heutige **Umverteilungsstaat** ist ineffizient, teilweise kontraproduktiv (das AVIG produziert Arbeitslosigkeit) sowie unsozial.
- I Das **Umverteilungsvolumen** muss reduziert werden und der reduzierte Sozialaufwand muss denen zugute kommen, die tatsächlich darauf angewiesen sind.

Die **Parole** lautet: Unterstützung wirklich Bedürftiger an Stelle von Giesskannenleistungen, die nicht mehr finanzierbar sind.

Gesellschaftspolitische Grenzen

Wenig beachtet wird, dass der moderne Sozialstaat die Mentalität der Bürgerinnen und Bürger, ihre Lebenseinstellung, ihre Haltung zum Staat tief greifend und nachhaltig verändert. Das Füllhorn der Sozialleistungen hat die Leistungs- und Risikobereitschaft, aber auch die Eigenverantwortung und Eigeninitiative bezüglich Lebensgestaltung in weiten Kreisen herabgesetzt. **Kurzum:** Der Wohlfahrtsstaat entmündigt die Menschen, macht sie von Staatsleistungen abhängig und fördert die Anspruchsinflation gegenüber dem Sozialstaat.

Haushaltspolitische Grenzen

Der Bund steckt in einer gravierenden Finanzmisere, welche sich in jährlichen Defiziten des Bundeshaushaltes manifestiert, in Defiziten, welche ein untragbares Ausmass angenommen haben. Der Ausgabenposten «Soziale Wohlfahrt» ist mit 12 Mrd. Franken und 27,3% der Gesamtausgaben des Bundes die mit weitem Abstand grösste Ausgabenposition. Daraus folgt,

- I dass die Sanierung der Bundesfinanzen Einschnitte in das Sozialnetz erfordert,
- I dass die Haushaltlage des Bundes keinen zusätzlichen Aufwand für die Soziale Wohlfahrt gestattet.

Grenzen der Demokratie

Wir stellen fest, dass praktisch alle westlichen Industriestaaten gezwungen sind, Sozialreformen durchzuführen. Im Ausland ist dies gestützt auf Parlamentsbeschlüsse möglich. In der Referendumsdemokratie Schweiz ist dazu die Zustimmung des Volkes erforderlich. Wird die Mehrheit des Volkes einem teilweisen Abbau, einem teilweisen Umbau des Sozialstaates je zustimmen? Diese bange Frage markiert die demokratische Grenze der Sozialpolitik. Welches wird der Handlungsspielraum der Sozialpolitik sein, wenn die Rentnergeneration die aktive Bevölkerung bezüglich Stimmkraft dominiert? Es scheint, dass der Weg der Sozialstaatsentwicklung hierzulande eine Einbahnstrasse ist. Wenn dies zutrifft, sind grösste Vorsicht und Zurückhaltung angezeigt.

3. Weichenstellungen der Sozialpolitik

Die Globalisierung der Märkte, die stark zunehmende Standortkonkurrenz und der immense Strukturwandel haben das Umfeld unserer Wirtschaft und diese selbst tiefgreifend verändert. Diese Prozesse zwingen die Schweiz zu einer radikalen Erneuerung der Marktwirtschaft. Es wäre eine Illusion anzunehmen, dass diese Erneuerung ausgerechnet den Sozialstaat ausklammern könnte.

Welches ist die Lage? Welches sind die Optionen?

- a) Die **politische Linke** erachtet den erreichten Stand sozialer Sicherung als unzureichend. Sie fordert den Ausbau des Sozialstaates. Die einschlägige Pendenzenliste ist lang; Beispiele: Ratifikation der europäischen Sozialcharta, Kinderzulagengesetzgebung des Bundes, Einsatz der Ergänzungsleistungen zur Bekämpfung der Neuen Armut, verfassungsmässiges Recht auf Existenzsicherung, Ausbau der Zweige der Sozialversicherung, die praktisch alle permanent revidiert werden.
- b) Das **bürgerliche Lager** strebt die langfristige Konsolidierung der Sozialwerke an, was angesichts der Überalterung bereits Mehrkosten verursacht, welche irgendwie – nur nicht mit zusätzlichen Lohnprozenten! – zu finanzieren sind. Es wird ebenfalls angestrebt, das Sozialsystem effizienter zu gestalten. Schliesslich gibt es Koordinationsprobleme, die zu lösen sind.

Was meint die Wirtschaft dazu? Der für Sozialpolitik zuständige Spitzenverband, der Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen, hat ein Moratorium der Sozialpolitik verlangt. Er versteht darunter eine Denkpause, welche dazu benutzt werden soll, die langfristigen volkswirtschaftlichen Probleme der sozialen Sicherung insgesamt gründlich zu klären, um weitere Schritte der Sozialpolitik auf

tragfähige Entscheidungsunterlagen abstützen zu können. Der **Bundesrat** hat den Vorschlag eines Moratoriums verworfen, weil die Sozialbürokratie die bisherige sektorale Sozialpolitik ohne jegliche Gesamtschau und Gesamtbeurteilung fortsetzen will (vgl. oben S. 95 ff., 100).

Zusammenfassung

Wir haben gesehen, dass der Sozialstaat Schweiz seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges etappenweise auf den heutigen hohen Stand gebracht worden ist. Wir haben uns sowohl die Grössenordnung des Sozialbudgets Schweiz als auch die Dynamik der Sozialstaatsentwicklung vergegenwärtigt. Ausserdem haben wir **fünf Grenzen** des Sozialstaates betrachtet. Schliesslich haben wir uns die Alternative vor Augen geführt, wonach die Sozialwerke entweder langfristig konsolidiert oder aber weiter ausgebaut werden können. Diese Optionen gehören zu jenen Weichenstellungen, welche für die Bewahrung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Standortes Schweiz entscheidend sein werden. (19)

DIE CHRISTLICHE SOZIALLEHRE NIMMT STELLUNG. ABTPRIMAS NOTKER WOLF SPRICHT KLARTEXT

«Wir überfordern unsere Politiker. Wir zwingen sie dazu, das Unmögliche zu versuchen, und genau das tun sie dann. Sie schaffen ein Gesetzeswerk, das derart umfangreich, vertrackt und undurchschaubar ist, dass es sich kaum noch reformieren und einer veränderten Welt anpassen lässt. Sie ziehen immer mehr Kompetenzen an sich, weil Gleichheit nur durch Zwang aufrechtzuerhalten ist, und allein eine mächtige Zentrale, die alles erfasst und alles reguliert, diese Art von Gleichheit gewährleisten kann. Sie legen denen, die ökonomisch denken können, die unternehmerisch erfolgreich sind, Steine in den Weg und zerstören damit die Triebfedern der Wirtschaft.» (S.180)

«Hinter uns liegen Jahrzehnte, in denen der deutsche Staat seine Bürger zu ihrem eigenen Besten betreut und bevormundet und bemuttert und gegängelt hat. ... Neue Steuern, neue Subventionen, neue Abgaben, neue Zuschüsse, neue Patentlösungen für Übelstände, die das Ergebnis alter Patentlösungen sind, und zu jeder Regel so viele Ausnahmen, dass die Ausnahme zur Regel wird. Schlechtergestellte müssen besser gestellt werden, Bessergestellte müssen schlechter gestellt werden, Ungleichgestellte müssen gleich gestellt werden, als wäre der ganze Staatsapparat ein gigantisches Stellwerk, das eine Weiche nach der anderen auf Gleichheit stellen muss, damit alle Züge in Richtung Gerechtigkeit fahren. Was in der Hauptsache dabei herauskommt, sind Paragraphen. (S.179)

Quelle: Abtprimas Notker Wolf, Worauf warten wir? Ketzerische Gedanken zu Deutschland, 7. A., Reinbek bei Hamburg 2006 (rororo)

SCHWERPUNKTE DER WIRTSCHAFTSKRITIK

I MARKTWIRTSCHAFT UND ÖFFENTLICHE MORAL I KIRCHE UND WIRTSCHAFT

Die Unternehmen sind überall und immer sowohl mit Recht als auch mit öffentlicher Moral konfrontiert.

Es genügt nicht, rechtliche Verpflichtungen zu erfüllen. Unternehmenspolitik und Betriebsführung im Rahmen des Rechts sind keineswegs Privatsache. Öffentliche Moral lässt sich auch im Bereich der Wirtschaft nicht aus der Welt schaffen.

Vor diesem Hintergrund interessieren Fragen der Wirtschafts-, Unternehmens- und Führungsethik.

Wenn Firmenkader, insbesondere solche bekannter Konzerne, massgebende Gebote öffentlicher Moral schwer und/oder wiederholt verletzen, sieht sich der Staat regelmässig gezwungen, Wirtschaftsfreiheit durch zusätzliche Regulierungen weitergehend einzuschränken.

Der Faktor «öffentliche Moral» hat für die Wirtschaftspolitik unter den Bedingungen der Demokratie grosse Tragweite.

Der Dialog zwischen Kirche und Wirtschaft (Unternehmen) ist für beide Seiten bedeutsam und wertvoll. Es gehört zur Wahrung kollektiver Interessen der Wirtschaft, sich ernsthafter begründeter Kritik zu stellen.

Es gilt, Positionen zu beziehen und diese öffentlich zu kommunizieren.

Was haben Wirtschaft und öffentliche Moral miteinander zu tun?

Welches sind Belange der Wirtschafts-, Unternehmens- und Führungsethik?

Welches sind die acht Orte der Moral in der realen Marktwirtschaft?

Welche Einrichtungen der Wirtschaftsordnung darf die Sozialethik als menschengerecht einstufen?

Wie lauten wichtige Vorwürfe zeitgenössischer Wirtschaftskritik?

Wie können und sollen Kirchgemeinden der Welt der Wirtschaft (Unternehmen) begegnen?

Marktwirtschaft und öffentliche Moral

Es gehört in keiner Weise zu den Aufgaben der AIHK, firmenindividuelle Unternehmenspolitiken und/oder das Wirken der Führungskräfte der Firmen zu beurteilen. Die Kammer hat ihre Mitgliedfirmen mit Dienstleistungen zu unterstützen, kollektive Interessen der Wirtschaft zu verfolgen und mit Kreisen ausserhalb der Wirtschaft zu kommunizieren, wenn Ökonomie zur Debatte steht. Es ist jedoch Wirtschaftsethik dann von Interesse, wenn sie Ordnungspolitik oder Rahmenpolitik (= Hausphilosophie der AIHK) ideal ergänzt (Hauptvertreter: Karl Homann). Es ist Unternehmensethik dann von Interesse, wenn sie Firmen intern und extern grossen Nutzen bringt (vgl. Praxisbeispiel) (S.113/114). Es ist Führungsethik dann von Interesse, wenn es darum geht, das ökonomisch Richtige und das moralisch Gebotene aufeinander abzustimmen.

Vorbemerkungen

Terminologie: «Moral» umfasst Normen (Regeln) und/oder Grundsätze (Maximen, Prinzipien), die befolgt werden oder zu beachten sind. Demgegenüber ist «Ethik» die Theorie der Moral, d.h. das wissenschaftliche Bemühen, moralische Gebote zu finden und zu begründen sowie Strategien für deren Umsetzung festzulegen. Zu unterscheiden sind Theorie (Ethik) einerseits und Praxis (Moral) andererseits.

Tatsache ist, dass keine erfolgreiche Unternehmung es sich leisten kann, Gebote der öffentlichen Moral ständig oder schwerwiegend zu verletzen. Mit andern Worten: «Soziale Verantwortung gehört zur unternehmerischen Kompetenz» (Fritz Blaser, Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes).

Tatsache ist weiter, dass die meisten Firmen Anforderungen der öffentlichen Moral weitestgehend oder völlig erfüllen (Regelfall). Es sind stets Einzelfälle («Auswüchse des entfesselten Kapitalismus»), welche Anlass zu heftiger öffentlicher Kritik (Medien, Politik, Wissenschaft) geben; Beispiel: «Die masslose Elite. Gehälter: Wie Deutschlands Vorstände sich selbst bedienen» (manager magazin vom August 2001, S. 46 ff.; www.manager-magazin.de). Es ist kein schlechtes Zeichen für die öffentliche Moral, dass ein Wirtschaftsmagazin angestellte Top-Manager – nicht pauschal, sondern persönlich und konkret – scharf rügt.

Tatsache ist schliesslich, dass Moral dem Wertewandel ausgesetzt ist; Gebote, Regeln, Grundsätze ändern sich. Ausserdem: Es gibt keine allgemein akzeptierte Ethik, sondern eine Fülle abweichender Ethiken.

Einleitung

Das Kernanliegen oder Grundprinzip jeglicher Moral ist die Solidarität aller Menschen. Wenn dieser Satz akzeptiert wird, lautet das **Hauptproblem** wie folgt: Wie kann unter den Bedingungen der modernen Wirtschaft und Gesellschaft (Marktwirtschaft mit Gewinnstreben und Wettbewerb) Solidarität praktiziert werden?

Beispiel: Die Solidarität verlangt, dass Unternehmungspolitik die berechtigten Anliegen aller Anspruchsgruppen (Kunden, Personal, Lieferanten, Kapitalgeber, Staat usw.) befriedigt (Stakeholder-Ansatz im Gegensatz zur eindimensionalen und kurzfristigen Shareholder-Politik).

These: «Moral kann nicht gegen die Wirtschaft, sondern nur in ihr und durch sie geltend gemacht werden» (Homann/ Blome-Drees). Im Gegensatz zu kleinen Gruppen (Familie etwa) lässt sich die arbeitsteilige Wirtschaft nur durch Regeln (Recht, Moral, Usancen) steuern. **Wirtschafts- und Unternehmensethik** muss daher auf «Moralisieren, Appellieren, Postulieren» verzichten: **Institutionenethik** (Regelwerke) statt **Individuethik** (Gebote). – Es ist nicht so, dass Wirtschaftsmoral die Unternehmungspolitik beeinträchtigt oder beschädigt; vielmehr ist es so, dass Wirtschaftsmoral mitentscheidend zum Unternehmenserfolg beiträgt.

Beispiel: Die US-Firma Wal-Mart steigerte ihren Umsatz von 1,3 Mrd. USD (1979/80) auf 191,3 Mrd. USD (2000/01). Donald Soderquist, Mitglied des Vorstandes, unterstrich am St. Galler Managementsymposium vom Mai 2001, dass der bezeichnete Erfolg von Wal-Mart vor allem auf Ethik/Moral zurückzuführen sei: «Der Glaube an Gott, die Bibel als Richtschnur und die Orientierung an ewig gültigen Werten wie Liebe, Wahrheit, Ehre, Glaubwürdigkeit und Integrität bringen ... treue Kunden, engagierte Mitarbeiter und nachhaltigen Erfolg» (NZZ Nr. 114/2001, S. 23).

Was haben Unternehmungen und/oder Führungskräfte der Wirtschaft in der pluralistischen Gesellschaft unter den Wettbewerbsbedingungen der Marktwirtschaft zu leisten?

In Theorie und Praxis besteht Einigkeit darüber, dass die Firmen und ihre Kader in erster Linie eine firmenindividuell optimale Unternehmungspolitik zu realisieren haben. Dabei konkurrieren abweichende Modelle oder Konzeptionen der Unternehmungspolitik. Streitig dagegen ist, welche Rollen Unternehmungen und Führungskräfte «jenseits von Angebot und Nachfrage» zu spielen haben. Hier konkurrieren **drei Hauptstandpunkte:**

I Milton Friedman: «Es ist für ein Unternehmen schon schwierig genug, eine anständige Leistung als Wirtschaftsunternehmen zu erbringen. Es wird seiner sozialen

Verantwortung nicht gerecht, wenn es sich mit anderen Dingen als der von seinen Kunden gewünschten Erzeugung von Gütern und Dienstleistungen und der Erarbeitung von Erträgen befasst, die zur Thesaurierung für die Risiken, Investitionen und das Wachstum von morgen notwendig sind». Und: «Der Unternehmer hat nicht nur das moralische Recht, sondern auch die sittliche Pflicht, seine Gewinne zu maximieren» («to increase its profits – and nothing else»).

- I Demgegenüber sind massgebende Spitzenkräfte der Wirtschaft (siehe Dokumentation: Ulrich Fritsch), Vertreter der Management-Theorie (P. F. Drucker etwa) sowie Wirtschaftswissenschaftler (H. H. Hinterhuber etwa) der Auffassung, dass Unternehmungen **und** Führungskräfte sich stets auch um Belange der Gesellschaft zu kümmern haben.
- I Gerhard Schwarz (Chef Wirtschaftsredaktion NZZ) unterscheidet zwei Verantwortungsbereiche; er hält die Verantwortung der Unternehmung einerseits sowie die Verantwortung der Führungskräfte als Privatpersonen andererseits auseinander. Daraus folgt, dass Unternehmer und Manager in unserer Gesellschaft eine Doppelrolle zu spielen haben: Als **Führungskräfte der Wirtschaft** müssen sie sich auf die Belange der Unternehmung im Sinne von Milton Friedman konzentrieren. Als **Privatpersonen** dagegen haben sie sich «mit ihrer Zeit, ihrem Können und ihren finanziellen Mitteln für die Allgemeinheit, für die «res publica» » zu engagieren.

Was lehrt die zeitgenössische Sozialethik? Der Beitrag skizziert im Folgenden Aspekte der Wirtschafts-, Unternehmens- sowie Führungsethik.

Wirtschaftsethik

Wie nimmt die zeitgenössische Wirtschaftsethik (hier durch Karl Homann vertreten) zur Frage der Verantwortung der Wirtschaft gegenüber der Allgemeinheit Stellung? Es sind drei Hauptpunkte ins Feld zu führen:

«Der systematische Ort der Moral in einer Marktwirtschaft ist die (staatliche) Rahmenordnung (der Wirtschaft).» – «Staatliche Ordnungspolitik verschafft ... den Unternehmen die Legitimation ihres Tuns, und Legitimation, gesellschaftliche Akzeptanz, ist die Voraussetzung dauerhaften wirtschaftlichen Erfolgs ...»

Was verlangt die öffentliche Moral? «Die Akteure sollen die Regeln der Rahmenordnung, die allgemeinen staatsbürgerlichen Regeln und die Regeln der Wettbewerbsordnung befolgen.» – «Innerhalb dieser Regeln sollen die Unternehmungen langfristige Gewinnmaximierung betreiben.»

Fazit: «Langfristige Gewinnmaximierung ist sittliche Pflicht, weil genau dieses Streben den Konsumenten langfristig am nachhaltigsten dient.»

Beispiel: Staat/Politik, die öffentliche Meinung/Medien und die Bevölkerung erwarten, dass die Firmen zum Umweltschutz beitragen. Sie tragen ökologische Verantwortung. Was aber ist konkret zu leisten? Homann lehrt, dass Unternehmen die Regelungen des staatlichen Umweltschutzrechts (Teil der Rahmenordnung) zu befolgen haben. Wenn eine Firma diese Anforderung erfüllt, ist sie berechtigt, jede weitergehende Forderung – woher auch immer – als unbegründet zurückzuweisen.

Die zitierte Wirtschaftsethik ist im Grundsatz dort zutreffend, wo ein entwickelter Staat eine entsprechende Rahmenordnung aufweist und praktiziert. Die Realität entspricht jedoch praktisch nie dem «Ideal» einer vollständigen Rahmenordnung. Deshalb muss eine Rahmenethik, wie Homann sie vertritt, praktisch immer durch Unternehmensethik ergänzt werden.

Freiheitliche Politik kann die Forderung, die Rahmenordnung laufend zur «Defizitdeckung» zu ergänzen, keinesfalls unterstützen.

Typische Konflikte und Standesregeln

Es sind natürlich Konflikte und nur Konflikte, welche Ethik und Moral – auch Politik – spannend machen. Die zeitgenössische Wirtschaftsethik hält abweichende typische Konfliktlagen auseinander und entwickelt Strategien für eine «ökonomisch **und** gesellschaftlich orientierte Unternehmungsführung mit hohem Legitimationspotenzial» (Homann/Blome-Drees).

Zwei Konfliktlagen interessieren besonders:

- I **Moralischer Konfliktfall:** Das Gewinnziel wird wettbewerbskonform und legal verfolgt. Dabei werden Anforderungen der öffentlichen Moral nicht oder zu wenig erfüllt. Folgen: öffentliche Kritik, Akzeptanz- und Vertrauensverlust, Kunden gehen auf Distanz.
- I **Ökonomischer Konfliktfall:** Das Unternehmen entscheidet sich im Dilemma zwischen Gewinn und Moral zugunsten der Moral. Folgen: Gewinnreduktion, abnehmende Leistungskraft, Schwächung der Wettbewerbsposition.

Unternehmen haben Strategien entwickelt, um sowohl moralische als auch ökonomische Konfliktfälle zu lösen. Wir beschränken uns hier auf eine Strategie, welche besondere Tragweite hat. Unternehmen versuchen durch kollektive Bindung branchen- oder berufsspezifische Regelungen zu entwickeln und anzuwenden, um Konflikten vorzubeugen oder solche auszuschalten.

Wenn Firmen sich einerseits über Standards praxistauglicher öffentlicher Moral verständigen (vgl. S. 113/114) sowie andererseits durch gemeinsame Umsetzung der ver-

einbarten Standards Geschäft und Moral mit Regeln und Grundsätzen aufeinander abstimmen, gelingt es, im Geltungsbereich der Standesregeln sowohl den moralischen Konflikt als auch den ökonomischen Konflikt zu vermeiden oder zu begrenzen bzw. zu entschärfen.

Die bezeichnete Strategie setzt das Instrument von Standesregeln ein, um branchen- oder berufsbezogene Verbots- und Gebotsnormen durchzusetzen. Vgl. Bruno Staffelsbach im Buch «Unternehmensethik in der Praxis», S. 195 ff.

Viele Branchenverbände und Berufsorganisationen haben spezifische Regelwerke.

Aktuelles Beispiel: Anleger, Aufsichtsbehörden und Medien haben Wertschriften-Analytiker und Research-Abteilungen der Wall-Street-Banken kritisiert: Defizit an unabhängiger Analyse und Beratung, Firmen- und/oder persönliche Interessen statt Kundeninteressen, mangelnde Einschätzung von Risiken bei der Bewertung von Aktien. Die Wall-Street-Firmen haben sich gezwungen gesehen, dem Vertrauensverlust und nachhaltigem Schaden entgegenzuwirken. Sie haben dabei auf Appelle verzichtet (Individuethik löst die Probleme nicht). Die führenden New Yorker Finanzhäuser haben einen gemeinsamen Verhaltenskodex (13 Grundsätze) für Finanzanalysten geschaffen, damit diese in erster Linie die Interessen der Anleger wahren. Vgl. NZZ Nr. 135 vom 14. Juni 2001, S. 33.

Unternehmensethik (Praxisbeispiel)

Im «Leitbild 2000» einer bestens geführten und erfolgreichen KMU wird Folgendes festgehalten (Kernsätze):

- I «Wir wollen in technischer, marktwirtschaftlicher und sozialer Hinsicht eine führende Rolle spielen und unsere Verantwortung gegenüber den Geschäftspartnern, der Umwelt und der Gesellschaft aktiv wahrnehmen.»
- I «Als marktorientiertes, innovatives Unternehmen planen und realisieren wir im In- und Ausland Projekte ...»
- I «Unsere Kunden empfehlen uns weiter dank einer kompetenten Beratung, einer termintreuen, kostengünstigen und qualitativ hochstehenden Ausführung und einer tadellosen Nachbetreuung.»
- I «Wir setzen uns kompromisslos für unsere Kunden und unsere Firma ein. Ein angenehmes Umfeld, soziale Sicherheit und eine gerechte Entlohnung sind Voraussetzung für unsere Motivation.»
- I «Wir geniessen in unserem Umfeld einen guten Ruf und in der Öffentlichkeit hohes Ansehen.»
- I «Wir wollen auch in Zukunft als Anbieter von Arbeitsplätzen auftreten und am Markt erfolgreich sein.»

Es handelt sich um eine praxistaugliche **Unternehmensverfassung**, welche das betriebswirtschaftlich Gebotene mit dem sozialetisch Richtigen vorbildlich verknüpft. Kader und übriges Personal können sich mit der Firma identifizieren, was Führung und Teams stärkt. Kunden, Geschäftspartner und Lieferanten können auf das Firmenprofil setzen, was Vertrauen schafft. Behörden, Medien und kritische Öffentlichkeit werden der KMU, welche ihre Grundsätze praktiziert, ebenfalls Vertrauen entgegenbringen.

Das **nutzenstiftend Wertvolle des Leitbildes** liegt **nicht allein** in den zitierten **Kernsätzen**, sondern auch in den konkreten und markanten **«Ausführungsbestimmungen»**, welche hier nicht zu publizieren sind (Vertraulichkeit).

Fazit: Unternehmens- und Wirtschaftsethik brauchen keineswegs wirtschaftsfeindlich zu sein. Die beispielhafte Unternehmensverfassung illustriert, dass praktische Unternehmensethik, firmenindividuell verfasst, ein Erfolgsfaktor für unternehmerisches Wirken ist.

Verpflichtungen des Unternehmens gegenüber der Gesellschaft

«Die Fähigkeiten und Ressourcen der Unternehmung erhalten erst einen Sinn, wenn sie nicht nur auf die Erzielung eines Gewinnes, sondern auch auf einen Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Probleme ausgerichtet sind» (Hans H. Hinterhuber). Dieses Zitat ist schwerlich zu akzeptieren, wenn und soweit behauptet wird, die Unternehmen hätten eine allgemeine, beliebige und unbegrenzte Verantwortung gegenüber der «Gesellschaft». Dies trifft nicht zu. Es gibt prinzipiell nur unternehmerische Verantwortung für bestimmte oder bestimmbare, konkrete und begrenzte Belange.

Die Unternehmen sind mit herrschenden Wertvorstellungen der öffentlichen Moral konfrontiert. Problemfelder (Beispiele): Wohlstand für wen: Verteilungsprobleme/Lohnpolitik? Rollen und Gewichtung materieller und immaterieller Ziele der Unternehmungspolitik? Grundsätze der Personalpolitik?

Die Unternehmen haben Rücksicht auf die Auswirkungen ihrer Politik auf das soziale Umfeld zu nehmen. Problemfelder: Arbeitszeitmodelle/Familienbelange, Art der Durchführung einschneidender Personalmassnahmen, Behandlung bestimmter Personalgruppen.

Die direkte Demokratie Schweiz, deren Funktionieren u.a. auf dem Milizprinzip beruht, stellt ebenfalls Anforderungen an die Privatwirtschaft. Es muss – auch im Interesse der Wirtschaft – Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern gestattet werden, öffentliche Ämter (Nebentätigkeiten) auszuüben, wenn dies betrieblich machbar und tragbar

ist. Zur politischen Verantwortung: «Ein politisches Engagement ist für jeden Unternehmer sehr einfach: durch Stärkung der Verbände ... Nur sie können ... eine langfristige, kohärente Politik führen, nur sie können als Gesprächspartner von Regierung, Parlament und Verwaltung glaubwürdig und repräsentativ auftreten» (Guido Richterich).

Fazit: Jede Unternehmung hat selbstständig darüber zu befinden, welche konkreten Verpflichtungen sie gegenüber der «Gesellschaft» erfüllen kann und will.

Die einschlägigen Entscheidungen sind für die Akzeptanz, den Goodwill sowie das Vertrauen der Behörden, der öffentlichen Meinung (Medien) und der Bevölkerung (vorab: der Stimmberechtigten) von grosser Tragweite.

Führungsethik

Zum Einstieg ein abschreckendes Szenario (USA): Das Ethik-Geschäft in der amerikanischen Wirtschaft boomt. Zahlreiche Firmen haben Ethik-Kodices, auf Geschäftsleitungsebene Ethic Officers, Ethik-Abteilungen und/oder -Kommissionen, Ethic Audits, Ethik-Seminare und -Workshops, interne und externe Ethik-Hotlines usw. Das **Moral-Defizit des angelsächsischen Kapitalismus** scheint schier immens zu sein. Es ist zu hoffen, dass die europäisch/schweizerische Wirtschaft von den bezeichneten Auswüchsen verschont bleibt.

Der zentrale Ansatzpunkt jeglicher Führungsethik ist folgende **Herausforderung:** Unternehmen müssen jederzeit imstande sein, grundlegende und wichtige Entscheidungen gegenüber der kritischen Öffentlichkeit kompetent und glaubwürdig zu begründen. Führungsethik schlägt den Firmen vor, «eine Kultur der Begründbarkeit» von Entscheidungen zu praktizieren.

Bei der Führungsethik liegt der Ort der öffentlichen Moral im strukturierten Entscheidungsprozess des Managements. Konkret geht es darum, die Behandlung konkreter Ethikfragen im bezeichneten Prozess zu berücksichtigen oder in diesen zu integrieren. Darauf kann hier nicht weiter eingegangen werden.

Zusammenfassung

Die Soziale Marktwirtschaft und die schweizerische Tradition bestgeführter Unternehmen rechtfertigen Vertrauen, Akzeptanz und Goodwill gegenüber der Ordnung der Wirtschaft, der Sozialpartnerschaft und – im Regelfall – der Unternehmungspolitik. Die Medien üben ein wichtiges «Wächteramt» aus. Dazu gehört, dass Negatives (Wertezerfall, Verantwortungslosigkeit, Inkompetenz in Chefetagen) in den Mittelpunkt gestellt wird. Zu Recht. Aber: Die **Paradebeispiele des Negativen** sind

angesichts der Fülle von Firmen, welche unter harten Bedingungen ihre Hausaufgaben bestens bewältigen, **Ausnahmen**, welche den positiven Regelfall bestätigen.

Die Marktwirtschaft ist weit stärker von Moral geprägt, als Teile der Wirtschaftskritik annehmen oder behaupten. Das Spannungsfeld Marktwirtschaft und öffentliche Moral ist äusserst komplex strukturiert, was die folgende «Architektur» ohne Anspruch auf Vollständigkeit illustriert.

Marktwirtschaft: 8 Orte der Moral	
Wirtschaft (Produzenten, Konsumenten; alle Rollenträger/innen)	Prägung durch Kultur und Tradition der Weltregion/des Landes I Pluralismus kapitalistischer Systeme
Staatliche Rahmenordnung der Wirtschaft	Der Ordnungsrahmen (= «Spielregeln») integriert öffentliche Moral, z. B. I Wettbewerbsordnung I Arbeitnehmerschutz/ Soziale Sicherheit I Umweltschutz
Unternehmung	Unternehmensverfassungen/Leitbilder schaffen Firmenkultur (Wertgemeinschaft)
Praxis bestgeführter Unternehmungen	Vorbildfunktion und Trendsetter bezüglich Sozialmoral
Geschäftsverkehr/ Marktbeziehungen	Grundlage: moralische Ressourcen wie Redlichkeit, Fairness, Masshalten, Verlässlichkeit, Gemeinsinn
Branchen- und Berufsorganisationen; regionale Organisationen (kollektive Selbstbindung)	Standesregeln gewährleisten Standards öffentlicher Moral, auf die sich Kunden und Konkurrenten und Partner berufen können
Sozialpartner	Die Praxis der Sozialpartnerschaft erfordert Treu und Glauben, Fairness, Rücksichtnahme usw.
Management/Unternehmensführung	Reflexion der Fragen öffentlicher Moral; legitime Entscheidungen; «Kultur der Begründbarkeit» von Strategien
Mitarbeitende aller Stufen	Individualmoral/Bürgermoral

Anmerkung/Hinweis: Der nebenstehende Kasten klammert die Regelwerke für die Weltwirtschaft aus, welche internationale Standards für das Geschäftsverhalten schaffen. Beispiele:

- I «ICC Business Charter for Sustainable Development» («Principles for Environmental Management») der Internationalen Handelskammer (ICC);
- I Die Neun Grundsätze der UNO: «The Global Compact» (1999) betreffend Menschenrechte, Arbeit und Umwelt;
- I OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, Neufassung 2000

Dokumentation

K. Homann/F. Blome-Drees, Wirtschafts- und Unternehmensethik, Göttingen 1992 (UTB 1721)

Kreikebaum Hartmut, Grundlagen der Unternehmensethik, Stuttgart 1996

Fritsch Ulrich (Hrsg.), Die neue Dimension. Zukunftsstrategien internationaler Top-Manager, Düsseldorf 1986

P. Ulrich/I. Wieland, Unternehmensethik in der Praxis. Impulse aus den USA, Deutschland und der Schweiz, Bern/Stuttgart/Wien 1998

Marion Gräfin Dönhoff, Zivilisiert den Kapitalismus. Grenzen der Freiheit, Stuttgart 1997

Schmidt Helmut, Auf der Suche nach einer öffentlichen Moral, Deutschland vor dem neuen Jahrhundert, Stuttgart 1998

Singer Peter, Wie sollen wir leben? Ethik in einer egoistischen Zeit, 2. A., München 1999

Walter Norbert, Der neue Wohlstand der Nation, Düsseldorf 1993

(20)

Was haben Kirche und Wirtschaft miteinander zu tun?

Die Frage «Was haben Kirche und Wirtschaft miteinander zu tun?» ist eine **provokative** Frage.

1. Die Begriffe «Kirche» und «Wirtschaft» bezeichnen **Teilsysteme der Gesellschaft**, welche äusserst komplex und mannigfaltig sind; unter diesem Aspekt gibt es weder «die» Kirche noch «die» Wirtschaft. Dazu kommt, dass sowohl bei der Kirche als auch bei der Wirtschaft jene **Ebenen** auseinanderzuhalten sind, welche wir vom Bereich der Politik her kennen: Gemeinde, Kanton, Bund; Europa und andere Kontinente; globale Ebene.
2. Was meint Kirche? Was meint Wirtschaft? Beide Begriffe sind sehr vieldeutig. Aus der Sicht unseres Kantons besteht die Kirche aus drei Landeskirchen und vielen Kirchgemeinden. Ich verwende diesen Kirchenbegriff, weil er mir praktikabel erscheint. Ausgeklammert bleiben christliche Religionsgemeinschaften, die nicht zu Landeskirchen gehören, sowie das nicht-organisierte anonyme Christentum des Alltags. Zu beachten ist schliesslich: «Es gehören viele zur Kirche, die nicht Christen sind. Andererseits sind viele Christen, die nicht zur Kirche gehören» (Hans Jürgen Schultz).

Was die Wirtschaft angeht, besteht diese aus Tausenden von Firmen, welche firmen-individuelle Unternehmenspolitiken umsetzen. Ausserdem können wir auch das Netzwerk branchenspezifischer und regionaler Organisationen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite zur Wirtschaft rechnen.

3. Die Frauen und Männer, welche in der Kirche oder in der Wirtschaft oder in beiden Bereichen tätig sind, sind individuelle Persönlichkeiten mit eigenen Auffassungen über das Verhältnis zwischen Kirche und Wirtschaft. Die Meinungsvielfalt dürfte daher beträchtlich sein. Wir können uns auf keine vorherrschende Auffassung stützen.
4. Der Titel des Vortrages ist nicht zuletzt deswegen provokativ, weil Kirchen und Wirtschaft vielleicht gar nichts miteinander zu tun haben.

1. Ausgangslage

Ich möchte einleitend mit Hilfe von **drei Kreismodellen** die möglichen Beziehungstypen zwischen Kirche und Wirtschaft veranschaulichen. Beim **ersten Modell** stehen

sich zwei Kreise gegenüber; die Frage, ob Indifferenz, Streit oder friedliche Koexistenz herrscht, bleibt dabei offen. Beim **zweiten Modell** berühren sich die Kreise; es finden punktuelle Begegnungen statt. Beim **dritten Modell** überschneiden sich die Kreise, weil gemeinsame Belange dauerhaft und systematisch beachtet werden.

Welche Überlegungen sprechen für das Modell getrennter Kreise?

Die Tatsache, dass Wissenschaften der Theologie und Wirtschaftswissenschaften verschiedenen Fakultäten zugeordnet werden und sich höchstens durch Vorlesungen für Hörer aller Fakultäten treffen, unterstreicht den Befund, dass Kirche und Wirtschaft völlig verschiedene Teilsysteme der Gesellschaft mit separaten Institutionen und je abweichenden Aufgaben sind. Und: Es macht gerade den Sinn der gesellschaftlichen Arbeitsteilung **aus**, **dass** sich die Exponenten der Kirche und der Wirtschaft **spezialisieren**, ihre Kräfte auf ihre spezifischen Belange konzentrieren, um die andersartigen Aufträge je optimal erfüllen zu **können**. Das Beziehungsmodell getrennter Kreise **kann** statisch als nebeneinander oder aber dynamisch als auseinanderdriften gedeutet werden.

Selbst wenn dieses Modell die Lage zutreffend beschreibt und befürwortet wird, ist nicht auszuschliessen, dass Repräsentanten der Kirche, Gemeindepfarrer etwa, daran interessiert sind, Sachverhalte, Zusammenhänge und Vorgänge der Wirtschaft zu verstehen. Ebenfalls ist nicht auszuschliessen, dass Repräsentanten der Wirtschaft Halt und Orientierung im Glauben suchen, Glaubensfragen klären wollen und dies nur durch Vermittlung der Theologie bzw. der Kirche erreichen können. Mit andern Worten: Das Modell getrennter Kreise schliesst gelegentliche oder sporadische Kontakte keineswegs aus.

Welche Überlegungen führen zu Kreisen, welche sich entweder berühren oder überschneiden?

Betrachtet man die Dinge näher und gründlicher, stösst man auf die **Interdependenz** der Wirtschaftsordnung (Marktwirtschaft), der politischen Ordnung (Demokratie, Grundrechte) sowie der **Ordnung** der freien Gesellschaft freier Menschen; das Menschenbild, welches diesen Ordnungen zugrunde liegt, dürfte weitgehend der christlichen Anthropologie entsprechen. Bei der Gestaltung der bezeichneten Ordnungen stösst man auf ethische Fragen und stellt fest, dass die Sozialethik der Kirchen und die Kirchen selbst immer wieder zu grundlegenden Fragen der Wirtschaft, des Staates und der Gesellschaft Stellung genommen haben. Unter diesem Aspekt **berühren** sich die Kreise, wenn es um Stellungnahmen zu grundlegenden Einzelfragen gesellschaftlicher Ordnungen geht; unter diesem Aspekt **überschneiden** sich die Kreise, wenn Grundsatzfragen der Wirtschaft und Politik dauerhaft auf systematische Weise analysiert und geklärt werden.

Die geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft haben die Wirtschaft niemals als isolierten Kreis betrachtet; sie haben stets die Aufgabe des Staates betont, die Wirtschaft einer rechtlichen Ordnung, rechtlichen Schranken sowie rechtlichen Regelungen zu unterwerfen. Ausserdem haben diese hervorragenden Vertreter der Ökonomie immer unterstrichen, dass **sittliche Werte** zu den **Fundamenten** einer tragfähigen und leistungsfähigen Wirtschaft gehören. Wenn diese Einsicht wahr ist, bekommen Kirche und Wirtschaft einen engen Bezug: Die Kirche vertritt Werte des Lebens, Zusammenlebens und Zusammenwirkens der Menschen, welche auch und gerade für die in der Wirtschaft tätigen Personen und wirtschaftspolitisch handelnden Bürgerinnen und Bürger massgebend sein müssen. Unter dem Gesichtspunkt sittlicher Werte und Tugenden, welche das Christentum seit Jahrhunderten prägt, lässt sich erkennen,

- I dass die Kirche sich gegenüber der Wirtschaft nicht in ein Getto oder Abseits zurückziehen darf,
- I dass die Organe der Kirche die Behandlung ethischer Fragen keineswegs den Spezialisten der Wirtschaftsethik überlassen dürfen.

Wir haben jetzt Kirche und Wirtschaft in eine derartige Nähe gerückt, dass Missverständnisse drohen. Deshalb sei vorbeugend Folgendes festgehalten: Landeskirchen und Kirchgemeinden haben in erster Linie kirchliche Aufgaben zu bewältigen; **Stichworte:** 1. Vergegenwärtigung der Glaubensinhalte, 2. Lehre und Verkündigung der biblischen Botschaft, 3. Seelsorge und 4. Gestaltung des Gemeindelebens. Umgekehrt gilt: Landeskirchen und Kirchgemeinden haben sich grundsätzlich weder um Wirtschaftspolitik noch um Unternehmungspolitik zu kümmern, es sei denn, dass grundlegende Werte zu verteidigen sind. Gerade in unserer Zeit und in unserer Gesellschaft ist es geboten, fundamentale Werte stets und nachhaltig zu verteidigen: bei der Gestaltung der Wirtschaftsordnung, bei der Behandlung fundamentaler Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie im betrieblichen Alltag der Firmen.

Zum Abschluss meiner Darlegungen über Beziehungsmodelle will ich einige Ausführungen über die **Aufgaben der Kirchgemeinden** machen:

Man kann die biblische Botschaft durchaus erfassen, ohne wirtschaftliche oder wirtschaftspolitische Überlegungen anzustellen. Es ist jedoch möglich, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik als Teile der Seinsordnung christlich zu würdigen und in diesen Gebieten als Christ zu wirken.

Man kann die Inhalte christlichen Glaubens unterrichten und verkünden, ohne sich dabei auf die Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik zu beziehen. Es ist jedoch möglich, aktuelles Christsein auch mit Beispielen aus der Welt der Wirtschaft zu illustrieren.

Seelsorge ist für den Schreibenden die zentrale Aufgabe der Kirche. Seelsorge kann ohne Kenntnisse und Erfahrungen der Arbeitswelt praktiziert werden. Aber: Die Arbeitnehmerin und der Arbeitnehmer schätzen die Begegnung mit jenem Seelsorger, welcher ihre Sorgen und Nöte, ihre Leistungen und Chancen deshalb würdigen kann, weil er darüber Bescheid weiss, wie Wirtschaft funktioniert, wie sich die Arbeitswelt verändert, usw.

Das Gemeindeleben kann gewiss ohne Bezug auf Wirtschaft und wirtschaftsrelevante Politik gestaltet werden; es findet schliesslich in der Freizeit der Berufstätigen statt. Aber: Das Gemeindeleben kann auch durch Gespräche zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, durch Gespräche zwischen Generationen, usw. bereichert werden.

2. Zielsetzung

Welches ist die **Kernbotschaft der Kirche** gegenüber der Wirtschaft?

Die Wirtschaft, d.h. ihre Ordnung, Strukturen und Prozesse, müssen den Menschen dienen. Die Wirtschaftsordnung ist menschen- und sachgerecht einzurichten. **Der Mensch ist «Ursache, Mittelpunkt und Ziel aller Wirtschaft»** (Gaudium et Spes, 1965). Die Wirtschaft dient nicht nur der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse nach Gütern und Dienstleistungen. Sie hat auch das materielle Fundament für die menschenwürdige Entfaltung der Personen sowie für das Funktionieren der Gesellschaft insgesamt zu schaffen. Im Gesamtbereich der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik scheint mir die Kirche dazu aufgerufen zu sein, dem «Humanitätszerfall» (Arthur Rich) entgegenzuwirken, soweit dieser Zerfall droht. Diese Funktion kann die Kirche allerdings nur in Kenntnis des Sachgerechten sowie aufgrund anerkannter Massstäbe des Menschengerechten erfüllen.

3. Menschengerechte Wirtschaftsordnung

Es ist nicht ratsam, den Versuch zu machen, die eindruckliche «Wirtschaftsethik», die Arthur Rich verfasst hat, oder Sozialenzykliken der katholischen Kirche zusammenzufassen. Ich stelle daher lediglich eine kühne Behauptung auf, welche den Anstoss zu Widerspruch, zu Differenzierungen, zu Präzisierungen geben kann.

Ich behaupte, dass die grundlegenden **Einrichtungen der schweizerischen Wirtschaftsordnung** den sozialetischen Test des Menschengerechten insgesamt bestehen. Welches sind solche Einrichtungen?

1. Die verfassungsmässigen **Grundrechte**, vorab das Privateigentum, die Wirtschaftsfreiheit sowie die Vertragsfreiheit und das Erbrecht;

2. die **Marktwirtschaft** als Selbststeuerung der Wirtschaft, als Koordination individueller Wirtschaftspläne durch Märkte, wobei der Unternehmung oder – personifiziert – dem Unternehmer die Schlüsselrolle zufällt;
3. die ordnungspolitische **Rollenteilung zwischen Staat und Wirtschaft**: Der Staat ist zuständig für Rahmen- und Infrastrukturbedingungen; er ist nicht zuständig für Wirtschaftslenkung;
4. die **Arbeitsverfassung** (inkl. Arbeitnehmerschutzrecht), die Einrichtungen der **Sozialpartnerschaft**, die betriebliche Mitwirkungsordnung;
5. die wirtschaftsrelevante **Rechtsordnung**: Obligationenrecht, insbesondere Vertrags- und Gesellschaftsrecht; das Wirtschaftsverfassungs- und -verwaltungsrecht;
6. der **Schutz natürlicher Lebensgrundlagen**: Umweltschutzrecht und -politik;
7. das **System sozialer Sicherung**.

Selbstverständlich werfen diese Bereiche immer wieder Probleme auf, welche das politische System zu bewältigen hat. Aber: Die grundlegenden Strukturen, die entwickelt worden sind, müssen m.E. als menschengerecht qualifiziert werden.

Dies bedeutet nicht, dass die Welt der Wirtschaft als heile Welt zu werten ist. Aus zwei Gründen ist dies nicht der Fall:

Es ergeben sich immer wieder Strukturprobleme, welche zu bewältigen sind; Beispiel: die Kontroverse um die Konsolidierung oder den Ausbau des Sozialstaates; Arbeitslosigkeit; Neue Armut. Umweltpolitik: Etappenziele erreicht, aber noch lange nicht am Ziel!

Der in christlicher Sicht sündige Mensch kann auch in menschengerechten Strukturen versagen, d.h. nicht menschengerecht handeln. Etliche Menschen sind das Opfer von Verhaltensweisen, welche sozialetisch negativ zu qualifizieren sind.

Die **Kirche** befindet sich in einer **delikateten Lage**: Einerseits entspricht es ihrem Auftrag, ethische Grundpositionen zu vertreten, d.h. Menschengerechtes positiv zu anerkennen, Nicht-Menschengerechtes negativ zu bewerten. Andererseits kann die Kirche unmöglich die Rolle eines Schiedsrichters zwischen Konzeptionen neoliberaler Politik und Konzeptionen sozialistischer Politik spielen, ohne Schaden zu nehmen. Mit andern Worten: Die Kirche ist zu einer Gratwanderung gezwungen, wobei sie jederzeit abstürzen kann. Absturz bedeutet Nichterfüllung des Auftrages der Verteidigung sittlicher Werte; Absturz bedeutet auch Einmischung in Belange der Parteipolitik.

4. Wirtschaftskritik

Die Wirtschaft und ihre Exponenten sind stets und überall harter Kritik ausgesetzt. Welches sind die hauptsächlichen Thesen der zeitgenössischen Wirtschaftskritik:

1. Die Marktwirtschaft begünstigt Auswüchse des Individualismus. Sie leistet dem Egoismus und der Selbstsucht Vorschub.
2. Die Marktwirtschaft hat den Materialismus, d.h. die einseitige Ausrichtung auf materielle Werte, zur Folge.
3. Die Marktwirtschaft reduziert zwischenmenschliche Beziehungen auf Marktbeziehungen. Daraus resultieren Einsamkeit, Entpersönlichung, Entfremdung.
4. Die Marktwirtschaft ist identisch mit Konkurrenzkampf, welcher die Menschen immer mehr beruflichen Belastungen und Stress aussetzt, welche im Ergebnis nicht human sind.
5. Die Marktwirtschaft bewirkt eine ungerechte Verteilung wirtschaftlicher Güter. Das Postulat sozialer Gerechtigkeit bleibt unerfüllt.
6. Die Marktwirtschaft beruht auf Erkenntnissen der Naturwissenschaften und modernster Technik. In Teilbereichen stösst das Können an die Grenzen des Dürfens. In Teilbereichen stösst die Technik an die Grenze untragbarer Risiken. Die Marktwirtschaft tendiert dazu, diese Grenzen zu überschreiten.
7. Die Marktwirtschaft führt zur Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen und erhaltenswerter Landschaften, zur Ausbeutung der Natur und begrenzter Rohstoffe, zur Vernichtung von Tier- und Pflanzenarten, welche Teil der Schöpfungsordnung sind.

Man muss Wirtschaftskritik ernst nehmen; wir nehmen sie ernst. Die Wirtschaft muss sich den bezeichneten Einwänden und damit aufgeworfenen Fragen stellen.

Die vorgetragenen Thesen werden heutzutage in einer Flut von Literatur verbreitet und diskutiert. Niemand ist in der Lage, das einschlägige Schrifttum zu überblicken und zu verarbeiten.

Diese Lage lädt zum Gespräch ein. Der offene, sachliche und faire Dialog zwischen Kritikern der Wirtschaft, Ökonomen und Unternehmern sowie Politikern kann zur Beurteilung der Lage, zur Klärung der Probleme, zu Strategien der Verbesserung der

Situation führen. Sache der Vertreter der Kirche ist es, darüber zu befinden, ob und in welcher Weise sie sich am Dialog über bedrängende Fragen unserer Zeit und Gesellschaft beteiligen wollen.

5. Schlussbemerkung

Es ist bekannt, dass die Wirtschaft und Wirtschaftsstandorte einem harten internationalen Wettbewerb, der zunehmend härter wird, ausgesetzt sind. Weniger bekannt ist, dass auch die Kirchen oder das Christentum einer harten Konkurrenz ausgesetzt sind beziehungsweise ist.

Das Christsein steht in Konkurrenz zu vielfältigen Formen des **säkularisierten Humanismus**. Die menschengerechte Ordnung kann auch ohne Rekurs auf die biblische Botschaft begründet und verwirklicht werden. Die Christen müssen diese Herausforderung erfassen und ihre Botschaft nachhaltig vertreten.

Das Christsein steht ausserdem in Konkurrenz mit Weltreligionen, die ständig mehr an Einfluss gewinnen.

Dies führt mich zur letzten **These**: Die Kommunikation zwischen Kirche und Wirtschaft kann das Christsein aufwerten und die Position der Kirche stärken. Der Verzicht auf die bezeichnete Kommunikation schwächt auf Dauer die Stellung und Konkurrenzfähigkeit der Kirche.

Wie können Wirtschaftsgespräche sinnvoll vorbereitet und sinnvoll geführt werden?

Zur **Vorbereitung** gehört m.E. der Austausch wegweisender Dokumente zur Standortbestimmung hüben und drüben; Beispiel: Bruno Molitor, Wirtschaftsethik, München 1989 (Verlag Franz Vahlen); Otto Schlecht, Grundlagen und Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft, Tübingen 1990 (Verlag J.C.B. Mohr).

Der Dialog sollte sich auf die Erörterung prägnanter Texte beziehen, durch die Darstellung der Positionen der Kirche und Wirtschaft eingeleitet werden und zum Austausch von Argumenten und Perspektiven führen; dabei können beide Seiten voneinander lernen. **Der Zweck und Sinn des Wirtschaftsdialoges besteht darin, hüben und drüben Lernprozesse in Gang zu bringen.** (24)

STATT EINES VORWORTES:

WARUM LIBERALISMUS NICHT ZU DEFINIEREN IST

Liberales Denken und Handeln stellen den Menschen in das Zentrum. Ausgangspunkte sind die Einzigartigkeit jedes Menschen, der Wert und die Würde jedes einzelnen Menschen.

Vor diesem Hintergrund wird Freiheit im liberalen Denken und Handeln als höchstes Ziel bewertet und als oberster Richtpunkt eingestuft. Die Menschen sollen ihre Begabungen und Fähigkeiten möglichst frei entfalten können. Sie sollen das erstreben können, was sie persönlich für erstrebenswert halten.

Liberales Denken und Handeln sind von ausserordentlicher Reichweite. Sie befassen sich mit der Ausgestaltung und Durchführung der Ordnungen

- I des Staates: Grundrechte (u.a. Privateigentum, Wirtschaftsfreiheit), Demokratie (politische Rechte des Volkes), Föderalismus (Subsidiaritätsprinzip);
- I der Wirtschaft (Marktwirtschaft, Wettbewerb, Grundfreiheiten des Wirtschaftsverkehrs) sowie
- I der Gesellschaft (Eigeninitiative und Selbstverantwortung, private Selbsthilfeorganisationen, Netzwerke und Vereine zwischen Staat und Individuum).

Dazu kommt, dass der Staat, die Wirtschaft und die Gesellschaft sich ständig verändern. Vor diesem Hintergrund könnte sich der Liberalismus weder als abgeschlossene Lehre noch als starres Dogma behaupten. Liberales Denken und Handeln sind, was die Aktionsfelder angeht, äusserst vielgestaltig. Sie kommen nicht darum herum, Kerngedanken laufend neu zu aktualisieren und zu konkretisieren.

Fazit: Jede Generation freiheitlich-bürgerlicher Politik muss tragfähige zeitgerechte und zukunftstaugliche Konzepte für hauptsächliche Politikbereiche entwickeln und im Rahmen des Möglichen durchsetzen und realisieren. Die Vor- und Meisterdenker des Liberalismus (S. 30 ff. und 126 ff.) weisen dabei den Weg.

ENTDECKUNG DES ZEITGENÖSSISCHEN LIBERALISMUS

Friedrich A. von Hayek (1899-1992) gehört als Hauptvertreter des zeitgenössischen Liberalismus zu den einflussreichsten Denkern der Gegenwart. Er lehrte u.a. an der London School of Economics (Freundschaft mit Karl R. Popper), an der Universität Chicago (Milton Friedman!) sowie an der Universität Freiburg. Er publizierte gegen 50 Bücher, die in rund 20 Sprachen übersetzt wurden. Hauptwerke sind u.a. Der Weg zur Knechtschaft (1944), Die Verfassung der Freiheit (1960) sowie Recht, Gesetzgebung und Freiheit (3 Bände: 1973-1979). 1947 gründete Hayek die Mount Pèlerin Society, welche seither namhafte Gelehrte aus aller Welt jährlich zur Sicherung und Erhaltung der persönlichen Freiheit zusammenführt. 1974 wurde Hayek der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften verliehen. – Das liberale Denken unserer Zeit muss sich mit Hayeks politischer Philosophie auseinandersetzen und diese teils vertiefen, teils weiterentwickeln. – Die nachstehend dargestellten Ideen und Theorien bleiben für freiheitliche Ordnung und Politik grundlegend. Das Kapitel kann der Tiefe und Weite der Hayekschen Argumentation nicht ausreichend Rechnung tragen. Es ist daher als Einladung zu verstehen, Hayeks Werke selbst zu lesen.

Friedrich A. von Hayek (1899 – 1992)

1. Sozialordnung: spontane oder gemachte Ordnung?

Es ist für die Rhetorik, Theorie und Praxis der Politik von fundamentaler Tragweite, ob wir uns die Sozialordnung, d.h. die tragenden Einrichtungen oder Institutionen sowie Regelungen der Gesellschaft, als spontane Ordnung und als Produkt der kulturellen Evolution (Selektion, Siebungsprozess) oder aber als gemachte Ordnung, welche Menschen entworfen, konstruiert und planmässig verwirklicht haben, vorstellen.

Das Muster oder Beispiel einer spontanen Ordnung ist die Marktwirtschaft, in welcher wirksamer Wettbewerb stattfindet. Die Marktwirtschaft ist eine spontane Ordnung, «wenn gleiches Recht für alle Marktteilnehmer gilt und die Staatsführung nicht der Versuchung unterliegt, Mehrheiten zu begünstigen, organisierten Gruppen nachzugeben oder Einzelfälle kasuistisch regeln zu wollen» (Norbert Walter).

Wer etwa Marktwirtschaft als **spontane Ordnung** auffasst,

- I wird weite und gesicherte Handlungsspielräume der Unternehmungen und Sozialpartner für notwendig halten,
- I wird den Staat auf die Aufgaben beschränken, für die Wirtschaft eine funktions-tüchtige Rahmenordnung zu schaffen und ihn auf jene Belange begrenzen, die nicht privatwirtschaftlich zu bewältigen sind,
- I wird die Entfaltung wirtschaftlicher Potenziale unternehmerischem Wirken und den Märkten überlassen.

Wer dagegen Marktwirtschaft als **gemachte Ordnung** begreift,

- I wird die Wirtschaft seitens der Behörden und der Bürokratie politisch gestalten, lenken und steuern wollen,
- I wird den Staat anhalten, bestimmte konkrete Ziele der Wirtschaftspolitik durch Dirigismus, Interventionismus sowie Staatskrücken (Subventionen usw.) zu verfolgen, und
- I wird unternehmerisches Wirken und die Entwicklung von Märkten flächendeckend dem Primat der Politik unterwerfen.

Fazit: Der Theorie der spontanen Ordnung der Wirtschaft entspricht die freie Marktwirtschaft (Liberalismus); der Theorie der gemachten Ordnung der Wirtschaft entspricht die staatlich gelenkte «Marktwirtschaft» (Sozialismus).

Während rund 2000 Jahren (seit ca. 400 v. Chr.) hat der Gegensatz zwischen Natur (=das, was menschlicher Disposition entzogen ist) einerseits und menschlicher

Satzung oder Konvention andererseits das politische Denken völlig beherrscht: tertium non datur (es gibt keine Phänomene ausserhalb des erwähnten Gegensatzes). Soziale Einrichtungen sind entweder als naturgegeben aufgefasst oder aber als planbar oder machbar verstanden worden. Die **Entdeckung der spontanen Ordnung** (Schule von Salamanca der Scholastik, später: David Hume, Adam Ferguson, Adam Smith usw.) hat mit der bezeichneten Tradition, welche die griechische Philosophie begründet hatte (u.a. Aristoteles), gebrochen.

Welches ist der **Kerngedanke**? Die Theorie der spontanen Ordnung lehrt, dass soziale Phänomene wie z.B. Sprachen, Recht und Moral, Familien, Formen der Wirtschaft (Arbeitsteilung usw.) zwar Ergebnisse menschlichen Handelns sind, dass sie aber nicht das Ergebnis menschlicher Entwürfe oder bewusster Planung sind. Sie sind «the result of human action, but not the execution of any human design» (Adam Ferguson, 1776).

Die wichtigsten sozialen Institutionen, Praktiken und Verhaltensregeln sind vielmehr das **Produkt der kulturellen Evolution**. Im historischen Prozess der Imitation und Innovation von Regeln des Zusammenlebens haben sich für Gruppen erfolgreiche Regelungen durchgesetzt. Spontane Ordnungen beruhen auf abstrakten Verhaltensregeln. Was macht spontane Ordnungen für die freie Gesellschaft bedeutsam?

Freiheits-Argument: Die spontane Ordnung dient keinem bestimmten Zweck. Sie verfolgt keine konkreten Ziele. Sie funktioniert ohne anerkannte Rangordnung von Werten und Zielen. Sie erfordert daher keine Kollektivinstanz, welche gegenüber den Personen eine einschlägige Rangordnung setzt und durchsetzt. Sie gestattet daher den Menschen sehr verschiedene, voneinander abweichende und sogar sich widerstreitende Ziele anzustreben. Sie erlaubt den Personen, ihr Wissen und Können nach individuellen Präferenzen für persönliche Zwecke einsetzen und nutzen zu können.

Wissens-Argument: Die spontane Ordnung erlaubt es, das millionenfach dezentralisierte, fragmentierte und stets individuelle Wissen optimal zu nutzen. Wissen ist weit mehr als bewusstes Wissen, weit mehr als wissenschaftliche Kenntnis; es steckt auch in Praktiken, Gewohnheiten und Fähigkeiten der Menschen (Fingerspitzengefühl, Intuition, Klugheit).

Die Doktrin der spontanen Ordnung ist insbesondere für die **Begründung und Rechtfertigung der Marktwirtschaft** grundlegend.

Der Wettbewerb bewirkt eine Anpassung an zahllose Umstände, «die in ihrer Gesamtheit keiner Person oder Behörde bekannt sind oder bekannt sein können». Die entsprechende Anpassung kann daher niemals durch zentrale Lenkung der Wirtschaft oder durch Dirigismus und Interventionismus einer Bürokratie hervorgebracht werden.

Nur der Markt kann das unter Millionen von Menschen verstreute Wissen nutzbar machen. «Bestehendes wie künftiges Wissen kann nicht zentralisiert werden, weil es unter Millionen von Akteuren verstreut ist. Deshalb muss dezentral den Individuen die Freiheit gegeben werden, ihr Können und Wissen für ihre eigenen Ziele zu verwenden» (Christoph Zeitler).

Das **Hauptargument für die Wettbewerbswirtschaft** ist, «dass nur in einer Wettbewerbswirtschaft die konkreten Umstände, die wir zur Befriedigung unserer Bedürfnisse verwenden wollen und deren Kenntnis unter Hunderttausenden von Menschen verteilt ist, vollkommen ausgenutzt werden können... Es ist die Hauptfunktion des Wettbewerbes, eine möglichst vollständige Ausnützung dieser Kenntnisse der vorhandenen Mittel und der bestehenden Gelegenheiten herbeizuführen» (Hayek).

2. Freiheitskonzeption: liberale oder sozialistische Freiheit?

Hayek bezeichnet als individuelle oder persönliche Freiheit den «Zustand, in dem ein Mensch nicht dem willkürlichen Zwang durch den Willen eines anderen oder anderer unterworfen ist». Weiter: Individuelle oder persönliche Freiheit ist für Hayek «Freiheit unter dem Gesetz, welches die Freiheit des einzelnen so weit beschränkt, dass gleiche Freiheit für alle erreicht wird». Freiheit wird somit negativ als «Abwesenheit willkürlichen Zwanges durch andere Menschen» verstanden. Der positive Aspekt lautet: Freiheit ist jener Zustand,

- I «in dem jeder sein Wissen für seine Zwecke verwenden kann»,
- I in welchem der Mensch die Möglichkeit hat, «nach seinen eigenen Entschlüssen und Plänen zu handeln».

Die bezeichnete Freiheitskonzeption verspricht den Menschen weder Wohlstand noch Wohlfahrt. Es wird keine materielle Freiheit konzipiert, die Verfügungsmöglichkeiten über Ressourcen (Vermögen, Einkommen) verschafft. **Freiheit und Wohlstand werden strikte auseinandergehalten:** «Man kann arm und zugleich frei, und man kann reich und zugleich unfrei sein,...» (Erich Hoppmann).

Hayek will mit seiner Freiheitskonzeption lediglich die Bedingungen aufzeigen, unter denen grösstmögliche Aussicht darauf besteht, dass die Menschen ihren Wünschen und Interessen – einzeln und gemeinsam – mit Erfolg nachgehen können. Zu diesen Bedingungen gehört etwa die Dispositionsfreiheit der Unternehmungen (Produzenten) und Haushaltungen (Konsumenten): Privateigentum, Wirtschaftsfreiheit und Vertragsfreiheit.

Hayek begründet Freiheit (im vorgestellten Sinne) u.a. erkenntnistheoretisch: «Freiheit ist Bedingung und Voraussetzung für den Erwerb und die Übertragung von

Wissen» (Zeitler); dies trifft insbesondere auf die Wirtschaftsfreiheit zu. Das hauptsächliche Argument für die individuelle Freiheit ist die Erkenntnis, «dass sich jeder von uns in Unkenntnis eines sehr grossen Teiles der Faktoren befindet, von denen die Erreichung unserer Ziele und unserer Wohlfahrt abhängt». Niemand kann wissen, «wer etwas am besten weiss»; der einzige Weg, auf dem wir es finden können, ist ein «sozialer Prozess», «in dem jedermann versuchen und sehen kann, was er zustande bringt».

Christoph Zeitler fügt bei: «Jeder Mensch macht Gebrauch und profitiert von weit mehr Wissen als er selbst besitzt oder er sich gar davon bewusst ist. Freiheit ist die unverzichtbare Bedingung für die effiziente Nutzbarmachung und Vermehrung jeder Art von Wissen, sei es theoretisches, sei es praktisches Wissen.» Mit andern Worten: Freiheit ist die condition humaine für den immerwährenden Prozess von «trial and error», dem wir ausgesetzt sind. Freiheit ist – unter diesem Aspekt – ein «Entdeckungsverfahren»: «... das letzte Ziel der Freiheit ist der Ausbau jener Fähigkeiten, in denen der Mensch seine Vorfahren übertrifft und zu dem jede Generation versuchen muss, ihren Teil hinzuzufügen...» (Hayek).

Der **Sozialismus** vertritt eine grundlegende **andere Freiheitskonzeption** als Hayek.

Es genügt nicht, dass die Menschen rechtlich frei sind, d.h. dass ihre Individualsphäre durch Abwehrrechte gegenüber dem Staat und Privaten geschützt ist. Der Sozialismus fordert, dass die Menschen auch tatsächlich frei sind, d.h. die faktische Möglichkeit haben, ihre Lebenspläne tatsächlich auszuführen.

Im Gegensatz zu Hayek identifiziert der Sozialismus die Freiheit mit Macht und mit Wohlstand.

Die tatsächliche Freiheit ist dann gewährleistet, wenn die Menschen über ausreichende materielle Mittel verfügen können.

Da die Verteilung der Einkommen und Vermögen sehr ungleich ist, verlangt die Gewährleistung tatsächlicher Freiheit für alle, dass Einkommens- und Vermögensunterschiede abgebaut werden, um möglichst allen gleiche Lebenschancen garantieren zu können.

Deshalb ist Umverteilungspolitik für den Sozialismus zentral; das Motto dieser Politik lautet – vereinfacht und überspitzt – wie folgt: **Niemand soll haben, was nicht jedermann besitzt.**

Die Sozialpolitik hat gewiss mit Sozialschutz zu tun. Sie ist jedoch neben der Steuerpolitik (progressive Steuern) das hauptsächliche Vehikel staatlicher Umverteilung.

Der Ausdruck «Umverteilungspolitik» ist wenig populär, weil vor allem der Mittelstand in zunehmendem Masse belastet wird. Der Sozialismus verwendet daher die Begriffe «Politik sozialer Gerechtigkeit» bzw. «Politik sozialer Sicherung», um die Akzeptanz seiner Postulate zu steigern.

Hayek verwirft die Freiheitskonzeption des Sozialismus, weil ihre Umsetzung durch den Wohlfahrtsstaat die Fundamente persönlicher Freiheit (Selbstverantwortung etwa) untergräbt, die Staatsmacht übermässig ausdehnt und die Wirtschaft überfordert.

Vgl. dazu Baader Roland (Hrsg.),

I Die Enkel des Perikles, Liberale Positionen zu Sozialstaat und Gesellschaft, 1.A., Gräfelting 1995

I Wider die Wohlfahrtsdiktatur. Zehn liberale Stimmen, 1. A., Gräfelting 1995

Beide Bände enthalten wichtige und gehaltvolle Beiträge: z.B. Robert Nef, Keine Freiheit ohne Verantwortung – keine Verantwortung ohne Freiheit; Jörg Baumberger, Anatomie der EU-Wirtschaftsfreiheit (These: EU ist kein Ort wirtschaftlicher Freiheit; umfassende Wirtschaftsfreiheit ist nicht das Ziel des Binnenmarktes); Norbert Walter, Ethik+Effizienz = Marktwirtschaft!

3. Rule of law oder Staatsallmacht?

Die freie Gesellschaft ist einem schleichenden Erosionsprozess ausgesetzt. Die Phänomene sind sattsam bekannt: permanente Expansion der öffentlichen Aufgaben, Vergrößerung der Staatsapparate (Eigendynamik der Bürokratie!), zunehmende Fülle und Dichte der Regulierungen, Anstieg der Staats- und Abgabenquoten, welche sich zu Entmündigungskoeffizienten entwickelt haben. Der Erosionsprozess ist zweifellos einerseits durch tief greifende Veränderungen der Gesellschaft bedingt. Andererseits hat er auch politische Gründe. Zu diesen gehören der Vormarsch des Sozialismus (Politik der Umverteilung, Politik sozialer Gerechtigkeit) sowie die Machtverlagerung zur Regierung/Verwaltung. Es ist bisher nicht in das öffentliche Bewusstsein gedrungen, dass weder die Linke noch die Exekutive/Bürokratie an der Verteidigung spontaner Ordnung (=Freiheit) interessiert sind, weil beide bestimmte besondere Ziele via Politik und Gesetzgebung durchsetzen wollen.

Wir können hier die tief und breit angelegte Analyse der Bedrohung der freien Gesellschaft, die wir Hayek verdanken, nicht skizzieren. Wir beschränken uns vielmehr auf den Hinweis auf **drei geistige Positionen** (unten a–b), welche den Erosionsvorgang fördern. Hayek betont, dass die spontane Ordnung auf Regelungen beruht und angewiesen ist, welche besondere Eigenschaften aufweisen müssen (**Theorie der rule of law**, der materiellen Gesetze). Schliesslich ortet Hayek einen **Konstruktionsfehler der modernen Demokratie** und schlägt Abhilfe vor.

Es gibt verbreitete **Vorstellungen**, welche sich negativ auf die freie Gesellschaft auswirken; Beispiele:

- a) Weite Kreise sind der irrigen Auffassung, dass «alles Recht das Produkt der freien Erfindung eines Gesetzgebers ist, sein kann und sein soll» (Hayek). Dies verleitet zur falschen Überzeugung, das Recht sei via Rechtssetzung beliebig machbar, um als Instrument umfassender Politikgestaltung eingesetzt werden zu können.
- b) Wer Recht für plan- und machbar hält, neigt zur Annahme, dass die Macht des obersten Gesetzgebers unbeschränkt und unbeschränkbar ist. Die freie Gesellschaft setzt indessen voraus, dass alle Macht, auch jene der Mehrheit, begrenzt ist. Zu den Grundüberzeugungen des Liberalismus gehört, «dass Freiheit unter dem Gesetz nicht mit einem unbegrenzten staatlichen Machtmonopol vereinbar ist» (Zeitler).
- c) Weiten Kreisen ist schliesslich der Sinn dafür abhanden gekommen,
 - I dass «Freiheit unter dem Gesetz» nur mit einem bestimmten besonderen Gesetzesbegriff vereinbar ist (materieller Gesetzesbegriff),
 - I dass sich dieser Begriff auf allgemeine Regeln gerechten Verhaltens bezieht, sowie
 - I dass die möglichst weitgehende Beschränkung auf materielle Gesetze nötig ist, um spontane Ordnung (=Freiheit) zu gewährleisten.

Was versteht Hayek unter der **rule of law** (Herrschaft des Gesetzes anstelle der Herrschaft der Menschen)? Antwort: «Die Herrschaft des Gesetzes ist ... nicht eine Regel des Rechts, sondern eine Regel darüber, was Recht sein soll», um der Sicherung und Maximierung der Freiheit dienen zu können. Die rule of law ist für Hayek ein meta-gesetzliches Prinzip oder ein politisches Ideal.

Im Rahmen seiner Theorie der rule of law setzt sich Hayek mit den Eigenschaften jener Regelungen auseinander, welche als allgemeine Regeln gerechten Verhaltens (=Basis der spontanen Ordnung) zu qualifizieren sind. Er erachtet den generell-abstrakten Charakter der Regelungen, das Gebot der Rechtsgleichheit, die Vorhersehbarkeit und

Rechtssicherheit sowie den Verbotscharakter der Regelungen als grundlegend. Zum letzten Punkt: Nach dem Rule-of-law-Prinzip sollen Normen die Grenzen der Privatsphäre und Handlungsspielräume aller Individuen festlegen; sie dürfen keine Befehle und Anordnungen darüber enthalten, was konkret zu tun ist.

Zusammengefasst lautet die **Botschaft Hayeks** wie folgt: Das Leitbild der Rule-of-Law-Rechtsgemeinschaft ist die Privatrechtsgesellschaft. Der Staat, welcher der freien Gesellschaft dient, schafft – soweit überhaupt nötig – möglichst weitgehend Koordinationsrecht sowie möglichst wenig Subordinationsrecht. Die zunehmende Verdrängung des Privatrechts durch Gesetze des Verwaltungsrechts, welche Individuen staatlichen Befehlen oder Anordnungen unterwerfen, um bestimmte politische Ziele zu erreichen, untergräbt die spontane Ordnung.

Mit den Worten Hayeks: «Unter nomos soll eine allgemeine Regel gerechten Verhaltens verstanden werden, die für eine unbekannte Zahl künftiger Fälle und gleichermaßen für alle Personen gilt, auf welche die in der Regel beschriebenen objektiven Umstände zutreffen, ungeachtet der Folgen, welche die Befolgung der Regel in einer speziellen Situation auslösen mag. Solche Regeln grenzen die geschützten Individualsphären ein, indem sie jeder Person oder organisierten Gruppe zu erkennen geben, welche Mittel sie in Verfolgung ihrer Zwecke einsetzen können, ohne dass die Handlungen der verschiedenen Personen miteinander in Konflikt geraten.»

Ein Letztes: Wir brauchen die spontane Ordnung, um komplexe Herausforderungen bewältigen zu können. Nur die spontane Ordnung gestattet die koordinierte Nutzung weit verstreuten Wissens. Sie ist insofern staatlicher Regelung und Lenkung (Befehlen, Anordnungen, Auflagen) weit überlegen.

Die Parlamente haben im gewaltenteiligen Staat sowohl als Gesetzgeber zu wirken als auch die Regierung zu beaufsichtigen und Politik mitzugestalten. Diese Doppelfunktion bewertet Hayek als **Konstruktionsfehler moderner Staaten**. Dieser Fehler bewirkt, dass die Gewaltenteilung die individuelle oder persönliche Freiheit unzureichend schützt. Die Mitglieder des Parlamentes sind, je auf ihre Wiederwahl bedacht, zum Spielball der Interessengruppen geworden. Sie lassen sich bei der Rechtssetzung durch Sonderinteressen leiten, was zur Begünstigung bestimmter Gruppen, zur Benachteiligung anderer führt. Das Ringen der Interessengruppen hat eine «Schacherdemokratie» zur Folge, welche die rule of law als Grundbedingung oder Voraussetzung der Freiheit vernachlässigt oder missachtet.

Hayek schlägt vor, die erwähnten Funktionen zu trennen und je einer separaten Volksvertretung zuzuordnen. Die Mitglieder des ausschliesslich für Rechtssetzung zuständigen Parlamentes wären auf eine verlängerte Amtsdauer zu wählen. Es müsste eine Wiederwahl nach Ablauf dieser Frist ausgeschlossen sein. Aus Gründen der Repräsentation und Kontinuität würde periodisch nur ein Teil der Mandate neu

besetzt (keine Gesamterneuerungswahl). Es könnten überdies früher mit Staatsleitung befasste Personen vom passiven Wahlrecht zur gesetzgebenden Versammlung ausgeschlossen werden, «um ein Eindringen von Parteipolitikern in diese Versammlung auszuschliessen» (Hayek).

Wir verzichten darauf, hier die Vor- und Nachteile sowie die Praktikabilität des dargelegten Vorschlages zu diskutieren. Die Verfassungsgeber moderner Staaten haben bisher darauf verzichtet, das Hayeksche Verfassungsprojekt aufzunehmen und umzusetzen. Die einschlägigen Versammlungen sind offenkundig aus Parteipolitikern zusammengesetzt!

4. Soziale Gerechtigkeit – eine Illusion?

Gerechtigkeitsfragen sind derart schwierig, dass sie hier nicht sinnvoll erörtert werden können; Beispiel: Wie können wir bestimmte Regelungen als gerecht, andere als ungerecht beurteilen? Wir beschränken uns hier darauf, wenige Aspekte der Gerechtigkeitskonzeption bei Hayek hervorzuheben.

Grundlegend ist Folgendes: Es können nur individuelle Handlungen sowie Regelungen, die solche leiten, als gerecht oder ungerecht beurteilt und bezeichnet werden. Es ist dagegen völlig ausgeschlossen, Ergebnisse von Regelungen und Handlungen als gerecht oder ungerecht zu qualifizieren.

Begründung: «... diese Ergebnisse sind in einer Gesellschaft freier Menschen immer sowohl von den Handlungen dieser Individuen als auch von zahlreichen anderen Umständen abhängig, die niemand als ganzes bestimmen oder vorhersehen kann» (Hayek).

Der Sozialstaat betreibt Umverteilungspolitik. Hayek lehnt umverteilende Gesetze ab:

- a) Die Umverteilung hat kein Prinzip; sie öffnet jeglicher Diskriminierung und Willkür Tür und Tor.
- b) Sie lässt sich auch nicht begrenzen und erweist sich als Fass ohne Boden. Wer damit beginnt, kann Forderungen anderer Gruppen nicht zurückweisen.
- c) «Ungleichheit ist eine der mächtigsten Triebfedern für den materiellen Fortschritt in der Gesellschaft, was zu einer Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards führt» (Zeitler).

Es liegt Hayek fern, die Berechtigung von Bestrebungen in Richtung sozialer Sicherheit zu bestreiten oder zu leugnen, dass der Staat auf diesem Gebiet wohlütig wirken kann. «Aber diese Wirkung kann auch fatal sein und zu einer völligen Zerstörung der freien Wirtschaftsordnung führen, wenn die Politik der sozialen Sicherheit so weit

getrieben wird, dass sie dem einzelnen die Sorge für die Zukunft völlig abnimmt und er weder für sein Alter noch für Krankheit oder andere Notfälle selbst vorzusorgen braucht» (Hayek).

Der Sozialismus will soziale Gerechtigkeit verwirklichen. Er zielt im Kern auf die gerechte Verteilung wirtschaftlicher Güter.

Hayek wendet sich gegen die Konzeption distributiver Gerechtigkeit des Sozialismus:

- a) Die Verteilung nach sozialer Gerechtigkeit würde eine unbestrittene Hierarchie der Werte oder eine anerkannte Rangordnung der Werte voraussetzen. Dies ist jedoch objektiv nicht fassbar, was soziale Gerechtigkeit zur Leerformel macht.
- b) Es können die Spielregeln des Marktes sehr wohl als gerecht oder ungerecht qualifiziert werden. Die Ergebnisse der Marktprozesse lassen sich allerdings nicht als gerecht oder ungerecht beurteilen und bezeichnen. Die entsprechenden Ergebnisse können nämlich nicht absichtlich herbeigeführt werden. Ihr Eintritt hängt von vielen Faktoren ab, die wir teils nicht bestimmen, teils nicht erkennen können.
- c) Das Konzept sozialer Gerechtigkeit und das Konzept individueller Freiheit widersprechen sich. Das Konzept sozialer Gerechtigkeit erfordert Interventionen in die spontane Ordnung (Wettbewerbswirtschaft). Diese Eingriffe sind mit dem Konzept individueller Freiheit (Wirtschaftsfreiheit) unvereinbar.

5. Rationalismus und Sozialtechnik

Es gibt in der zeitgenössischen Erkenntnistheorie etliche **Positionen des Rationalismus**, welcher lehrt, dass wir in Übereinstimmung mit der Vernunft handeln und urteilen sollen (massgebend sind die Erfahrung und Argumente). **Zwei Arten des Rationalismus** spielen in der heutigen Philosophie der Politik zentrale Rollen:

I Der konstruktivistische Rationalismus oder Konstruktivismus

Die Vertreter dieses Rationalismus schätzen die Möglichkeit menschlicher Vernunft sehr optimistisch ein. Der Grundgedanke ist, «dass der Mensch die Einrichtungen der Gesellschaft und der Kultur selbst gemacht hat und sie daher auch nach seinem Belieben ändern kann» (Hayek). Mit andern Worten: Der Konstruktivismus glaubt, «dass effiziente Institutionen nur mittels bewusster Ratio geplant und konstruiert worden sind und werden können» (Zeitler).

Hayek setzt dem Konstruktivismus drei Einwände entgegen:

- a) Die Behauptung, der Mensch sei bewusster Schöpfer der gesamten Einrichtungen und Regelungen der Gesellschaft, ist historisch und faktisch falsch (vgl. die Theorie der spontanen Ordnung).
- b) Die Behauptung, die Vernunft sei imstande, die perfekte Gesellschaft ganz oder teilweise zu planen sowie die planmäßige Verwirklichung zu leiten, ist ebenfalls falsch, weil die Verwirklichung unserer Pläne stets von Umständen abhängt, die wir nicht bestimmen und/oder nicht kennen können.
- c) Der Ansatz des Kollektivismus setzt eine zentrale Verfügbarkeit von Wissen voraus, welches 1. nur beschränkt sowie 2. nur dezentral vorhanden ist. Die Vernunft kann unmöglich alle für eine Planung relevanten Tatsachen, welche in die Ordnung einer Gesellschaft eingehen, erfassen.

I Der evolutionäre (Hayek) oder kritische (Popper) Rationalismus

Zwei Tatsachen markieren den Ausgangspunkt dieser Art Rationalismus:

- I die «Tatsache der allgemeinen, notwendigen und unvermeidlichen Unkenntnis der meisten besonderen Tatsachen», «die die Handlungen all der verschiedenen Mitglieder der menschlichen Gesellschaft bestimmen» oder «die die Prozesse der Gesellschaft bestimmen»; sowie
- I die «Tatsache, dass jedes Mitglied der Gesellschaft nur einen kleinen Bruchteil des Wissens haben kann, das von allen zusammen besessen wird und dass jeder deshalb in Unkenntnis der meisten Tatsachen ist, auf denen das Funktionieren der Gesellschaft beruht» (Hayek).

Der **Grundgedanke des kritischen Rationalismus** ist, dass wir zu keiner Zeit in keinem Gebiet und in keiner Weise je über gesichertes Wissen verfügen. Unser Wissen besteht überall und immer aus Vermutungen oder Hypothesen, nicht aus endgültigen oder gesicherten Wahrheiten. Der Fortschritt unserer Erkenntnis kommt dadurch zustande, dass wir versuchen, Hypothesen und Theorien, die sich als falsch erweisen, zu eliminieren sowie durch bessere zu ersetzen. Hayek ist der Meinung, dass etwa Verhaltensregeln im Laufe der Geschichte sich durch Versuch-Irrtum-Prozesse entwickelt und durchgesetzt haben. Regeln, die sich bewährt haben, sind beibehalten, andere aufgegeben worden (vgl. Theorie der kulturellen Evolution und Selektion, daher: evolutionärer Rationalismus!).

Fazit: «Alle wissenschaftliche Erkenntnis ist Erkenntnis nicht von besonderen Tatsachen, sondern von Hypothesen, die systematischen Anstrengungen sie zu widerlegen, bisher standgehalten haben» (Hayek).

Literaturempfehlung: Alan Musgrave, Alltagswissen, Wissenschaft und Skeptizismus, Tübingen 1993 (UTB Band 1740). Das Beste auf dem Markt – bisher!

Was ergibt sich aus dem kritischen Rationalismus für die praktische Politik?

Einerseits ist festzuhalten, dass die Schranken des Wissens und der Vorhersehbarkeit der Planung der Politik markante Grenzen setzen. Es ist schwierig, komplexe Ziele mittelfristiger Politik aufeinander abzustimmen, taugliche Mittel festzulegen sowie Auswirkungen (u.a. auch Nebenfolgen) des Mitteleinsatzes zu erfassen und zu beurteilen. Zum Bedauern der Politik pflegt sich die Geschichte wenig bis gar nicht um Politik, insbesondere um geplante Politik, zu kümmern.

Andererseits steht fest, dass die Umsetzung politischer Konzepte und Leitbilder stets von vielen Umständen abhängt, die wir teils nicht beeinflussen, teils nicht erkennen können.

Fazit: Der kritische Rationalist setzt auf eine problemorientierte Politik, auf schrittweises Vorgehen, (wenn Planung) auf rollende Planung usw.

Man kann den **Konstruktivismus** durchaus als **erkenntnistheoretische Grundlage des Totalitarismus** bezeichnen; vgl. den Klassiker K.R. Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde (2 Bände), Bern 1957/8.

Der Marxismus-Leninismus ist geradezu das Musterbeispiel für konstruktivistische Theorie und Praxis: Die KP nahm für sich in Anspruch, im Vollbesitz der ganzen Wahrheit zu sein. Die betroffenen Völker hatten schwer unter dieser «Wahrheit» zu leiden und bezahlten dafür einen schrecklichen Preis!

Nun gibt es Leute, die den Konstruktivismus nach dem Bankrott und Scheitern des wissenschaftlichen Sozialismus für erledigt halten. Diese Leute irren.

Wir begegnen dem Konstruktivismus in Gestalt der «Anmassung des Wissens» tagtäglich auf Schritt und Tritt. Etliche Exponenten der politischen Linken, gewisse Exponenten der Bürokratie sowie Experten, die in Politikberatung tätig sind, sind **Vertreter des Konstruktivismus**, wenn sie behaupten, die Politik sei bezüglich Gestaltung der Gesellschaft plan- und machbar, oder sich entsprechend verhalten.

So beruht etwa die Wirtschaftspolitik der politischen Linken auf einer konstruktivistischen Grundlage: Wer die Märkte dem Primat der Politik unterwerfen, sie auf besondere konkrete Ziele hinlenken und sie überhaupt politisch steuern will, setzt Kenntnisse der Regierung und Verwaltung über wirtschaftliche Vorgänge und Zusammenhänge voraus, welche diese gar nicht besitzen können. Der Glaube an die Machbarkeit der Politik dürfte nicht auszurotten sein.

Dem **kritischen Rationalismus** und dem **konstruktivistischen Rationalismus** entsprechen bestimmte **Typen der Sozialtechnik**. Man kann darunter die Art und Weise verstehen, wie die Bewältigung politischer Herausforderungen angepackt wird.

Konstruktivistische Politik ist dadurch gekennzeichnet, dass sie versucht, für ganze Politikbereiche mittelfristige Gesamtplanungen zu entwerfen. So sind etwa in der Schweiz für die Gebiete Energie, Medien und Verkehr Gesamtkonzeptionen entwickelt worden. Gegen den Versuch, auf vernetzte Weise Gesamtzusammenhänge in den Griff zu bekommen, ist nichts einzuwenden. Die Erfahrung zeigt indessen, dass wir in einer Zeit und Gesellschaft rascher und tief greifender Veränderungen wohl nicht imstande sind, praxistaugliche mittelfristige Gesamtplanungen zu konzipieren, und schon gar nicht, diese planmässig umzusetzen.

Die **Sozialtechnik des kritischen Rationalismus** setzt auf ein Vorgehen, welches auf die Behandlung einzelner vordringlicher konkreter Probleme ausgerichtet ist. Hier wird vorgeschlagen, sich auf die umsichtige Behandlung von Einzelfragen zu konzentrieren sowie einschlägige Projekte Schritt für Schritt durchzuführen. Es können dabei unter gegebenen Umständen jeweils nur vorläufige Lösungen erarbeitet und realisiert werden («Versuche»). Nur die Erfahrung einiger Jahre kann zeigen, ob gangbare Wege beschritten worden sind. Veränderte Bedingungen zwingen periodisch dazu, Probleme neu zu definieren und dafür neue Lösungen zu suchen.

Die beiden abweichenden Ansätze können zusammenfassend am Beispiel von Regierungsprogrammen illustriert werden. Mittelfristige **Regierungsrichtlinien** können entweder eindrucksvolle Zielkataloge vorführen oder aber konkrete Einzelprobleme möglichst präzise darlegen. In der Staatspraxis gibt es hier kein Entweder-Oder; es sind beide Methoden kombiniert anzutreffen.

6. Schlussbemerkungen

Wir werden die freie Gesellschaft nur bewahren und stärken können, wenn wir die geistigen Fundamente einer freiheitlichen Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kennen. Klartext: Wir müssen die Argumente zur Verteidigung der freien Gesellschaft zuverlässig beherrschen, um der vielfältigen und starken Gegnerschaft wirksam entgegenzutreten zu können.

Friedrich A. von Hayek formuliert Fundamente freiheitlicher Ordnung und Politik. Man muss sich kritisch damit auseinandersetzen, um auch neuen Fragen mit neuen Antworten begegnen zu können. Der Liberalismus ist kein starres Dogma und eine nie abgeschlossene Lehre.

Dokumentation

Einführung:

- I Hans Jörg Hennecke, Friedrich August von Hayek. Die Tradition der Freiheit, Düsseldorf 2000, ISBN 3-87881-145-4
Verlag Wirtschaft und Finanzen
- I Zeitler Christoph, Spontane Ordnung, Freiheit und Recht. Zur politischen Philosophie von Friedrich August von Hayek, 2. A., Frankfurt a. M. 1996
- I Philosophie der Freiheit. Ein Friedrich-August-von-Hayek-Brevier, Hrsg. Gerd Habermann, 2. A., 2005
ISBN 3-7225-0005-2

Hauptwerke:

- I Der Weg zur Knechtschaft, 2. A., München 1971 (EA London 1944)
- I Die Verfassung der Freiheit, 3. A., Tübingen 1991 (engl. Chicago 1960)
- I Recht, Gesetzgebung und Freiheit, 3 Bände, München/Landsberg am Lech 1980/81 (verlag moderne industrie) (engl. Law, Legislation and Liberty, 1973/1976/1978)

Gesamtwerk:

- I Der Mohr Siebeck Verlag publiziert das **Gesamtwerk** wie folgt:
Hayek, Friedrich A. von, Gesammelte Schriften in deutscher Sprache, Hrsg. von Alfred Bosch, Manfred E. Streit, Viktor Vanberg und Reinhold Veit, Tübingen 2001 ff.
www.mohr.de bietet einen Überblick über lieferbare Bände. (21)

ORDNUNGSPOLITIK KÜNFTIGER MARKTWIRTSCHAFT

Welches sind die Leitlinien marktwirtschaftlicher Ordnungspolitik?

Welche Ideen liegen der Sozialen Marktwirtschaft zugrunde?

Wie können Deformationen, Fehlentwicklungen und Irrwege der Wirtschafts- und Sozialpolitik korrigiert werden?

Die Weltwirtschaft darf nicht «dem entfesselten Kapitalismus» (Buchtitel) zum Opfer fallen. Welcher Ordnungsrahmen hat das Funktionieren der globalen Wirtschaft zu gewährleisten?

Ordnungspolitik für eine zukunftsfähige Marktwirtschaft (Otto Schlecht)

Das beste Buch, welches im Jahre 2001 über die Konzeption der Wirtschaftspolitik in der Tradition der Rahmenpolitik publiziert worden ist, trägt den obgenannten Titel. Das Buch ist als Band 1 der Reihe «Zukunft der Marktwirtschaft» durch die Ludwig-Erhard-Stiftung, Bonn, herausgegeben worden (Verlag FAZ, Frankfurt a. M.). Der Verfasser der kleinen Schrift (nur 82 Seiten) ist Otto Schlecht, alt Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft der BRD, und Autor des Standardwerkes «Grundlagen und Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft» (Tübingen 1990). Wer bürgerliche Wirtschaftspolitik begreifen und/oder mitgestalten will, muss die zitierte Schrift beschaffen (ISBN 3-89843-042-1) und lesen. **Otto Schlecht** fasst die **Hauptpunkte** der Ordnungspolitik zusammen und setzt durch nachstehende **Zitate** markante Akzente:

Marktwirtschaftliche Ordnungspolitik

Ziel der marktwirtschaftlichen Ordnungspolitik ist, verlässliche Rahmenbedingungen im Bereich der Wirtschaft zu schaffen. Ohne einen eindeutigen, einsichtigen und auf Dauer angelegten Ordnungsrahmen gibt es keine Planungssicherheit für die in der Wirtschaft aktiven und die von wirtschaftlichen Entscheidungen Betroffenen.

Aufgabe der Ordnungspolitik: Mit Hilfe von allgemeinen Regeln, Institutionen und Normen Freiräume für eigenverantwortliches Handeln zu sichern, ein System von Anreizen zu schaffen für eigene Leistung und subsidiär soziale Sicherung für jene zu bieten, die für die Wechselfälle des Lebens nicht aus eigener Kraft vorsorgen können.

Freiheit ist Voraussetzung für eine funktionsfähige marktwirtschaftliche Ordnung. Die Freiheit des Einzelnen bedarf aber eines Ordnungsrahmens, damit die Freiheitssphäre des anderen Bürgers nicht verletzt wird. Diese ordnungspolitische Aufgabe wird nicht beachtet und missbraucht, wenn der Staat mit interventionistischer und selektiver Politik gegen den Gleichheitsgrundsatz und den Schutz einer Freiheitssphäre verstößt.

Zusammenhang (Interdependenz) der Teilordnungen: Neben der Interdependenz zwischen wettbewerblich organisierter Wirtschaftsordnung und rechtsstaatlicher Demokratie ist es vor allem der Zusammenhang zwischen Wirtschaftsordnung und Sozialordnung. Beide Teilordnungen sollten ... zueinander passen und sich gegenseitig befruchten.

An vorstehenden **Leitlinien** muss sich die Politik orientieren: zur Sicherung der Geldwertstabilität, zur Erhaltung des Leistungswettbewerbs, zur Gestaltung der Eigentumsrechte, zur Ordnung des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherung, zur Bereitstellung von Infrastruktur und Bildungseinrichtungen sowie der flankierenden Wachstums- und Strukturförderung.

Soziale Marktwirtschaft: Tragende Ideen

Freiheit als Grundlage einer pluralistischen Gesellschaft ermöglicht dem Einzelnen, sich selbst nach seinen individuellen Wünschen und Vorstellungen zu verwirklichen. ... Nur in marktwirtschaftlichen Ordnungen können individuelle Wünsche und Bedürfnisse befriedigt werden. ... In der Freiheit und in den Rechten der Mitmenschen sowie in der Gemeinwohlverpflichtung findet die individuelle Freiheit ihre Grenzen.

Der **Wettbewerb** ... sorgt dafür, dass die Verbraucher im Mittelpunkt der Wettbewerbsordnung der Sozialen Marktwirtschaft stehen. Der wettbewerbliche Marktprozess bewältigt Lenkungs- und Verteilungsprobleme und sorgt für Konsumfreiheit. Konkurrenz erzwingt Innovationen und technischen Fortschritt sowie Kreativität und Disziplin. Leistungswettbewerb ermöglicht effiziente Produktion und verteilt Einkommen und Gewinn in erster Linie nach Leistungen.

Notwendigkeit, Wirtschaftspolitik durch sozialpolitische Massnahmen zu ergänzen: Hilfsbedürftigen muss ein menschenwürdiges Leben gesichert werden. Sozialpolitische Leistungen stellen ein subsidiäres Element dar. In der Sozialen Marktwirtschaft müssen individuelle Selbstverantwortung und Eigenvorsorge für jeden Einzelnen spürbar an erster Stelle stehen.

Wirtschaftsverfassungs- und Wirtschaftsverwaltungsrecht: Die dauerhafte Sicherung der Funktionsfähigkeit der marktwirtschaftlichen Ordnung bedarf bewusster rechtlicher Gestaltung.

Konstituierende Prinzipien einer Wettbewerbsordnung: Privateigentum, stabiles und konvertibles Geld, freie Preisbildung auf den Märkten, Vertrags- und Niederlassungsfreiheit sowie international offene Märkte.

Regulierende Prinzipien der Marktwirtschaft (ausführende und flankierende Politiken): Wettbewerbs-, Sozial-, Konjunktur- und Strukturpolitik sowie Umweltpolitik.

Marktwirtschaft und Demokratie: Ein breiter gesellschaftlicher Konsens bezüglich der marktwirtschaftlichen Grundordnung ist unverzichtbar. ... Auch unter den Bedingungen demokratischer und föderaler Entscheidungsprozesse im Parteien-

wettbewerb muss der Staat in der Lage sein, die Ordnung zu setzen und zu verteidigen; er muss verschiedene Interessen aufgleichen, darf sich aber nicht von Interessenvertretern erpressen lassen. ... Der vertrauensvolle und kontinuierliche Dialog zwischen Interessenvertretern und Beteiligten am Wirtschaftsprozess erleichtert den Konsens und schafft Verständnis für andere Sichtweisen. ... Dialog in einer Sozialen Marktwirtschaft bedeutet gegenseitige Befruchtung, aber nicht Verwischung von Verantwortung.

Ethik der Sozialen Marktwirtschaft: Während die wirtschaftlichen Aktivitäten der Marktteilnehmer unter Wettbewerbsbedingungen nach deren individuellen Präferenzen ablaufen, wird unter ethischen Gesichtspunkten die Rahmenordnung aufgebaut, innerhalb der die eigenwirtschaftlichen Handlungen geschehen. Es besteht eine Interdependenz zwischen Individual- und Sozialethik. Einseitiges und kurzfristig angelegtes Shareholder-Value-Verhalten führt längerfristig nicht zum Erfolg. Gefragt ist eine Unternehmenskultur, die daneben Motivation und Teilhabe der Mitarbeiter, Kundenpflege und eine aktive Rolle in der Gesellschaft einschliesst. (Schlecht scheucht sich nicht, unternehmerische Vorbilder zu bezeichnen.)

Soziale Marktwirtschaft: Neue Herausforderungen

Schlecht skizziert die **Erfahrungen der Wirtschaftspolitik der BRD seit 1948:** Aufbau der institutionellen Rahmenbedingungen, Fehlentwicklungen in den 60er- und 70er-Jahren, Revitalisierung der Sozialen Marktwirtschaft in den 80er-Jahren, erneute Fehlentwicklungen in den 90er-Jahren und unterstreicht, dass Soziale Marktwirtschaft (im Sinne Ludwig Erhards) einer nachhaltigen Revitalisierung unterzogen werden muss. Zu den **neuen Herausforderungen** gehört der Prozess der Globalisierung: Für diese Globalisierung sind **zwei Antriebsmotoren** wesentlich: die bewusst betriebene weltweite **Liberalisierung von Handel und Kapitalverkehr** und der **technische Fortschritt**. Daneben gibt es aber auch **andere Probleme für Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert**, etwa die Überalterung der Bevölkerung, die zunehmende Umweltzerstörung und die Krise vieler Institutionen, zum Beispiel die Erosion der Familien, der gesellschaftlichen Gruppen und des Staates. In diesem Zusammenhang plädiert Schlecht für ein neues soziales Leitbild.

Gerechtigkeit muss unter den neuen Bedingungen neu definiert werden. **Sozial gerecht** ist:

- I was Chancen und Beschäftigung für alle schafft und dafür die marktwirtschaftliche Effizienz nicht sozialpolitisch überfordert;
- I wenn sich zusätzliche Anstrengungen der Bürger und Investitionen der Unternehmen lohnen, soziale Leistungen so dimensioniert sind, dass die Aufnahme von Arbeit interessant bleibt.

Weiter gilt es, das **Subsidiaritätsprinzip** unter den neuen Bedingungen zu **konkretisieren**:

- I Freiheitliche soziale Politik heisst ... nicht, Anspruch auf staatlich geregelte Versorgung zu haben, wenn und insoweit man selbst Vorsorge treffen kann.
- I Was Bürger, Unternehmen und kleine Gruppen besser leisten können, ist keine staatliche Aufgabe.
- I EU: So viel Gemeinschaftsrecht und -regeln, so viel Harmonisierung wie zum Funktionieren eines freien gemeinsamen Marktes und einer Europäischen Union nötig, so viel nationale und regionale Kompetenz sowie Wettbewerb der Standorte und der nationalen Regelsysteme wie möglich.

Schlecht warnt vor versorgungsstaatlichem Denken und Handeln sowie vor der blossen Verwaltung von Arbeitslosigkeit. **Künftige Sozialpolitik** heisst etwa:

- I Investitionen in Human Capital, in Wissens- und Bildungskapital durch mehr finanzielles und inhaltliches Engagement des Staates bei Bildung, Ausbildung, Fortbildung und lebenslangem Lernen.
- I Soziale Flankierung von Veränderungsprozessen, vor allem bei riskanter gewordenen Übergängen in das Erwerbsleben.

Bei alledem bleibt eine **solidarische Grundsicherung** gegen die grossen sozialen Wechselfälle des Lebens **unverzichtbar**.

Schlecht beklagt die zu hohe Staatsquote, Abgabenquote und Sozialquote der BRD: Vor allem die weit klaffende Schere zwischen Bruttoarbeitskosten und Nettolöhnen ist inzwischen zu einem Kernübel unserer Volkswirtschaft geworden. Wenn das Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit doppelt so hoch ist wie der Nettolohn, hemmt dies die unternehmerische und private Leistungsfähigkeit und –bereitschaft.

Orientierungen für eine erneuerte Soziale Marktwirtschaft

Schlecht formuliert **zentrale Aufgaben der Wirtschafts- und Sozialpolitik der BRD:** Renaissance der Selbstständigkeit, Reformen des Steuersystems, Konsolidierung der Staatshaushalte (Bund, Bundesländer), Entschlackung der Tarifpolitik und des Arbeitsrechts, Revitalisierung der Altersvorsorge («Die stärkere Betonung des Individualprinzips statt des Sozialprinzips und der Einbau von Anreizen zu mehr Eigenverantwortung in der Altersvorsorge sind dringend geboten»), Rückführung der Krankenversicherung auf eine solidarische Grundsicherung, Umweltpolitik: Mit mehr Ökonomie zu mehr Ökologie.

Soziale Marktwirtschaft muss auch innerhalb der EU praktiziert werden. Schlecht behandelt die Agenda der europäischen Wirtschaftspolitik: Stabilität des

Euro, freier Binnenmarkt, europäische Wettbewerbsordnung, europäische Beschäftigung, EU-Osterweiterung sowie Weltoffenheit der EU.

Ordnungsrahmen für die Weltwirtschaft

Nach den Einsichten und Erfahrungen der Politik der Sozialen Marktwirtschaft benötigt auch die Weltwirtschaft einen Ordnungsrahmen. Auch die Internationale Handelskammer (ICC) teilt diesen Standpunkt.

Schlecht plädiert für die Entwicklung und Anwendung internationaler Wettbewerbsregeln.

Für eine funktionsfähige und zugleich sozial verantwortbare Weltwirtschaft ist es ordnungspolitisch legitim, zwischen den Regeln der WTO für Handel und Investitionen und den sozialen Mindeststandards der internationalen Arbeitsorganisationen eine Verbindung herzustellen und sie um elementare Umweltnormen zu ergänzen. Dabei ist grosse Behutsamkeit nötig. Kontraproduktiv wäre eine weltweite Harmonisierung von Sozial- und Umweltstandards. Soweit sie kostenrelevant sind, müssen sie unterschiedliche Niveaus und Strukturen bei Produktivität und Einkommen widerspiegeln.

Die internationalen Finanzmärkte bleiben auf einen funktionsfähigen internationalen Währungsfonds (IWF) angewiesen. Ausserdem: Benötigt werden nationale Aufsichtsbehörden, die den modernen Finanzmärkten gewachsen sind. Darüber hinaus sind weltweit verbindliche Mindeststandards und international vereinbarte Regeln für eine enge Kooperation der Aufsichtsbehörden erforderlich.

Ausblick

Ordnungspolitik im Sinne einer modernisierten Sozialen Marktwirtschaft heisst ...: Sich auf eine zukunftsfähige Rahmenordnung zu konzentrieren, das Subsidiaritätsprinzip zu beachten und zu konkretisieren, nicht in Interventionismus zu verfallen, sondern die Funktionsmängel der marktwirtschaftlichen Ordnung und Anpassung mit strukturellen Reformen und mit mehr regelgebundener Wirtschaftspolitik zu beheben. ... Die global und digital vernetzte Marktwirtschaft birgt Chancen und Wohlstand für alle. Sie bleibt in diesem Sinne nur funktionsfähig, wenn sie nicht zügellos galoppiert, sondern durch eine internationale Rahmenordnung gebändigt wird. (22)

AUSBLICK: HÖHENRAUSCH- ODER REALPOLITIK?

Die freiheitliche Ordnung und Politik, die direkte Demokratie sowie marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik (Rahmenpolitik) stehen und fallen mit jenem Umgang mit Politik, welcher hier als Realpolitik eingestuft wird. Diese Sorte Politik ist in der BRD seit Jahrzehnten durch «Höhenrausch»-Politik abgelöst worden (mit fatalen Folgen für das Land, insbesondere für die Wirtschaft). Der Höhenrausch ist dabei, sich auch in der Schweiz einzunisten. Die entsprechende Prognose ist schlecht: Mit Höhenrausch sind weder freiheitliche Politik, noch funktionierende Demokratie, noch berechenbare Rahmenpolitik machbar.

Wie freiheitliche Politik durch «Höhenrausch» der Regierenden gefährdet wird

Der Ausdruck «Höhenrausch» verweist auf das Buch: Jürgen Leinemann, «Höhenrausch – Die wirklichkeitsleere Welt der Politiker», 2. A., München 2004. Der Band dokumentiert das Innenleben der politischen Klasse der BRD; der einschlägige Befund ist alarmierend. – Der folgende Beitrag konfrontiert Höhenrausch- mit Realpolitik (auf idealtypische Weise). Ausserdem werden Höhenrausch-Spuren im politischen System unseres Landes verfolgt.

Vorbemerkung

Die **Medien** haben für die **Politik** eine dreifache Tragweite:

- I Sie stellen Öffentlichkeit her.
- I Sie wirken als Forum für öffentliche Meinungen (Darstellung, Verbreitung, Austausch).
- I Sie legen durch ihre Berichte fest, was (tatsächlich oder angeblich) wirklich ist. Sie schaffen dadurch Realitäten.

Die Meinungs- und Informationsfreiheit ist für die Demokratie fundamental. **Medien** bringen die Demokratie nicht nur zum Funktionieren. Sie **gestalten** darüber hinaus **Politik** dadurch, dass sie das Denken und Handeln der Akteure der Politik weitgehend bestimmen.

Wenn Regeln der Medien-Branche vom Bereich der Politik Besitz ergriffen haben, hat sich die so genannte **Mediokratie** etabliert. Diese kann das Regelwerk oder die Abläufe der Politik teils beherrschen, teils ausser Kraft setzen. Mediokratie ist heute allgegenwärtig: Der Medienkonsument «wähnt sich unterrichtet, während er in Wahrheit auf unterhaltsame Weise nichts erfährt» (!).

Wie funktioniert Höhenrausch-Politik?

Die politische Klasse verfolgt als einziges **Ziel**, Macht zu erringen, zu erhalten und zu vergrössern. Jürgen Leinemann führt dazu aus: «Die politische Klasse wird sich auch in Zukunft vorrangig damit beschäftigen, ihre Probleme der Machterlangung und Machtbehauptung zu lösen und den Kontakt zur Gesellschaft vernachlässigen.» (S. 444) Dossiers der Sachpolitik interessieren – falls überhaupt – als blosse Vehikel des Machterwerbs bzw. der Machterhaltung.

Das wichtigste **Instrument** der politischen Klasse ist ihre **Medienpräsenz**, welche für die Wettbewerbspositionen der Politiker, Standpunkte und Parteien entscheidend ist.

In diesem Zusammenhang ist von der Sucht der Politiker nach Sichtbarkeit die Rede: «In Abwandlung von Descartes: Man sieht mich im Fernsehen, also bin ich. Und wer erst einmal in eine Abhängigkeit vom Sich-sichtbar-Machen gekommen ist, für den wird das dann suchtartig. Der opfert dann auch seine Integrität und Würde.» (H.-E. Richter, zitiert durch J.L., S. 337)

Der Bildschirm-Auftritt gilt als Politikdroge Nr. 1: «Wer als Politiker im Fernsehen auftaucht, ist prominent und hat es in die erste Reihe geschafft. Das Medium nutzen zu können, ohne ihm zu verfallen, ist heute eine Überlebensfrage Die mediale Präsenz verschafft den Akteuren eine eigene Wirklichkeit, die als Aura realer ist als ihr tatsächliches Handeln und ihre sozialen Verhaltensweisen.» (J.L., S. 460)

«Medienpräsenz ist heute die wichtigste Legitimationsgrundlage für politische Entscheidungen.» (J.L., S. 445) Real ist daher nur jene Politik, welche in Medien dargestellt oder zumindest erwähnt wird.

Medienpräsenz diktiert auch die Kriterien für richtige Politik. Das Nötige, Sachgerechte und Vernünftige haben ausgedient. Richtig dagegen ist jene Politik, welche (positive) Schlagzeilen liefert.

Politik wird via Medien als Show oder als Unterhaltung des Publikums betrieben. Der gängige Ausdruck dafür heisst Infotainment.

Das Gewicht einer Debatte hängt nicht von der Bedeutung des diskutierten Sachgeschäftes, sondern vom Unterhaltungswert ab. Daraus resultiert eine Umwertung aller (bisherigen) Werte.

In der Mediokratie wandelt sich der Beruf des Politikers/der Politikerin grundlegend. Die Akteure der Politik werden **Schauspieler**, welche ihre Rollen in Medien zu spielen haben. Die **Hauptrolle** ist immer die Gleiche: Alles dreht sich um die **Selbstdarstellung**.

Laut J. Leinemann wird das Subjektive zum Motor des politischen Betriebes: «Und je länger sie im öffentlichen Rampenlicht standen (die meisten Regierenden), desto deutlicher wurde, dass der persönliche Erfolg zum Hauptmotor ihres öffentlichen Engagements geworden war.» (S. 297) Durch öffentliche Selbstinszenierung wetteifern Politiker und Politikerinnen um die Aufmerksamkeit anderer Menschen. (J.L.; S. 334)

Medienauftritte machen den Politiker bei den Leuten zum Vertrauten: «Die Wähler freunden sich mit ihm an, leiden mit, sobald er unter Druck ist und freuen sich bei seinen Erfolgen. Die Erfolgskette ist simpel: Bilder fügen sich zum Image. Das Image bringt Stimmen. Die Stimmen öffnen die Türen zu Ämtern, fertig ist die Macht.» (!!)
(J.L., S. 337)

Zusammenfassung: Man hat sich daran gewöhnt, «sich politisch nicht mehr in erster Linie durch Argumente, sondern per Eindruck durchzusetzen.» (J.L., S. 278) Der **Höhenrausch-Politik** geht es mehr um Wirkung als um Wirklichkeit. Ihre Droge ist die öffentliche Aufmerksamkeit, ihr **Ziel** ist **Prominenz**. Die Akteure «arbeiten hart an ihren Karrieren, kämpfen unverdrossen um ihren Aufstieg, aber sie verbeissen sich nicht in bestimmte Inhalte.» (J.L., S. 278)

Welches sind die Merkmale der Realpolitik?

Vorauszuschicken ist Folgendes: In der Demokratie funktioniert keine Realpolitik ohne Medien. Beide Bereiche sind auf Kommunikation angewiesen. Sie erfüllen jedoch abweichende Funktionen. Dabei behauptet Realpolitik ihre Eigenständigkeit. Sie widersetzt sich dort, wo es nötig ist, soweit möglich der Medienmacht.

Realpolitik verfolgt das Ziel, Probleme staatlicher Politik bestmöglich zu lösen. Sie ist an Dossiers der Sachpolitik interessiert. Sie ist sich bewusst, dass sie die Verantwortung für politische Entscheidungen trägt und diese zu rechtfertigen hat.

Vor dem Hintergrund konkurrierender Richtigkeitsvorstellungen erarbeiten Vertreterinnen und Vertreter der Realpolitik möglichst sachgerechte und realisierbare Strategien, um in relevanten Aufgabenbereichen nötige Verbesserungen durchzusetzen. Sie sind fähig und bereit, ihre Standpunkte in Gremien und öffentlich zu vertreten.

Was für die Realpolitik zählt, ist die heutige Lebens-Wirklichkeit, die absehbare Entwicklung der Verhältnisse sowie die Mitverantwortung für künftige Generationen. Wirklich ist das, was ist (konkrete Anliegen der Bevölkerung etwa), und nicht das, was Medien durch Schlagzeilen in die Welt setzen.

Richtig ist jene Politik, welche einerseits sachgerecht ist, andererseits bewährten Grundsätzen (des jeweiligen Lagers) Rechnung trägt. Vorschläge können unabhängig davon richtig oder falsch sein, ob sie von Medien aufgenommen werden oder nicht.

Realpolitik ist Knochenarbeit: Probleme lösen heisst im Klartext: Lage (Ist-Zustand) beurteilen, Ziele festlegen, Massnahmen bestimmen, Prioritäten setzen, Ressourcen

bereitstellen, Auswirkungen erfassen und bewerten, und dies in vielen separaten Aufgabenbereichen und darüber hinaus in etlichen Querschnittbereichen.

Das einschlägige politische Handwerk ist alles andere als spektakulär. Es eignet sich daher schlecht zur Unterhaltung des Publikums.

Entscheidungen staatlicher Instanzen haben im Regelfall direkte oder indirekte Auswirkungen auf viele Menschen. Dies ist der Hauptgrund dafür, dass Politik prinzipiell nicht zur Unterhaltung verkommen darf.

Politikerinnen und Politiker sind im Konzept der Realpolitik Handwerker, welche sich dauerhaft bemühen,

- I eigene Standpunkte zu erarbeiten,
- I sich damit am politischen Wettbewerb aktiv zu beteiligen und
- I für die Umsetzung rechtmässig gefasster Beschlüsse einzustehen.

Höhenrausch- kontra Realpolitik: Spurensuche

Die **Mediokratie** ist auch hierzulande ein **Machtfaktor** geworden. Sie ist dabei, ihr Terrain zu vergrössern. Daher ist es geboten, das Duell zwischen Höhenrausch- und Realpolitik in Behörden und Parteien aufmerksam zu verfolgen. Kurskorrekturen drängen sich auf, wenn etwa Sachpolitik geradezu verdrängt wird.

Welche Erscheinungen können als Höhenrausch-Phänomene im dargelegten Sinne interpretiert werden? (Entsprechende Interpretationen dürften streitig sein!)

1. Es gibt die Tendenz, Regierungsvorlagen praktisch ausschliesslich mit werbewirksamen Behauptungen zu rechtfertigen.

Man könnte entsprechende Vorlagen als **Propaganda** bezeichnen, wenn und soweit darauf verzichtet wird,

- I Sachprobleme darzustellen
- I einschlägige Lösungsvarianten zu diskutieren
- I abweichende Standpunkte zu würdigen
- I absehbare Auswirkungen ernsthaft zu beurteilen
- I usw.

Kurzum: Schlagworte («bürgernah, demokratisch, effizient, kostengünstig, kundenfreundlich») können Argumente verdrängen.

2. Es gibt die Tendenz, bewährte Institutionen ohne Not in Frage zu stellen. Medienschaffende schätzen es, sich mit **Reformprojekten** befassen zu dürfen. Be-

richte über bewährtes Bestehendes haben kaum Unterhaltungswert! Es gehört daher zur zeitgenössischen Politik, sich mit möglichst radikalen Reformen zu profilieren. Dabei brauchen Notwendigkeit, nähere Ausgestaltung sowie Folgen überhaupt nicht zu interessieren.

3. Da sich Medienauftritte wiederholen müssen, um öffentliche Beachtung zu finden, genügt es nicht, beschränkte Kräfte auf wenige Vorhaben zu konzentrieren. Regierungen und Verwaltungsdepartemente betreiben daher **viele** und mannigfaltige **Baustellen** gleichzeitig.
4. Die Abfolge laufender Geschäfte und sogar Baustellenberichte sorgen nicht immer für ausreichende Medienpräsenz. Daher werden – im Regelfall auf Staatskosten – ständig zusätzliche **Events aller Art produziert**, z.B. Veranstaltungen mit Prominenz, Tagungen, Konferenzen usw. Wichtig sind dabei Auftritte. Weder Probleme noch Lösungen sind gefragt.
5. Das **Fernsehen** DRS betreibt seit langem Konzessionsverletzungen am laufenden Band. Da alle auf den Goodwill des TV angewiesen sind, wird der Sachverhalt nicht kritisiert. Der Befund ist, dass keine tragfähigen Brücken für Bürgerinnen und Bürger gebaut werden, um diesen reale Bundespolitik begreifbar zu machen.
6. Höhenrausch-Politik ist nicht zuletzt durch die **Fokussierung** komplexer Dossiers auf einfache **Fixpunkte** gekennzeichnet. Beispiel: Wenn die Fülle und Mannigfaltigkeit staatlicher Politik auf die eine und einzige Frage nach dem Ausgleich des Budgets (eine wichtige Frage!) redimensioniert wird, bleibt Realpolitik auf der Strecke.

Fazit

Die Lage der Schweiz ist mit den Verhältnissen der BRD schwerlich vergleichbar. Es gibt hierzulande keine relativ abgeschottete politische Klasse (Milizprinzip statt Berufspolitik). Dazu kommt, dass gelebte direkte Demokratie Realpolitik stärkt. Aber: Unser Land ist gegenüber einer mediengesteuerten Massendemokratie – ihren Entscheidungen, Auswüchsen und Folgen – nicht gefeit.

Wenn Behörden Propaganda betreiben (durch PR-Spezialisten bestens beraten), wenn Parteien Schlagzeilen zur Richtschnur ihrer Politik machen, wird Höhenrausch-Politik auch bei uns praktiziert – durch Akteure («Politiker»), welche an Sachpolitik nicht oder wenig interessiert sind! Das Volk durchschaut die Manöver, findet keinen Zugang zur Realpolitik und wendet sich entfremdet ab. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Behörden und in die Parteien geht verloren. Zum Nachteil freiheitlicher Politik, funktionierender Demokratie und berechenbarer Rahmenpolitik. (23)

DENKFABRIKEN UND LITERATUR

Das freiheitliche Denken darf nie «stille stehen». Es muss sich laufend mit gegenwärtigen und künftigen Problemen der Sozialordnung auseinandersetzen. Es hat dabei Positionen zu beziehen. Das Gleiche trifft auch auf die Praxis zu: Freiheitliche Politik ist ständig mit den Herausforderungen des raschen und tief greifenden Wandels der Gesellschaft (i.w.S.) konfrontiert. Sie hat Strategien vorzuschlagen und weitmöglichst durchzusetzen.

Vor diesem Hintergrund lohnt es sich auch für Handwerkerinnen und Handwerker der Politik, Internet-Angebote führender Denkfabriken auf jeden Fall zu prüfen und gegebenenfalls zu benutzen.

Wer eigene Positionen (Theorie) und/oder Standpunkte (Praxis) erarbeiten will, kommt nicht darum herum, Bücher zu lesen bzw. zu studieren. Eine kleine Auswahl von Titeln mag als Fundgrube dienen.

Denkfabriken und Literatur

Denkfabriken oder Think-Tanks sind Einrichtungen der Politikberatung. Sie produzieren Ideen und Wissen. Sie geben wichtige geistige und politische Impulse. Sie propagieren Richtpunkte und verbreiten Grundlagen freiheitlicher Politik. Mannigfaltige Veranstaltungen (Vorträge, Kurse/Seminarien, Tagungen usw.) vernetzen Exponenten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Handwerkerinnen und Handwerkern der Politik stehen u.a. nachstehende Einrichtungen zur Verfügung:

Think-Tanks der Schweiz

Liberales Institut

Vogelsangstr. 52

CH-8006 Zürich

E-Mail: libinst@libinst.ch

www.libinst.ch

Das 1979 gegründete Institut zielt auf die Weiterentwicklung und Verbreitung freiheitlicher Ideen. **Dr. Robert Nef** leitet die Stiftung. Er ist auch Herausgeber und Mitglied der Redaktion der «**Schweizer Monatshefte. Zeitschrift für Politik Wirtschaft Kultur**». Das Institut gibt die **Schrift «Reflexion»** heraus, welche wegen der Brillanz der Beiträge einen ausgezeichneten Ruf genießt. Robert Nef publiziert auch Bücher, u.a. «Politische Grundbegriffe. Auslegeordnung und Positionsbezüge» (Zürich 2002; NZZ Verlag. ISBN 3-85823-956-9). (www.schweizermonatshefte.ch).

Institut Constant de Rebecque

CH-1003 Lausanne

E-Mail: ic@institutconstant.ch

www.institutconstant.ch

«L'institut (fondé en 2005) a pour mission de promouvoir en Suisse un climat d'opinion favorable à l'épanouissement de l'individu, de l'initiative privée et de la libre entreprise. ...[Il sert] d'agence compétitive de diffusion et de transmission d'idées entre la science, la politique, les médias et l'économie» (institutconstant).

Schliesslich:

www.swisspolicy.net

Avenir Suisse

Giessereistr. 5

CH-8005 Zürich

E-Mail: info@avenir-suisse.ch

www.avenirsuisse.ch

Die Stiftung engagiert sich für die gesellschafts- und wirtschaftspolitische Entwicklung der Schweiz. Sie «will frühzeitig relevante Themen definieren und zukünftigen Handlungsbedarf, aber auch Lösungsvorschläge und Denkanstöße aufzeigen» (A.S.). Avenir Suisse ist im Jahre 1999 von 14 internationalen Unternehmen gegründet worden. Projekte und Programme sind beachtlich. Aber: Die Spitzenorganisationen der Wirtschaft, nicht A.S., betreiben Realpolitik und repräsentieren kollektive Interessen der Wirtschaft.

Think-Tanks Deutschland

Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft e.V.

Reichstr. 17

D-14052 Berlin

E-Mail: info@hayek.de

www.hayek.de

Die genannte Gesellschaft wirkt als Vereinigung zur Förderung der Ideen im Sinne F.A. von Hayeks (1899–1992). Die zentrale Idee ist die «Verfassung der Freiheit» (Hayek). Die Gesellschaft wird von **Dr. Gerhard Schwarz** (NZZ G.S.) präsiert. G.S. ist der führende freiheitliche Publizist der Schweiz (seit 1994 Chef Wirtschaftsredaktion NZZ). Als Geschäftsführer wirkt **Dr. Gerd Habermann**, welcher auch Vorstandsvorsitzender der Friedrich A. von Hayek-Stiftung ist.

Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung

Karl-Marx-Strasse 2

D-14482 Potsdam

E-Mail: libinst@fnst.org

www.fnst.de

Die Stiftung ist eine Stiftung für liberale Politik in der Bundesrepublik Deutschland. Das Institut will dem Prinzip Freiheit in allen Bereichen der Gesellschaft Nachachtung verschaffen. Die Buchreihe «Argumente der Freiheit» dokumentiert die Qualität und Vielfalt der Institutstätigkeiten. Das Liberale Institut steht unter der Leitung von **Dr. Detmar Doering**, welcher immer wieder für die FAZ und NZZ schreibt und eine reiche publizistische Tätigkeit entfaltet; u.a. Liberalismus – ein Versuch über die Freiheit, St. Augustin 1993.

Stiftung Marktwirtschaft

Charlottenstr. 60 (Gendarmenmarkt)
D-10117 Berlin
E-Mail: info@stiftung-marktwirtschaft.de
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Institut für unternehmerische Freiheit e.V.

Charlottenstr. 65
D-10117 Berlin
E-Mail: info@iuf-berlin.org
www.unternehmerische-freiheit.de
Zeitschrift «Laisser-faire»

International vernetzte Think-Tanks

Die zitierten Denkfabriken unterhalten internationale Beziehungen. Die zitierten Internetseiten bezeichnen Dutzende auswärtiger Think-Tanks. **Google** weist jedermann den Weg, z.B. zu

Adam Smith Institute
American Enterprise Institute
Atlas Economic Research
Ayn Rand Institute
Cato Institute
Centre for the New Europe (CNE)
Heritage Foundation
Institute of Economic Affairs
Institute for Humane Studies
The Fraser Institute
Hoover Institution
usw.

Literatur

(Die Liste ist nicht alphabetisch geordnet.)

* = nur noch antiquarisch erhältlich

Hayek F.A., Der Weg zur Knechtschaft, München
2003 (Neudruck/EA: London 1944)
ISBN 3-7892-8118-2
www.olzog.de

Lust und Last des Liberalismus. Philosophische und
ökonomische Perspektiven. Hrsg. G. Schwarz/
U. J. Wenzel, Zürich 2006
ISBN 3-03823-249-1
www.nzz-libro.ch

Die Fortschrittsidee und die Marktwirtschaft. Hrsg.
R. Clapham/G. Schwarz, Zürich 2006
ISBN 3-03823-235-1
www.nzz-libro.ch

*Das Soziale der Marktwirtschaft. Hrsg. G. Schwarz,
Zürich 1990
ISBN 3-85823-276-9
www.nzz-libro.ch

Zukunft gestalten statt ängstlich verharren.
Liberalismus in der Verantwortung. Ausgewählte
Reden von Bundesrat Kaspar Villiger 1989 – 2003,
Hrsg. Konrad Stamm, Zürich 2004
ISBN 3-03823-107-X
www.nzz-libro.ch

*Habermann Gerd, Der Wohlfahrtsstaat. Die
Geschichte eines Irrwegs, Frankfurt a. M. 1994
ISBN 3-549051409
www.ullstein.de

Willke Gerhard, Neoliberalismus, 1. A.,
Frankfurt a. M. 2005
ISBN 3-59337-208-8
www.campus.de

Habermann Gerd, Richtigstellung. Ein polemisches
Soziallexikon, München 2006
ISBN 3-7892-8182-4
www.olzog.de

Nef Robert, Politische Grundbegriffe.
Auslegeordnung und Positionsbezüge, Zürich 2002
ISBN 3-85823-956-9
www.nzz-libro.ch

Tettamanti Tito, Die sieben Sünden des Kapitals.
Erfahrungen eines Unternehmers, Zürich 2003
ISBN 3-909167-94-2
WM Wirtschafts-Medien AG, Bilanz Zürich
www.bilanz.ch

Hirt W./Nef R./Ritter R.C. (Hrsg.), Eigenständig. Die
Schweiz – ein Sonderfall, Zürich 2002
ISBN 3-478-30160-2
www.mi-verlag.de

Hamm Walter, Das Ende der Bequemlichkeit. Ein
Leitfaden zur Modernisierung von Wirtschaft und
Gesellschaft, Frankfurt a. M. 2000
ISBN 3-933180-759
www.faz.net/buchshop

Doering Detmar, Kleines Lesebuch über den
Liberalismus, 3. A., St. Augustin 2005
ISBN 3-89665-025-4
ISBN 3-89665-358-x
www.academia-verlag.de

Höffe Otfried, Wirtschaftsbürger, Staatsbürger,
Weltbürger. Politische Ethik im Zeitalter der
Globalisierung, München 2004
ISBN 3-406-52208-4
www.beck.de

Höffe Otfried, Demokratie im Zeitalter der
Globalisierung, München 2002
ISBN 3-406-47599-X
www.beck.de

Di Fabio Udo, Die Kultur der Freiheit, München 2005
ISBN 3-406-53745-6
www.beck.de

Baader Roland, Das Kapital am Pranger. Ein Kompass
durch den politischen Begriffsnebel, Gräfelting 2005
ISBN 3-93519-745-4
www.resch-verlag.com

Baader Roland, Die belogene Generation. Politisch
manipuliert statt zukunftsfähig informiert, 4. A.,
Gräfelting 2000
ISBN 3-930-03967-2
www.resch-verlag.com

Norberg Johan, Das kapitalistische Manifest. Warum
allein die globalisierte Marktwirtschaft den
Wohlstand der Menschheit sichert, Frankfurt a. M. 2003
ISBN 3-8218-3994-5
www.eichborn.de

Yergin Daniel/Joseph Stanislav, Staat oder Markt.
Die Schlüsselfrage unseres Jahrhunderts,
Frankfurt/New York 1999
ISBN 3-593-36269-4
www.campus.de

Quellenverzeichnis

AIHK-Mitteilungen

- 1 Nr. 12/Dezember 1994, S. 118/119
- 2 Nr. 9/September 1995, S. 81–84
- 3 Nr. 5/Mai 2001, S. 53–55
- 4 Nr. 2/Februar 1999, S. 21–24
- 5 Nr. 3/März 2003, S. 32–36
siehe auch S. 126 ff. in diesem Buch
- 6 Nr. 7/8 vom Juli/August 2003, S. 77–80
- 7 Nr. 9/September 2003, S. 88–92
- 8 Nr. 1/Januar 2004, S. 6–11
- 9 Nr. 11/November 2005, S. 105/106
- 10 Nr. 10/Oktober 2004, S. 97–99
- 11 Nr. 12/Dezember 1997, S. 121–123
- 12 Nr. 1/Januar 2006, S. 3–5
- 13 Nr. 10/Oktober 2001, S. 96/97
- 14 Nr. 5/Mai 2001, S. 57/58
- 15 Nr. 5/Mai 1999, S. 51–53
- 16 Nr. 6/Juni 2000, S. 61–63
- 17 Nr. 10/Oktober 1998, S. 101–104
- 18 Nr. 2/Februar 1994, S. 13–16
- 19 Nr. 4/April 1996, S. 37–39
- 20 Nr. 9/September 2001, S. 81–86
- 21 Nr. 10/Oktober 1996, S. 93–99
- 22 Nr. 1/Januar 2002, S. 8–10
- 23 Nr. 5/Mai 2005, S. 49–52

- 24 Referat anlässlich der 1. Wirtschaftstagung der
evangelisch-reformierten und der römisch-
katholischen Landeskirche des Kantons
Aargau vom 13. Juni 1995

Herausgeber:

Aargauische Stiftung für Freiheit und
Verantwortung in Politik und Wirtschaft

in Zusammenarbeit mit der
Aargauischer Industrie- und Handelskammer